

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Einträge in die Post-Liste: 1.10 Mk. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich: 1.10 Mk. 2.10 Mk. für das übrige Ausland 2.10 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehobene Kolonelle ober deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Bekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Einlagen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 13. Oktober 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Fortschritt oder Rückschritt?

Die Geheimräte im Reichsamt des Innern bringen endlich die Vorarbeiten für die Reform der Arbeiterversicherungs-gesetze zum Abschluss. Das hat zur Folge, daß bürgerliche Sozialpolitiker sich eifrig bemühen, in der Presse Stimmung für die Vorschläge der Regierung zu machen. Diesem Zwecke dient auch ein Aufsatz des Bonner Professor Stier-Somlo in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung“ über „die Ziele der Arbeiterversicherungsreform“. Mit diesem Aufsatz müssen wir uns deshalb beschäftigen, weil darin Herr Professor Stier-Somlo den Versuch macht, ein falsches Bild von den Zielen der Arbeiterversicherung, wie sie jetzt von den Regierungen festgelegt sind, zu geben. Sicherlich werden unsere Gegner sich auf diese Ausführungen als eine unumstößliche Wahrheit berufen, wenn wir ihre Unrichtigkeit nicht beizeiten nachweisen.

Prof. Stier-Somlo erinnert in seinem Artikel daran, daß „bis zum Anfang des Jahres 1907 die Theorie der Verschmelzung und Vereinheitlichung aller drei Versicherungs-zweige herrschend gewesen“ sei, daß „die unübersehbaren Reform-pläne sich nur mit der organisatorischen Zusammenlegung der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung oder zweier dieser Zweige befaßt“ hatte. Seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres sei eine „günstige Wendung“ eingetreten. „Man begann einzusehen, daß die Verschiedenheit der Arbeiter-versicherungszweige innerlich begründet ist, daß der formellen Zusammenlegung die allergrößten Schwierigkeiten finanzieller, politischer, versicherungstechnischer und nicht zuletzt praktischer, auf die Durchführung gerichteter Art entgegenstehen“. Das Ziel ist deshalb für die nächste Zeit die Durchführung materiellrechtlicher Einzel-reformen und die Verwirklichung des Versuches, die freilich in nicht geringem Maße vorhandenen Unstimmigkeiten der Dreiteilung unserer Arbeiterversicherung auf einem anderen Wege als dem einer formellen Verschmel-zung zu beseitigen. Hierzu kommt noch die Notwendigkeit, in einer unübersehbaren Zahl von Fällen, in denen die Praxis Unzulänglichkeiten des Gesetzes, unzumutbare Formulierungen und Regelungen gezeigt hat, zu verbessern, demnach eine mühsame, sorgfältige Kleinarbeit zu leisten.“

In diesem Wilde von den „Zielen der Arbeiterversicherungs-reform“ fehlt das Ziel, das für die Regierungen von der größten Bedeutung ist: Die Entrechtung der Arbeiter in bezug auf die Verwaltung der Krankentassen. Dieses Ziel gehört weder zu der Beseitigung der „Unstimmigkeiten der Dreiteilung unserer Arbeiterversicherung“ noch zu der „mühsamen, sorgfältigen Kleinarbeit“, von denen Prof. Stier-Somlo in der angeführten Stelle seines Artikels spricht. Ebenjowenig wird er der Bedeutung dieses „Zieler der Arbeiterversicherungsreform“ gerecht, wenn er die Entrechtung der Arbeiter mit dem Hinweis auf die „Durchführung materiellrechtlicher Einzelreformen“ ab-tun wollte.

Selbstverständlich hat Prof. Stier-Somlo dieses wichtige „Ziel der Arbeiterversicherungsreform“ nicht übersehen. Er bespricht es an einer späteren Stelle seines Artikels. Hier aber, wo es gilt, die Bedeutung der beabsichtigten Reform der Arbeiterversicherung im allgemeinen zu kennzeichnen, schweigt er davon. Und das aus gutem Grunde. Denn die Tatsache, daß die Regierungen die ursprüngliche Absicht, die drei Zweige unserer Arbeiterversicherung zu einem Ganzen zu vereinen, aufgegeben und sich auf den Vorschlag beschränkt haben, das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in ihren Krankentassen zu beseitigen, zeigt aufs klarste den arbeiterfeindlichen Charakter der bevorstehenden Reform.

Daran ändert auch nichts die Redewendung von den „allergrößten Schwierigkeiten“ der Vereinheitlichung, mit denen es Prof. Stier-Somlo zu rechtfertigen versucht, daß die Regierungen von ihrem früheren Plane auf Schaffung einer einheitlichen Arbeiterversicherung Abstand genommen haben. Die „allergrößten Schwierigkeiten“ der Vereinheitlichung wären — bis auf eine einzige — sicher zu überwinden gewesen. Gesehert ist jener Plan einzig und allein an der Schwierigkeit „praktischer, auf die Durchführung gerichteter“, d. h. politischer Art.“

Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung konnte selbst beim besten Willen der Regierungen nicht auf der Grundlage durchgeführt werden, die dem unerhörten Zustande in der Unfallversicherung entspricht, daß die Verwaltung der Organisa-tionen zur Durchführung der Versicherung ganz und gar den Unternehmern ausgeliefert ist, die Arbeiter dabei über-haupt nicht mitzuspoken haben. Sollte also die Unfall-versicherung in die Vereinheitlichung herangezogen werden, so konnte die Alleinherrschaft der Unternehmer in den Berufs-genossenschaften nicht länger bestehen bleiben.

Auf eine solche Reform jedoch ließen sich die Herren vom Zentralverband deutscher Industrieller und ihre Gefolgschaft nicht ein. Deshalb verlor schon Graf v. Posadowsky plötzlich den Mut, die Reform der Arbeiterversicherung in dem Um-jange vorzunehmen, wie er es bis dahin aus sehr triftigen Gründen für unbedingt notwendig erklärt hatte. Sein Nach-folger im Reichsamt des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, erlaubte sich nach einem schüchternen Versuch wenigstens die Mitwirkung von Arbeitervertretern bei der Festlegung der

Unfallentschädigungen in der ersten Instanz zu erreichen. Damit kam er aber bei den Unternehmern schon an. Die Herren begannen eine plammäßige Agitation gegen das Reichs-amt des Innern. Sie bestürmten die Einzelregierungen; sie appellierten an den besser zu unterrichtenden „höchsten Herrn“; sie entriesteten sich auf jeder ihrer zahlreichen Generalversamm-lungen in diesem Sommer gegen die ihnen drohende Entrech-tung. Ja, sie kündigten in aller Form an, daß sie streifen, daß sie sich an der Verwaltung der Berufsgenossenschaften nicht mehr beteiligen werden, wenn sie so „begradigt“ werden sollten.

Diese Agitation hat die beabsichtigte Wirkung auf die Regierung nicht verfehlt. Die Herren im Reichsamt des Innern mußten zu Kreuze kriechen und einen Entwurf zur Aenderung der Arbeiterversicherungs-gesetze ausarbeiten, der sich nicht im mindesten an die „Rechte“ der Unternehmer in der Verwaltung der Berufsgenossenschaften wagt. Dafür ziehen die Herren um so schneidiger gegen das Selbst-verwaltungsrecht der Arbeiter in ihren Krankentassen zu Felde.

So sieht es in Wahrheit mit den „Zielen der Arbeiter-versicherungsreform“ aus. Sie mögen in den Einzelheiten manchen Fortschritt bringen, in ganzen jedoch bedeuten sie durch die Entrechtung der Arbeiter in bezug auf die Ver-waltung der Krankentassen einen argen Rückschritt, der die Arbeiter aufs schwerste schädigen muß.

## Die Balkankrise.

Die europäische Diplomatie gewährt jetzt wirklich kein annuyiges Schauspiel. Ganz nach den alten Methoden des 18. Jahrhunderts hat sich die diplomatische Kunst des zwanzigsten zu einem System von Lügen und Intrigen ge-staltet, durch das die Wahrheit bis zur Unkenntlichkeit ver-zerzt wird. Diese Renaissance der alten Methode ist kein bloßer Zufall. Sie hat ihren letzten Grund darin, daß die Interessen, denen die auswärtige Politik dient, wieder in den stärksten Widerspruch geraten sind zu den Interessen der breiten Massen des Volkes. Daher das Bestreben, die auswärtigen Angelegenheiten der Kontrolle der Volks-massen zu entziehen und den Absolutismus zum unumschränkten Herrn der auswärtigen Politik zu machen. So erleben wir auch jetzt das erbauische Schauspiel, daß die Diplomatie, kaum daß sie den Brand im Orient ent-zündet hat, einander in die Haare gerät und die Verantwor-tung für die Ereignisse ablehnt. Allerdings daß Österreich angefangen hat, sieht ja fest. Aber Herr von Lehrenthal möchte gerne, wenn nicht Mitschuldige, so doch wenigstens Mitwisser gehabt haben. In der österreichischen Delegation hat er erklärt, daß er nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit Italien und Rußland im Einvernehmen gehandelt habe. Doch damit ist er schlecht angekommen. Nachdem schon Deutschland feierlich erklärt hat, von dem famosen Annexions-plan nichts gewußt zu haben, protestiert heute die „Rowoje Brestja“ im Namen Rußlands. Gegenüber der Versicherung des österreichisch-ungarischen Botschaftsrats in Petersburg, daß der Plan Österreichs über die Annexion Bosniens und der Herzogewina der russischen, französischen und italienischen Regierung vorher mitgeteilt worden und auf keinen Widerstand gestoßen sei, schreibt das offiziöse Blatt:

„Wir erfahren aus völlig zuverlässiger Quelle, daß diese Mitteilungen des österreichischen Diplomaten nicht der Wahrheit entsprechen. Der Zweck, weswegen derartige Erfindungen verbreitet werden, ist so klar, daß kaum weitere Erläuterungen erforderlich sind.“

Man sieht, diese halbamtliche Erklärung hat einen ge-radezu verlegenden Ton. Rechnet man dazu, daß der österreichische Botschafter seit mehreren Tagen vergebens auf eine von ihm nachgesuchte Audienz beim Baron warten muß, so ergibt sich, daß das Verhältnis zwischen der österreichischen und russischen Regierung zurzeit ein sehr gespanntes ist. Daß übrigens diese Betuerungen der Unwissenheit nicht gerade sehr wahrscheinlich sind, ergibt sich aus der Angabe des ser-bischen Ministerpräsidenten, daß er bereits Mitte Sep-tember die Absicht Österreichs gekannt habe. Damals habe er sofort bei Lehrenthal und Iswolski die Annexion zu verhindern versucht. Sind aber diese nachträg-lichen Ablehnungen nicht gerade moralisch, so verfolgen sie doch sehr bestimmte Zwecke. Die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und die Annexion Bosniens haben sicherlich das „europäische Gleichgewicht“ nicht im geringsten verändert. Daß dabei ein internationaler Vertrag zerrissen worden ist, ist sicherlich bedauerlich. Aber es ist eine historische Tatsache, daß alle internationalen Verträge, wie sie nur bereits ein-getretene Machtverschiebungen sanktioniert haben, so auch stets durch Gewalt, durch Rechtsverletzungen wieder ab-geändert worden sind. Denn im kapitalistischen Staatensystem fehlt und muß fehlen eine allen Nationen gemeinsame Voll-zugsgewalt, die die Einhaltung völkerrechtlicher Verträge verbürgt. Eine solche Organisation kann erst eine sozia-listische Gesellschaft schaffen, die die Gegenkräfte, die heute die Staaten trennt, aufheben wird. In der Entrüstung der Diplomaten über die Vertragsverletzung steckt also un-geheuer viel Heuchelei, was allerdings nicht ausschließt, daß Österreich eine feiwole Dummheit beangangen hat, indem es

den Vorwand dazu lieferte. Aber das Petergeschrei der russischen Diplomatie, dieses ländergerichtigten, räuber-rißten und rechtlosesten aller Staatswejen, ist nicht nur eine widerliche Heuchelei, sondern auch eine Gefahr. Denn Rußland will an dem Brande sein Süppchen kochen. Und was der zerrüttete Stand der Finanzen, der Zusammen-bruch seines Heerwesens und die Vernichtung seiner Flotte nicht gestatten würde, sucht es durch diplomatische Kunststücke zu erreichen. Immer nachdrücklicher erhebt es die Forde-rung nach „Kompensationen“, als ob Bulgarien und Bosnien Länder wären, die dem russischen Reiche weg-genommen wurden. Und der unelige Gegensatz zwischen Deutschland und den Westmächten sichert ihm dabei die Unter-stützung der westeuropäischen Bourgeoisiedemokratie und er-laubt dem vermorschten Despotismus, seine Stellung durch Erfolge in der auswärtigen Politik zu festigen. Herr Iswolski verhandelt in London über die Eröffnung der Dardanellen für russische Kriegsschiffe. Und fast will es scheinen, als ob England, um das freundschaftliche Einver-nehmen mit Rußland nicht zu gefährden, dem Zarismus weit entgegenkommen wird. Die Nachrichten über die Ein-berufung des geplanten Kongresses lauten sehr optimistisch, und gleichzeitig wird es immer wahrscheinlicher, daß ein solcher Kongress weniger der Freiheit der Türkei, als dem Ansehen des russischen Despotismus Nutzen bringen wird.

Auf dem Balkan dauert die Erregung fort. In Konstantinopel fanden vor den fremden Gesandtschaften große Demonstrationen statt, die sich besonders gegen Oesterreich-Ungarn richteten. In Janina, Veyrut, Stutari und anderen Orten der türkischen Provinz fanden Protestver-sammlungen statt, die unter Führung der jungtürkischen Komitees von der Lokalbehörden verantwortet wurden. Auch die Boykottbewegung gegen österreichische Waren macht weitere Fortschritte. Am Klümmten aber liegt es in Serbien. Die kriegerischen Demonstrationen werden von dem Kronprinzen noch emmentert. Dieser 21jährige Purstie, ein Alkoholiker, der sich bisher nur durch seine Hoheitszerze und Liebesabenteuer bekannt gemacht hatte, spielt sich jetzt als Führer des Volkes auf, der die Aufgereagten mit der Versicherung „für Serbien sterben“ und „an ihrer Spitze in den Kampf ziehen“ zu wollen, noch weiter aufpeitscht. Die Regierung und der König sind vollständig machtlos. Die Anwerbungen von Freiwilligen dauern an. Die Skupstina war zwar so vernünftig, ihre Beratungen geheim zu erklären und die Eröffnung des Kriegsministeriums, daß Serbien keine Artillerie zur Verfügung stehe, hat ebenfalls abkühlend ge-wirkt. Doch wurde schließlich der Beschluß gefaßt, 16 Mil-lionen für Rüstungszwecke zur Verfügung zu stellen, ein Beschluß, der sicher nicht geeignet ist, die Spannung zu vermindern. Eine andere Nachricht, wonach ein ungarisches Grenzollant durch serbische Gendarmen besetzt und die ungarischen Beamten mit Gewalt vertrieben worden seien, hat sich bis jetzt nicht bestätigt.

Dem Treiben der Serben gegenüber hängt alles davon ab, daß Österreich diese Verdrätheiten nicht tragisch nimmt und sich damit begnügt, den Uebertritt serbischer Banden auf sein Gebiet zu verhindern. So gespannt die Situation auch ist, daß es wegen des überspannten Gehabens der Serben zu einem Kriege käme, wäre ein so unverzeihlicher Wahsinn, daß man selbst nach den Erfolgen der letzten Tage ihn nicht für möglich halten darf.

## Die Stellung Deutschlands.

Die gestrige „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bespricht die Ereignisse auf dem Balkan in einem längeren Artikel. Das Blatt erklärt, daß Deutschland sich zu einer Konferenz nur wird ver-stehen können, wenn es Sicherheit dafür gewonnen hat, daß die Verhandlungen vom Geiste des Wohlwollens gegen die Türkei, mit dem Ziele ihrer Stärkung und Kräftigung, unter Vermeidung von Demütigungen des bereits auf schwere Proben gestellten Osmanischen Reiches geleitet würden.“ Nach der Versicherung, daß Deutschland der Türkei seine alte Freundschaft bewahren würde, meint das Kanzlerblatt, es wolle die Aie, über welche die Türkei Klage zu führen hat, nicht rechtfertigen.

„In unseren Grundauffassungen über die Erfordernisse der Vertragsirene entfernen wir uns keineswegs von den Anschauungen, die Sir E. Grey in der Rede vor seinen Wählern entwickelt hat. Wir möchten meinen, daß beim Fehlen prinzipieller Differenzen in der Beurteilung der Situation sich auch in der praktischen Behandlung der Dinge keine Gegen-schaft zwischen der deutschen und der englischen Politik zu entwickeln braucht.“

Dann fährt das Blatt fort:  
 „Wir können wohl, wie dies nach der Natur der politischen Dinge zu geschehen pflegt, durch die Rücksicht auf unsere Bundes-genossen in unbecueme Situationen gebracht werden. Das darf uns aber nicht hindern, dem Bundesgenossen auch in Fragen, die nicht Gegenstand unseres Bündnisvertrages sind, in dem gleichen Maße ehrliche Kameradschaft zu halten, wie wir sie auch von seiner Seite oft erfahren haben. Einerseits glauben wir, daß ein anderer modus procedendi bei der im österreichisch-ungarischen Staatsinteresse für notwendig erachteten Aktion die nachfolgenden Schwierigkeiten ver-mindern hätte. Andererseits erkennen wir an, daß Oester-reich-Ungarns Anspruch auf eine endgültige Regelung der bos-nischen Angelegenheiten begründet ist.“  
 Anders stellt sich uns der Schritt der bulgarischen Re-a-ktion dar. Wir glauben nicht, daß man in Berlin geneigt

ist, ihrem Vorgehen die Sanction der Anerkennung der Unabhängigkeit zu erteilen, bevor nicht eine die Türkei voll befriedigende Auseinandersetzung erfolgt ist. Für die Wahrforderung versteht sich dies von selbst, aber auch wegen Ostrumeliens wird Bulgarien nicht umhin können, der Türkei diejenigen Entschädigungen einzuräumen, welche diese für angemessen halten wird.

Das offizielle Blatt beurteilt also Klipp und Klar das Vorgehen der österreichischen Diplomatie. Um so bedauerlicher bleibt es, daß die deutsche Diplomatie sich nicht rechtzeitig zu informieren wußte und sich von so folgenschweren Ereignissen überraschen ließ.

### Erklärungen des englischen Premiers.

London, 12. Oktober. Heute trat das Unterhaus zusammen. Ministerpräsident Asquith sprach über die Balkanangelegenheiten und sagte: Die Staatssekretär Grey und auch ich bereits öffentlich festgesetzt haben, ist es für unser Land im Interesse des Wertes der Verträge unmöglich, eine Aenderung derselben anzuerkennen, die von einem einzelnen Staat ohne Zustimmung der anderen Vertragsparteien vorgenommen wird. An diesem Grundsatze halten wir fest, und wir sind der Ansicht, daß die Ereignisse, welche jüngst im nahen Osten stattfanden, eine Aenderung erfordern, zu dem Zweck, zu einer Vereinbarung zu kommen, welche in gebührender Weise die Interessen der Türkei oder irgendwelcher anderen Staaten berücksichtigen soll, die durch die letzten Veränderungen benachteiligt sein könnten. Wir hoffen zuversichtlich, daß eine Lösung gefunden werden wird, und wir werden unseren Einfluß verwenden, um eine Sicherheit zu schaffen, daß diese Lösung friedlich und gerecht sein wird. Die endgültige Festsetzung einer Konferenz ist bisher nicht erreicht worden und die Frage, wie die Einigung darüber erreicht werden kann und was in die Beratung einbezogen werden soll, bildet gegenwärtig den Gegenstand der Erörterung. Wir hoffen jedoch, daß diejenigen, die sich natürlich beeinträchtigt fühlen, sich nicht durch ein übereiltes Vorgehen in eine Krise stürzen werden und auch fernere Maßnahmen und Zurückhaltung an den Tag legen werden, durch die sie sich bisher ausgezeichnet haben, indem sie darauf rechnen können, daß der allgemeine Wunsch besteht, ihnen eine gerechte Erwägung ihrer Interessen zu bewirken.

### Im Oberhaus.

London, 12. Oktober. (Oberhaus.) Lord Lansdowne ersuchte die Regierung um Mitteilungen über die Lage auf dem Balkanhalbinsel und brachte seine Zustimmung zum Ausdruck zu der von dem Staatssekretär Grey am 7. d. Mts. gehaltenen Rede. Lansdowne erklärte, die Opposition wünsche die Hände der Regierung zu stärken bei Erfüllung ihrer vielfachen Aufgabe, nämlich der Aufrechterhaltung des Völkerrechts in Europa und der Verhütung einer Störung des Weltfriedens. Der Parlamentsuntersekretär des Auswärtigen Amtes Lord Fitzmaurice sprach Lord Lansdowne für seine Erklärung seinen Dank aus, wiederholte die von dem Premierminister Asquith im Unterhause gemachten Mitteilungen und fügte hinzu: Während die Regierung mit Freuden die große Verbesserung in der Verwaltung der Türkei anerkennt, vergaßen wir nicht, wie viele Jahre wir die Rechte und Freiheiten der christlichen Bevölkerungen des Balkans verteidigt und beschützt haben. Diese beiden Grundsätze sind durchaus nicht unvereinbar. Wir sind der Ansicht, daß es die Macht und die Geschicklichkeit der europäischen Diplomatie nicht überschreiten wird, den Bestand der verbesserten Einrichtungen, welche in der Türkei ins Leben getreten sind, zu sichern und gleichzeitig die Zuneigung der kleineren Balkanstaaten zu erhalten, welche uns durch die Erinnerungen an die letzten 30 Jahre verbunden sind.

### Verstärkung der englischen Flotte.

London, 12. Oktober. Nach Meldung eines hiesigen Blattes hat die in Gibraltar zurzeit ankommende Atlantische Flotte, welche heute mit artilleristischen Übungen beginnen sollte, Befehl erhalten, diese Übungen aufzuschieben. Jetzt nehme die Flotte Probant für vier Monate in Vorbereitung einer Fahrt nach dem Osten.

### Der serbische Kronprinz.

Belgrad, 11. Oktober. Nach amtlicher Mitteilung hat der Kronprinz gelegentlich der gestrigen Kundgebung vor seinem Palast den Manifestanten für ihre Huldigung den Dank ausgesprochen, wobei er erklärte: Ich hoffe, daß Ihr, wenn es notwendig sein wird, gleich mir für König und Vaterland sterben werdet.

Von derselben Quelle wird erklärt, daß die Nachricht von einer allgemeinen Mobilisierung der serbischen Armee auf eine irrige Auffassung der Verordnung vom 23. September a. St. zurückzuführen ist, durch welche das erste Aufgebot der Reserve einberufen wurde. Weitere Reserven werden nicht einberufen werden und der Umstand, daß in Serbien gegenwärtig im ganzen nur 40 000 Mann unter den Waffen stehen, beweist, daß Serbien nicht mobil macht.

### Kreta.

Konstantinopel, 12. Oktober. Die Kammer ist heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, an der die muslimanischen Abgeordneten nicht teilnahmen. Die Kammer hat sich offiziell für die Vereinigung mit Griechenland ausgesprochen.

Konstantinopel, 12. Oktober. Dem „Abam“ zufolge wird die Pforte der hiesigen griechischen Gesandtschaft eine Note überreichen, worin erklärt wird, daß, wenn Griechenland den Anschluß Kretas akzeptiert, die Pforte dies als aggressive Aktion betrachten werde.

Konstantinopel, 12. Oktober. Die vier kretischen Schutzmächte erklärten der kretischen Regierung, daß ohne ihre Zustimmung eine Aenderung in der staatsrechtlichen Stellung Kretas nicht möglich ist. Fünf englische Kriegsschiffe sind vor Kreta eingetroffen.

## Die Herbsttagung des englischen Parlaments.

London, 10. Oktober. (Fig. Ver.)

Nächsten Montag tritt das englische Parlament zu seiner Herbsttagung zusammen, die bis Weihnachten dauern wird. Herbsttagungen sind in England eine Ausnahme. Gewöhnlich tagt das Parlament von Februar bis August. Aber wenn es in dieser Beziehung eine Ausnahme von der Regel notwendig war, so ist sie im gegenwärtigen Augenblicke am Platze. Denn sowohl die auswärtige wie die innere Lage Englands erfordern die Wachsamkeit der ganzen Nation.

Die übereilte und gefloste Aktion der österreichisch-ungarischen Diplomatie hat schwere Verwickelungen heraufbeschworen, deren Lösung ganz Europa in den nächsten Monaten beschäftigen wird. Die verheißungsvolle Reformarbeit der Jungtürken ist gefährdet und der ohnehin wackelige Friede Europas ist vollends ins Wanken

geraten. England hat die leitende Rolle in der Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts und in der Verhütung der Türkei überzunehmen, indem es seinen Willen kundgibt, daß es nicht gesonnen sei, völkerrechtliche Verträge einseitig vernichten zu lassen. Unter diesem Streben sind gewiß greifbare Interessen vorhanden, aber England ist doch im gegenwärtigen Moment die einzige Macht, die Europa zur Ordnung ruft. Die Wiedereröffnung des Parlaments wird den englischen Abgeordneten die Gelegenheit geben, die Öffentlichkeit über die Lage unterrichtet zu halten und die türkische Reformbewegung zu stärken.

In den inneren Angelegenheiten des Landes nimmt die Frage der Arbeitslosigkeit die erste Stelle ein. Die Einberufung der Herbsttagung wurde zwar durch die Notwendigkeit der Erledigung anderer Gesetzesvorlagen veranlaßt, allein die Arbeiterfraktion wird sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, zugunsten der Arbeitslosen einzutreten. Genosse Grayson scheint sogar entschlossen zu sein, die parlamentarischen Beratungen zu stören, wenn die Regierung nicht vor allem gesetzliche Maßregeln zur Unterstüßung der Arbeitslosen ergreifen sollte. Warum die Arbeitslosigkeit in England größer ist als auf dem europäischen Festlande, läßt sich schwer sagen. Jedoch darf man etwa folgende Gründe angeben: Vor allem kommt die Urbanisierung Englands in Betracht, die fast vier Fünftel der Bevölkerung nach den Städten gebracht hat, wo sie auf Industrie und Handel angewiesen sind. Auch in den besten Zeiten gibt es da 3 bis 4 Proz. Arbeitslose, die in Reservearmee bilden. Kommt es zu einer der periodischen Wirtschaftskrisen, so wächst die Reservearmee stärker an. In den letzten Jahren hat auch die Einführung von technisch vollkommenen Maschinen viele Arbeiter verdrängt, so besonders in der Schuhwarenindustrie. Die Kräftigung der Eisenbahnen hat eine große Zahl von Arbeitern aus dem Pflaster geworfen. Die Krise, die arbeitssparenden Maschinen und die Kräftigung haben das Arbeitslosenproblem verschärft, das jetzt um so brennender wird, als auch das Bewußtsein der Menschenwürde unter den Arbeitern gewachsen ist, das sie nicht mehr stillschweigend leiden läßt. Nicht zu vergessen ist auch der Umstand, daß in England — im Gegensatz zu den Ländern des europäischen Kontinents — keine allgemeine Wehrpflicht existiert, die in Deutschland und Frankreich einige Hunderttausend Arbeiter dem Arbeitsmarkt entzieht. Mit dieser Bemerkung soll selbstredend nicht dem Militarismus das Wort geredet werden. Unsere Hilfsmittel gegen Arbeitslosigkeit sind ganz andere. Aber es gilt hier einzig und allein auf gewisse Umstände hinzuweisen, die in England die Arbeitslosigkeit verschärfen.

Die Hauptarbeit der parlamentarischen Tagung wird die Durchberatung der Schankvorlage sein. Vielleicht wird auch der Achtstundenvorlage für Vergleiche Gesetzeskraft erhalten. Außerdem haben noch mehrere wichtige Vorlagen, wie die über das Volksschulwesen, den Londoner Hafen, das Verbot des weißen Phosphors in der Zündholzfabrikation, auf Erledigung.

Die Arbeiterpartei tritt — durch den endgültigen Anschluß der Bergleute — gestärkt in die Herbsttagung ein. Ihre Fraktion wird nunmehr 44 Mitglieder zählen. Aus den Januarwahlen 1906 ging sie mit einer Stärke von nur 29 Mitgliedern hervor. Ebenso hat sie es durchgesetzt, daß auch die liberalen Arbeiterabgeordneten, wie Madison, Vivian usw., in allen Arbeiterfragen mit ihr stimmen müssen. Jedoch dürfen die letzteren nicht zur Arbeiterfraktion gezählt werden. Wir rechnen sie im folgenden zu den Liberalen.

Das Unterhaus setzt sich jetzt aus 377 Liberalen, 44 Mitgliedern der Arbeiterpartei, einem unabhängigen Sozialisten (Grayson), 88 Freen und 164 Unionisten (Konserverativen) zusammen. Dazu kommt der Sprecher, der in England keiner Partei zugerechnet wird. Insgesamt zählt das Haus 670 Mitglieder.

Die Zahl der liberalen Arbeiterabgeordneten ist ungefähr 8, so daß die Arbeiterfraktion in allen Arbeiterfragen auf 53 Stimmen rechnen darf. Sie hat auch gewöhnlich die Unterstützung der Linkliberalen (Radikalen) und eines Teiles der Rationalisten.

Zahlenmäßig ist die liberale Regierungspartei ungemein stark, die konservative Opposition recht schwach. Allein die letzten Wahlen haben gezeigt, daß sich im Lande das Verhältnis ändert, und in einer Demokratie wird diesem Umstande Rechnung getragen.

## Genosse Liebkecht vor dem Ehrengerichtshof.

Ueber die Verhandlungen des Ehrengerichtshofs berichtet H. P. aus Leipzig vom 10. Oktober:

Die Verhandlung begann vormittags 9 1/2 Uhr. Es hatten sich zahlreiche Journalisten und auch mehrere Parteigenossen des Angeklagten im Reichsgerichtsgebäude eingefunden. Der Vorsitzende, Präsident des Reichsgerichts, Wirklicher Geheimrat Erzengel, Dr. Freiherr v. Sedendorff eröffnete die Sitzung mit dem Bemerkten: Es hätten einige Vertreter der Presse um Zulassung erachtet. Er stelle die Frage, ob hierzu etwas zu bemerken sei. Angeklagter Rechtsanwalt Dr. Karl Liebkecht: Ich bin mit der Zulassung der Presse recht einverstanden, sofern sie für zulässig zu erachten ist.

Der Vorsitzende erklärt darauf, daß er die Zulassung nicht gestatten könne.

Alsdann wird in die Verhandlung eingetreten. Der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Bernhardt trägt zunächst den Sachverhalt vor. Er verliest alsdann den Eröffnungsbeschluss, das Erkenntnis des vereinigten zweiten und dritten Strafsenats des Reichsgerichts vom Oktober 1907, wonach der Angeklagte wegen vorbereitender Handlungen zum Hochverrat unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 1 1/2 Jahren Festung verurteilt worden ist. Im weiteren gelangt das Erkenntnis der Anwaltskammer der Provinz Brandenburg und die Revisionsschrift des Generalstaatsanwalts des Kammergerichts sowie die Entgegnung des Angeklagten zur Verlesung.

Der Angeklagte bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: die bisherige Praxis, daß die tatsächlichen Feststellungen des Strafrichters für den Ehrengerichtshof bindend seien, halte er nicht für richtig, wolle sie aber nicht bekämpfen. Mit dem Grundsatze, daß er als Organ der Rechtspflege gegen die bestehende Rechtsordnung nicht verstoßen dürfe, sei aber nicht ausgesprochen, daß er sich auch jeder Kritik der bestehenden Rechtsordnung enthalten müsse. Die Rechtsordnung sei nur ein Teil der Verfassung, es sei aber jedem Bürger laut Verfassung gestattet, für eine Verbesserung bzw. Aenderung einzelner Teile der Verfassung zu wirken. Etwas anderes habe er durch Abfassung der infrimierten Broschüre nicht begangen. Jedenfalls habe die erste Instanz festgestellt, daß er nicht in betworfener Weise die bestehende Rechtsordnung verletzt habe. Er sei daher überzeugt, der Ehrengerichtshof werde sich dem Urteile des ersten Richters anschließen.

Oberstaatsanwalt Dr. Zweigert: Er gebe zu, daß der Angeklagte nicht betworfener Weise gegen die bestehende Rechtsordnung verstoßen habe. Daraus komme es aber gar nicht an. Es stehe jedenfalls fest, daß der Angeklagte wegen vorbereitender Handlungen zum Hochverrat für schuldig erachtet und zu 1 1/2 Jahren Festung verurteilt worden sei. Diese Tatsache genüge, um die Anlage zu begründen. Das Reichsgericht habe für festgestellt erachtet, daß der Angeklagte durch einzelne Abschnitte der Broschüre sich vorbereitender Handlungen zum Hochverrat schuldig gemacht habe. Damit habe der Angeklagte sich des Rechts begeben, ferner

gegen die öffentliche Rechtspflege zu verstoßen. Die Ausschließung aus der Rechtsanwaltschaft sei daher geboten. Er beantrage demnach, das Urteil der ersten Instanz aufzuheben und den Angeklagten aus der Rechtsanwaltschaft auszuschließen.

Verteidiger Rechtsanwalt Freitag (Leipzig): Er könne dem Oberstaatsanwalt in keiner Weise beipflichten. Der Hochverrat an sich sei nicht notwendigerweise eine unehrenhafte Handlung. Die bedeutendsten und höchstehenden Leute haben Hochverrat begangen. Sie seien trotzdem als Ehrenmänner gefeiert worden. Er erinnere nur an Napoleon III. und viele andere. Dem Angeklagten müsse doch auch zugute kommen, daß man über das Vorliegen von Hochverrat in rechtlicher Beziehung sehr verschiedener Meinung sein könne. Jedenfalls habe das Reichsgericht die Straftat im mildesten Lichte angesehen und zweifellos nicht als eine Tat bezeichnet wollen, die den Angeklagten zum ferneren Verbleiben in der Rechtsanwaltschaft unwürdig mache. Im übrigen gelte der Grundsatz, daß der Rechtsanwalt Organ der Rechtspflege sei und die bestehenden Rechtsordnungen kennen müsse, nur für die Tätigkeit des Anwalts in seinem Verufe. Außerhalb seines Berufes sei der Anwalt in der Verhinderung der bestehenden Rechtsordnung ebenso frei, wie jeder andere Staatsbürger. Ein Rechtsanwalt mache sich durch politische Betätigung nicht der Achtung unwürdig, die sein Verufe erfordere. Der Gerichtshof könne auch nicht außer acht lassen, daß die Anwaltskammer der Provinz Brandenburg zunächst die Einleitung des Disziplinarverfahrens abgelehnt und erst infolge Beschwerde des Generalstaatsanwalts das Kammergericht die Einleitung des Verfahrens angeordnet habe. Sieben der angesehensten Berliner Rechtsanwälte, wie der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Geh. Justizrat Dr. Krause, Justizrat Dr. Jacoby, der hervorragende Mitarbeiter der „Deutschen Juristenzeitung“, Justizrat Dr. Strang haben den Angeklagten nicht für unwürdig erachtet, ferner der Rechtsanwaltschaft anzugehören. Er (Freitag) sei selbst seit 23 Jahren Mitglied der Anwaltskammer des Königreichs Sachsen, seit mehreren Jahren deren stellvertretender Vorsitzender. Der Angeklagte sei ihm seit vielen Jahren persönlich bekannt, er würde es nicht verstehen können, wenn der Angeklagte wegen Abfassung der Broschüre aus der Rechtsanwaltschaft entfernt würde. Er erwarte zuversichtlich, der Gerichtshof werde sich dem Urteile der Vorinstanz anschließen und auf Verwerfung der vom Generalstaatsanwalt eingelegten Berufung erkennen. — Nach einer kurzen Erwiderung des Ober-Rechtsanwalts und Entgegnung des Verteidigers trat eine kurze Pause ein.

Alsdann nahm der Angeklagte das Wort: Er suchte nochmals den Nachweis zu führen, daß er lediglich seiner politischen Parteianschauung Ausdruck gegeben habe; dies sei aber laut Verfassung jedem Rechtsanwalt gestattet. Er habe weder betworfener noch unbetworfener die bestehende Rechtsordnung verletzt. Sein Verteidiger habe bereits darauf hingewiesen, daß ein Hochverrat nicht unbedingt eine unehrenhafte Handlung sei. Leute, die den Hochverrat vollendet haben, seien niemals zu bestrafen, im Gegenteil, sie sitzen auf Thronen und Ministerstühlen. Das Reichsgericht habe jedenfalls seine Tat im mildesten Lichte angesehen. Er sei nur Festungsgesangener. Er nehme zum mindesten dasselbe Recht für sich in Anspruch wie jeder Duellant. Einen solchen würde gewiß der Ehrengerichtshof nicht für unwürdig erachten, der Rechtsanwaltschaft anzugehören, obwohl doch der Duellant betworfener gegen die bestehende Rechtsordnung verstoße. Er sei daher ebenfalls der Ueberzeugung, der Gerichtshof werde die Berufung des Generalstaatsanwalts verwerfen und ihn somit nicht für unwürdig erachten, ferner der Rechtsanwaltschaft anzugehören.

Nach etwa 1/2stündiger Beratung des Gerichtshofs verkündete der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Freiherr v. Sedendorff folgendes Urteil:

Der Ehrengerichtshof hat dahin erkannt, daß die Berufung des Generalstaatsanwalts zu verwerfen und die Kosten des Verfahrens der Anwaltskammer der Provinz Brandenburg aufzuerlegen seien.

Der Ehrengerichtshof hat der Folgerungen des Herrn Oberstaatsanwalts nicht beitreten können, sondern hat sich in allen wesentlichen Punkten den Ausführungen der Vorinstanz angeschlossen. Es ist daher, wie geschehen, erkannt worden.

Als Zuhörer waren lediglich der Bruder des Angeklagten, Rechtsanwalt Theodor Liebkecht und Rechtsanwalt Dr. Oscar Cohn-Berlin anwesend. Nur Rechtsanwälte, die dem Oberlandesgerichtsbezirk des Angeklagten angehören, im vorliegenden Falle die zum Kammergerichtsbezirk gehörenden Rechtsanwälte haben Zutritt. Auch das Urteil wurde in nichtöffentlicher Sitzung verkündet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Oktober 1908.

### Ersparnisse bei der Post.

Neben den steigenden Ausgaben für Heer und Marine tragen einen großen Teil der Schuld an der jetzigen Reichsfinanznot die hohen, immer mehr anschwellenden Kosten des Verwaltungsdienstes. Erst jüngst hat Herr v. Camp darauf hingewiesen, daß man in einzelnen Verwaltungsbereichen, besonders bei der Reichspost und im Telegraphendienst, für ganz untergeordnete Arbeiten Beamte anstelle, von denen man Primanervorbildung verlange. So könnten zum Beispiel im englischen Postwesen junge Leute mit gewöhnlicher Volksschulbildung als bis zu Stellungen bringen, die man in Deutschland als sogenanntes „höheres Postfach“ bezeichne.

Tatsächlich greift bei der Post wie in anderen Ressorts der „Affektorismus“ immer weiter um sich, wird doch beabsichtigt, eine Reihe Stellen für sogen. „Postreferendare“ und „Postassessoren“ zu schaffen. Selbstverständlich arbeitet ein solches System sehr teuer. Schon längst ist es gefallen, daß die Reichspost und Telegraphenverwaltung verhältnismäßig ungünstig arbeitet, trotz der ungeheueren Vorteile, die ihr aus der freien Eisenbahnbeförderung zufließen. So betrug z. B. der Ueberschuß der Reichspost und Telegraphenverwaltung ohne Anrechnung der einmaligen Ausgaben im Rechnungsjahr 1905 M. 73 600 000 bei einer Bruttoeinnahme von M. 526 920 000 = 14 Prozent dieser Einnahme, während die Postverwaltung für Großbritannien und Irland, wie die „Kölnische Volkszeitung“ hervorhebt, in der gleichen Zeit bei einer Einnahme von 437 700 000 Mark einen Ueberschuß von 91 700 000 M. = 21 Prozent dieser Einnahme lieferte. Im gleichen Verhältnis wie die Rentabilität der englischen Post hätte die Reichspost anstatt 7,6 etwa 110 Millionen erbringen sollen.

Allerdings lassen sich die Verhältnisse beider Verwaltungen nicht einfach vergleichen, ohne daß man ihre Verschiedenheiten berücksichtigt. Die Reichspost leistet z. B. große Arbeiten unentgeltlich für soziale Zwecke, insbesondere für die Arbeiterversicherung (Invaliditäts- und Alters- sowie Unfallversicherung). Andererseits muß man aber berücksichtigen, daß Deutschland für den Hauptverkehr, den einfachen Brief, das teuerste Porto von allen Kulturländern der Erde hat (10 Pf. gegen 8 1/2 Pf. in England, 8 1/10 Pf. in Frankreich, 8 1/10 Pf. in Oesterreich usw.), und die Reichspost aus diesem höheren Briefporto allein einen besonderen Vorteil von 40 bis 45 Millionen Mark jährlich gegenüber England zieht. Würde unser Briefporto auf den Satz der anderen Länder ermäßigt, so würde die Reichspostverwaltung schon sehr bald mit Defizit arbeiten; ihr Ueberschuß hat

sich ohnehin im Jahre 1907 bereits auf 57 Millionen vermindert und für das Jahr 1908 wird die Reichspost nach rückwirkender Durchführung der Beamtenaufbesserung unter Berücksichtigung der Wiedereinnahmen nur noch einen Ueberschuß von etwa 10—15 Mill. Mark lassen, etwa so viel, wie die Postverwaltung von Belgien oder Ungarn abwirft.

### Die Verfassungsfrage in Mecklenburg.

Wie ein Telegramm aus Schwerin meldet, wurde dort heute Mittag der „außerordentliche“ Landtag beider Mecklenburg wieder eröffnet. In einem von den Kommissarien eingereichten Allerhöchsten Reskript wird ausgeführt, die Landesherren seien in erneute und eingehende Erwägung der Frage eingetreten, welcher Weg für die Durchführung der Verfassungsreform der gangbarste sei, da der von der Ritterschaft gemachte Vorschlag für die Regierung als unannehmbar erachtet werden müsse.

Sodann schließt das Reskript: Wir müssen demnach unsere Vorlage in unveränderter Gestalt zur erneuten Beratung stellen, wollen aber dabei nicht unerwähnt lassen, daß wir an Einzelheiten nicht unbedingt festhalten. Es wurde sodann auch längerer Debatte beschloffen, Deputierte der Ritterschaft und der Landschaft zu wählen, um mit den Vertretern der Regierung Verhandlungen zu pflegen.

Die Ritterschaft, d. h. die Großgrundbesitzer, sind nicht gewillt, nachzugeben und dem Großherzog die verlangten Millionen für seinen Privatbedarf zu bewilligen. Das eigentliche Volk ist, wie wir wiederholt dargelegt haben, an den schönen Verfassungsreformplänen der großherzoglichen Regierungen nicht im geringsten interessiert. Sie würden, wenn sie durchdrängen, den unteren Volksschichten den Zutritt zum Landtag ebenso verwehren wie bisher; dafür aber diesen eine starke Vermehrung der bisherigen Steuerlast aufbürden.

### Armenunterstützung und Wahlrecht.

Im Reichsamt des Innern ist endlich, wie eine hiesige halb-offizielle Korrespondenz berichtet, ein Entwurf fertiggestellt worden, der die Vorschriften des Reichstagswahlgesetzes, die bei Empfang von Armenunterstützungen das aktive und passive Wahlrecht entziehen, abändert. Wie verlautet, soll die Entziehung der Wählbarkeit fortbestehen, doch soll das aktive Wahlrecht für gewisse Fälle auch bei Armenunterstützungen gewährleistet werden. Auch der Einfluß der Armenunterstützung auf den Schöffen- und Geschworenendienst wird, wie es heißt, einheitlich geregelt. Der Entwurf wird dem Reichstage im Laufe des Winters zugehen.

Es ist recht wenig, was die betreffende Korrespondenz mitzuteilen weiß; doch genügt es, um erkennen zu lassen, daß eine gründliche Änderung der heutigen Wahlrechtsbeschränkungen durch Armenunterstützungen nicht zu erwarten ist. Es wird an einzelnen Bestimmungen herumgedoktert; im wesentlichen aber bleibt alles beim Alten.

### Katholische Arbeitervereine gegen den Buchdrucker-Verband.

Wie die katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln so haben auch jüngst die katholischen Arbeitervereine auf ihrem 12. Delegiertenkongress gegen den Buchdrucker-Verband Stellung genommen. Die lebhafteste Diskussion endete mit der Annahme eines Beschlusses, worin allen Verbänden der katholischen Arbeitervereine zur Pflicht gemacht wird, „nach Kräften dafür zu sorgen, daß ihre in Betracht kommenden Mitglieder dem christlichen Gutenbergbund beitreten.“ Die Delegierten, die an der Diskussion teilnahmen, waren sich darin einig, daß ein Mitglied des katholischen Arbeitervereins bei den „Neutralitätsverletzungen“ des Buchdruckerverbandes als religiöser und politischer Gegner für die Dauer nicht Mitglied dieses Verbandes sein könne. Es wurde daher die Erwartung ausgesprochen, daß etwaige Mitglieder hieraus ihre Konsequenzen ziehen würden.

Chemals galt der Buchdruckerverband den Ultramontanen als genügend „neutral“, daß katholische Arbeiter ohne Gefahr für ihre Seelenheil ihm beitreten konnten. In der W.-Glabbacher Programmschrift aus dem Jahre 1899 („Christliche Gewerkschaften“) ist nach längerer Darlegung über den sozialdemokratischen Charakter der alten Verbände zu lesen: „Die im Verband deutscher Buchdrucker organisierten Buchdrucker haben schon den ernstlichen Versuch erfolgreich durchgeführt, sich vom sozialdemokratischen Parteieinflusse freizumachen.“

Die ultramontane Partei- und christliche Gewerkschaftspropaganda hat zwar mit besonderem Eifer jeden Artikel und jede Notiz des Reichsboten „Korrespondenz“ der Buchdrucker, die gegen die Sozialdemokratie gerichtet war, gesammelt und verteuert, aber es scheint, daß damit der Buchdruckerverband den begonnenen Versuch, „sich vom sozialdemokratischen Parteieinflusse freizumachen“, nach Ansicht der Christlichen doch noch nicht „erfolgreich“ genug „durchgeführt“ hat. Und seit nun gar ein Streikbrotverbot, der „Gutenbergbund“ sich den Christlichen zur Verfügung gestellt hat, ist es mit der Gunst der Ultramontanen für den Buchdruckerverband vorbei. Er ist als sozialdemokratisch „geädelt“ worden.

### Der Kampf der Privatangestellten um das Koalitionsrecht.

Am Sonnabend fand in Augsburg eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung technischer Privatangestellter statt, in der Ingenieur Sudemann-Verein über die von der Direktion der Maschinenfabrik Augsburg vorgeschlagenen Maßnahmen der Mitglieder des Bundes technischer Industrieller Beamten sprach. Mit allen gegen elf Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 10. Oktober auf Einladung des Bundes der technisch-industriellen Beamten im Schichgrabenstraße versammelten technischen Privatangestellten erkennen in den sozialen Berufsorganisationen einen unentbehrlichen Faktor zur Förderung des kulturellen Fortschritts und das einzig wirksame Mittel zur Sicherung des sozialen Friedens.“

Sie bedauern daher, daß sich in der heutigen Zeit noch Unternehmer finden, die in bössiger Verkennung der veränderten, sozialen Zustände den gewerkschaftlichen Organisationen der Angestellten die Existenz zu unterbinden suchen und erheben lebhaften Protest gegen die Beschlüsse und Maßnahmen, mit denen die Maschinenfabrik Augsburg die technisch-industriellen Beamten ihrer Organisation abwendig zu machen sucht. Die Versammlung fordert die Maschinenfabrik Augsburg auf, die in Form von Verurteilungen erfolgten Maßnahmen zweier Ingenieure rückgängig zu machen und sie in ihre früheren Funktionen wieder einzusetzen. Die Versammlung erwartet von der Stadt Augsburg, daß sie erneut in eine Prüfung der Frage eintritt, wie die Vergütung städtischer Dienstleistungen an Firmen, die ihren Angestellten nicht die volle Koalitionsfreiheit zugestehen, zu vermeiden sei. Die Versammlung bittet den bayerischen Landtag, dahin zu wirken, daß die bayerische Staatsregierung im Bundesrat für die schleunige Vorlegung eines Gesetzes Sorge trägt, durch das die jetzige, einseitig beschränkte Koalitionsfreiheit zu einem wirklichen Koalitionsrecht ausgebaut wird. Die Versammlung fordert zu diesem Zwecke die Aufhebung des § 162, Absatz 2, sowie des § 163 der Gewerbeordnung.“

### 50 Millionen aus der Nachlasssteuer.

Nach Blätternmeldungen sollen die Bundesratsausschüsse in vergangener Woche die Nachlasssteuer genehmigt haben. Der Ertrag dieser Steuer soll auf 50 Millionen Mark jährlich veranschlagt sein. Die Nachlasssteuer ist infolgedessen mit der Wehrsteuer verbunden, als die Nachlässe der Männer, die nicht im Heere gedient haben, einen Steuerzuschlag tragen sollen. Außerdem soll mit der Nachlasssteuer auch das beschränkte Erbrecht verbunden sein, und zwar in der Weise, daß das Reich als Erbe eintreten soll bei Intestat-Erbenschaften, die an entferntere Verwandte über Geschwisterkinder hinaus fallen würden. Der Ertrag dieser miteinander verbundenen Steuerpläne soll auf 50 Millionen Mark veranschlagt sein, nicht der Ertrag der Nachlasssteuer allein.

Diese Regelung, die wir der „Deutschen Tageszeitung“ entnehmen, erscheint nicht sehr wahrscheinlich. Ohne Verringerung des bürgerlichen Erbschafts und des dort geregelten Erbrechts ist eine Beschränkung desselben in der Weise, daß gewisse Erbschaften, für welche Erben in näherer Verwandtschaftslinie vorhanden sind, an den Fiskus fallen, nicht wohl möglich. Aber das ist jetzt auch minder wichtig. Die „Deutsche Tageszeitung“ macht diese Rechnung nur, um festzustellen, daß auf die Nebensteuern der Nachlasssteuer 35, auf die Nachlasssteuer selbst 45 Millionen Mark entfallen würden.

Und sie fügt hinzu: „Die Aufgabe der grundsätzlichen Gegner der Erbschaftsteuer wird es also sein, zu suchen, auf welche Weise diese 45 Millionen Mark ersetzt werden können. Einen solchen Ersatz zu finden, dürfte nicht sonderlich schwierig sein, und mit einem zweckmäßigen Ersatz werden sich die Liberalen schließlich ebenso gern abfinden wie der Reichsschatzsekretär.“

Der Ersatz würde natürlich in indirekten, die besitzlosen Klassen des Volkes belastenden Steuern gesucht werden. Die Schamlosigkeit derer von Weich würde nicht Anstand nehmen, in die Taschen der Arbeiter zu greifen und die Mittel zur Linderung der Reichsfinanznot zu holen und dann Loblieder anzustimmen über den „Zweckismus des deutschen Bürgertums“, das freudig Opfer für das Vaterland bringt!

Man weiß in der Tat nicht, was elchastischer ist, die Frechheit oder die Heuchelei dieser Gesellschaft.

### Die Zentrumsbauern gegen die Erbschaftsteuer.

Der Trierische Bauernverein hielt dieser Tage seine Generalversammlung ab. Landtagsabgeordneter Wallenborn (Z.) hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede über die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf den Acker und Ehegatten. Er hob hervor, daß bei der Stenographischen Finanzreform vor zwei Jahren das energische Vorgehen der christlichen Bauernvereine das meiste dazu beigetragen habe, zu verhindern, daß die Erbschaftsteuer auch auf Ehegatten und Kinder ausgedehnt werde. Auch jetzt regt es sich wieder in westfälischen Bauernvereinen. Der westfälische und der rheinische Bauernverein haben bereits in ihren Vereinschriften wie in den ihnen naheliegenden Zeitungen Bewahrung eingelegt; beide Vereine würden außerdem in den nächsten Tagen auf ihren Generalversammlungen Stellung dagegen nehmen. Gegen die Absicht, den Bauernstand durch Ausdehnung der Erbschaftsteuer weiter zu belasten, müßten alle Bauern eine deutliche Antwort geben, und die Mitglieder des Trierischen Bauernvereins dürften nicht zurückbleiben, auch wenn der kleinere Grundbesitz verschont bleibe und mancherlei Erleichterungen für die Landwirtschaft beschlossen würden. Auf Vorschlag des Redners wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung des Trierischen Bauernvereins schließt sich den Erklärungen des Rheinischen und Westfälischen Bauernvereins gegen die beabsichtigte Erweiterung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten an und bezieht sich dabei auf die vor zwei Jahren gemachten Erklärungen und Begründungen.“

### Gewerbeordnungs-Novelle.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung der Gewerbeordnungs-Novelle tritt bereits am 27. d. M., eine Woche vor dem Plenum des Reichstags, zu einer Sitzung zusammen. Die sozialdemokratischen Mitglieder hatten angetregt, noch eine Woche früher die Beratungen zu beginnen.

### Der hamburgische Staat als Arbeitgeber.

Zu den in sozialpolitischer Hinsicht rückständigsten Staatsgebilden gehört unzweifelhaft Hamburg, dessen gesetzgebender Körperschaft das geringste soziale Verständnis abgeht. Selbst bürgerlichen Wählern, die ihr Heil nicht ganz verfahren haben, dämmert allmählich auf, daß in Punkte sozialer Fürsorge der hamburgische Staat als Arbeitgeber um einige Jahrzehnte hinter anderen Gemeinwesen hinterdrein hinkt. Anfang 1905 beantragte die sozialdemokratische Fraktion in der Bürgerschaft, die Arbeitszeit in allen Staatsbetrieben auf höchstens neun Stunden festzusetzen und die Löhne mindestens so hoch zu bemessen, wie sie durch bestehende Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern des gleichen Berufes festgesetzt sind. Weiter beantragte sie, daß unter 4 M. pro Tag (24 M. pro Woche) an keinen Arbeiter bezahlt werden darf. Diese auch 1905 schon äußerst minimalen Forderungen fanden nicht etwa sofort Annahme, sondern wurden einem Ausschuss zur Beratung überwiesen, die so gründlich ausgefallen ist, daß mehr als 3/4 Jahre verstrichen, bevor der Ausschussbericht fertiggestellt worden ist. Inzwischen war dem Ausschuss noch ein weiterer sozialdemokratischer Antrag auf Einführung eines mindestens eine Woche betragenden jährlichen Urlaubs zur Erledigung überwiesen.

Nachdem der Ausschuss sich um Auskunft an Berlin, Frankfurt am Main, Dresden, München usw. gewandt und in Erfahrung gebracht hat, daß ein Teil der in den Entwürfen niedergelegten Forderungen dort schon längst durchgeführt sind und inzwischen in anderen Orten schon weitestgehend die nämliche Rechnung getragen worden ist, beantragt der Ausschuss die Ablehnung sämtlicher Anträge, weil in fast allen anderen Städten noch zehn Stunden gearbeitet wird. Auch könne der Urlaub von einer Woche nicht durchgeführt werden, da inzwischen schon ein Urlaub von drei Tagen nach dreijähriger Dienstzeit gewährt worden sei. Ferner glaubt der Ausschuss die schon in einer Reihe von Städten bestehenden periodischen Alterszulagen nicht empfehlen zu können, weil die Leistungsfähigkeit mit dem Alter nicht zu, sondern abnehme. (1) Durch die beantragte Arbeitszeitverlängerung würde das in den Staatsanlagen investierte Kapital nicht voll ausgenutzt werden; auch würde die Arbeitsverlängerung auf die Privatbetriebe einwirken, und diesen dürften nicht neue Opfer zugemutet werden. (2) Aus diesem Grunde empfiehlt sie auch nicht eine Erhöhung der Löhne, zumal die Staatsarbeiter schon viele Vorteile vor den in Privatbetrieben beschäftigten Arbeitern voraus hätten (Versorgungskasse). Dagegen macht der Ausschuss den positiven Vorschlag: Die dauernd beschäftigten Staatsarbeiter sollen mit Wochen- und Monatslohn angestellt werden. Man will sich so einen festen Stamm von „zufriedenen“ Arbeitern schaffen.

Zu dieser in 3/4 Jahren gesammelten Ausschussweidheit nahm am Sonntag im Hamburger Gewerkschaftshaus eine von Tausenden besuchte Versammlung der Staatsarbeiter Stellung. An der Debatte beteiligte sich auch der liberale Bürgerschaftsabgeordnete Dr. Petersen, der neben dem Genossen Schaumburg zur Ausschussminderheit gehörte. Dr. Petersen nannte die Auffassung des Ausschusses eine besorgniserregende und meinte, die Anträge zu einem besseren sozialpolitischen Verständnis seien, abgesehen von den Sozialdemokraten, auch schon in der Bürgerschaft vorhanden. Die Arbeiter müßten aber durch politische und gewerkschaftliche Weidung jenen Leuten das soziale Gewissen schärfen. Einstimmig wurde eine Protestresolution gegen den Ausschussbericht angenommen und die Einführung des Reinstundentages und

eines Lohnes von 4—5 M. für ungelernete und 6—8 M. für qualifizierte Arbeiter verlangt.

Die Resolution soll dem Hamburger Parlament übermittel werden.

### Internationaler Arbeiterversicherungs-Kongress.

Rom, 12. Oktober. In Anwesenheit des Ministers des Aeußern Tittoni, des Handels- und Ackerbau-Ministers Cocco-Ortu, des früheren Schatzministers Luzzati, sowie der Spitzen der Behörden wurde heute vormittag auf dem Kapitol der 8. Internationale Arbeiterversicherungs-Kongress eröffnet. Minister Cocco-Ortu hielt die Eröffnungsrede. Im Namen der deutschen Reichsregierung begrüßte der Präsident des deutschen Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann-Vorlin den Kongress, indem er darauf hinwies, daß die starke Beteiligung der Deutschen an diesem Kongress ein erneutes Zeichen der engen geistigen Gemeinschaft sei, welche Italien und Deutschland bisher verbunden habe, und welche, wie zu hoffen sei, die beiden Länder auch in Zukunft stets verbinden werde. Dr. Kaufmann gab sodann einen Ueberblick über die Geschichte der staatlichen Arbeiterversicherung in Deutschland und schloß mit dem Wunsch, daß die gegenwärtigen Verhandlungen von den Empfindungen warmer Nächstenliebe getragen sein mögen.

### Ungarn.

#### Eine neue Verhaftung.

Budapest, 12. Oktober. Die Polizei verhaftete den Sekretär des Fachvereins der Maschinenarbeiter Karl Bayer, weil derselbe bei den am Donnerstag stattgefundenen Straßenunruhen an die Demonstranten Revolver verteilt und dieselben aufgefördert hat, die Polizisten niederzuschlagen.

Wir zweifeln nicht, daß die Polizei sich mit dieser Verhaftung ebenso blamieren wird, wie mit der Verhaftung der Mitglieder der Parteileitung, die am nächsten Tage wieder freigelassen werden müßten.

### Frankreich.

#### Nachwahlen.

Paris, 12. Oktober. Bei den gestrigen Ersatzwahlen zur Deputiertenkammer wurden im Departement Ain der Radikale Crepel, im Departement Landes der Radikale Chouzy gewählt. Das letztere Mandat besaß sich bisher in den Händen der Nationalisten.

### Dänemark.

#### Das neue Ministerium.

Kopenhagen, 11. Oktober. Der König hat heute folgendes Ministerium genehmigt: Der bisherige Finanzminister Neergaard wird Ministerpräsident und Minister der Verteidigung. Kultusminister Enevold Sörensen, Justizminister Högsbro, Verkehrsminister Jensen-Sönderup und Ackerbau-Minister Anders Nielsen behalten ihre bisherigen Ämter. Der dänische Gesandte in Wien Graf Ahlefeldt-Laurerberg erhält das Portefeuille des Aeußern, Direktor Klaus Bernisen Inneres, der österreichisch-ungarische Botschafter Johann Hansen Handel und Schiffahrt, der Regierungspräsident in Aalborg Braun das Portefeuille der Finanzen.

### Rußland.

#### Der Universitätsstreik.

Petersburg, 12. Oktober. Die Versuche mehrerer Professoren, heute in der Universtität Vorlesungen zu halten, wurden durch den Mangel an Zuhörern sowie durch den Mangel an den Korridoren versammelten streikenden Studenten verhindert. Die Versuche einer Gruppe des Studentenvereins des russischen Volksverbandes, den Prorektor Professor Braun gewaltsam zu bewegen, ein Kolleg zu lesen, indem sie den Katheder umringten und mit Knäpeln drohten, sind mißlungen.

### Die Zuckerversteuerung.

Petersburg, 11. Oktober. Gemäß der von der Reichsduma beschlossenen Uebergangsformel, welche auf die Notwendigkeit hinweist, die Zuckerversteuerung herabzusetzen, ernannte der Finanzminister bei der Hauptverwaltung der indirekten Steuern eine besondere Kommission, welche aus Sachverständigen und Zuckerindustriellen besteht, um Maßregeln zur Herabsetzung der Zuckerversteuerung ausfindig zu machen.

### Anebelung der Presse in Finnland.

Helsingfors, 12. Oktober. Der Generalgouverneur erteilte dem Senate die Weisung, als Zufug zu Artikel 16 des Kriminalgesetzes einen provisorischen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der bis zum Erlaß eines besonderen Preßgesetzes in Kraft bleiben soll. Der Gesetzentwurf soll die Verantwortlichkeit feststellen für die öffentliche, in Versammlungen oder mittels der Presse erfolgte Verbreitung von Kundgebungen, die für Rußland oder das russische Nationalgefühl verlegend sind. Dem Senate wurde gleichzeitig vorgeschrieben, die Einbringung eines Gesetzentwurfs zu beschleunigen, welcher die Strafbarkeit für die Verherrlichung eines Verbrechens feststellt.

### Afrika.

#### Der Zusammenschluß Südafrikas.

London, 10. Oktober. (Fig. Ver.) Nächsten Montag treten in Durban (Katal) die Delegierten der Kapkolonie, Katal, Dransend, Transvaal und Rhodesiens zu einer Konferenz zusammen, um über die Bildung eines neuen Gemeinwesens, das von Kapstadt bis zum Sambesi reichen soll, zu beraten. Es handelt sich um die Gründung der Vereinigten Staaten von Südafrika, die im Mai dieses Jahres auf einer Konferenz in Pretoria beschlossen wurde. Die Hauptfrage, die die Delegierten beschäftigen wird, dreht sich um die Organisationsform. Soll das neue Gemeinwesen eine zentralistische oder föderalistische Form haben? Sollen die einzelnen Parlamente zugunsten eines zentralen Parlaments aufgegeben werden, oder sollen sie bleiben und nur die allgemeinen Interessen einem Reichsparlament abtreten? Die nächste wichtige Frage betrifft die Haltung gegenüber den Eingeborenen. Große Schwierigkeiten wird auch die Aufstellung einer gemeinschaftlichen Zollpolitik bereiten. Dagegen ist der alte Gegensatz zwischen Briten und Buren vielfach verflüchtigt, so daß die Vertreter beider Völkerschaften jetzt gemeinschaftlich darüber beraten können, wie eine einheitliche südafrikanische Nation unter britischer Flagge zu schaffen sei.

### Soziales.

Selbständiger Unternehmer oder versicherungspflichtiger Arbeiter? Der Arbeiter Julius B. hatte sich am 27. April 1907 bei der Entladung von Stroh, welche für die „Stralauer Mühle“ bestimmt waren, eine Verletzung des linken Fußes zugezogen. Am 11. Mai 1907 ist B. an Wundstarrkrampf verstorben. Die Witwe machte bei der Glas-Versicherungsgesellschaft Anspruch auf Hinterbliebenenrentenschädigung für sich und ihre Kinder geltend, da sie den Tod durch die erlittene Fußverletzung verursacht glaubte.

Die Glas-Verufsgenossenschaft lehnte die Entschädigungspflicht ab, weil „der Verstorbenen B. nicht im Betriebe der Stralauer Glashütte, sondern bei dem Unternehmer Max B. — dessen Betrieb indessen nicht bei der Glas-Verufsgenossenschaft versichert ist und auch nicht versichert sein kann — verunglückt ist.“

Gegen den Ablehnungsbescheid legte die Witwe durch das Berliner Arbeitersekretariat Beratung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam ein. Es wurde entschieden, daß der Max B. im Sinne des Gewerbeversicherungs-Gesetzes in sozialer so wenig wie in materieller Beziehung als Unternehmer gelten könne. Er sei nur Vorarbeiter und Beauftragter der Firma „Stralauer Glashütte“ gewesen. Denn Kranken- oder Invalidenbeiträge hat B. nicht gezahlt. Die Arbeiter, die B. annahm, mußten dem Betriebsinspektor der Glashütte vorgeführt werden. Wurde hier die Bestätigung verweigert, dann mußte B. die von ihm angenommenen Leute entlassen. B. war indessen auch gehalten, sich nach der Arbeitszeit bei der „Stralauer Glashütte“ zu richten. So durfte er nicht vor 8 Uhr morgens und nach 6 Uhr abends auf dem Grundstücke arbeiten. Ebenso gehörte das Arbeitsgerät der „Stralauer Glashütte“. Aus diesen Tatsachen heraus ergibt sich, daß Max B. kein selbständiger Unternehmer gewesen ist.

Das Schiedsgericht erhob noch weiteren Beweis. Die Ermittlungen ergaben denn auch, daß dieser „selbständige“ Unternehmer vom 14. bis 20. Lebensjahre als Landwirtschafflicher Arbeiter tätig gewesen ist und etwa 24, 48 und 54 Taler jährlich und später im Afford etwa 250 M. pro Tag verdient hat. Nach der Militärzeit hat er zeitweise als Hausdiener gearbeitet und war nur auf Trinkgelder angewiesen. Dann hat er zunächst in Berlin als Bauarbeiter in Lohn gearbeitet und ist später bei der „Stralauer Glashütte“ als Arbeiter eingetreten. Bei der Arbeit des Kohlenlöschens hat er ebenso wie die anderen Arbeiter pro Tag einen Durchschnittslohn von 5 M. verdient. Eigenwöchentliches Vermögen hat B. nie gehabt.

Das Schiedsgericht gab der Berufung statt und verurteilte die Verufsgenossenschaft zur Leistung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenenrente für die Witwe und deren Kinder.

Aus den Urteilsgründen sei folgendes angeführt: „Die erhobenen Ansprüche sind nur dann begründet, wenn die Löscharbeiten, bei deren Ausführung der Ehemann der Klägerin den zum Tode führenden Unfall erlitten hat, ein Bestandteil des Betriebes der bei der Beklagten versicherten „Stralauer Glashütte“, nicht aber dann, wenn jene Arbeiten einen selbständigen Betrieb des Unternehmers Max B. darstellen. Als Unternehmer eines Betriebes ist derjenige anzusehen, für dessen Rechnung der Betrieb erfolgt, welchem das wirtschaftliche Ergebnis des Betriebes zum Vorteil oder Nachteil gereicht, welcher insbesondere die Arbeitsleistungen der Arbeiter im Interesse seines Unternehmens verwertet. Wer daher Unternehmer eines Betriebes ist, läßt sich nur bei Berücksichtigung der für den einzelnen Fall maßgebenden gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse beurteilen. Bei Würdigung des hier strittigen Arbeitsverhältnisses waren die tatsächlichen Angaben der „Stralauer Glashütte“ zugrunde zu legen.“

Der Bestimmungsgrund für die strittigen Löscharbeiten lag lediglich in den Zwecken der Glashütte. Sie brauchte die Kohle und sicherte die Bezugsquellen, bestimmte über die Menge der zu liefernden Kohle und über die Zeit der Lieferung; ihr kam das Ergebnis der Arbeit zugute. Sie hatte vor wie nach dem Löschens das ausschließliche Verfügungsrecht über die Kohle. Seiner gesamten wirtschaftlichen und sozialen Stellung nach kann Max B. nicht als selbständiger Unternehmer der Löscharbeiten, trotz ihres ziemlich erheblichen Umfangs, gelten. Denn er war ein einfacher, ganz mittelbarer Arbeiter, der die Ausführung ähnlicher Arbeiten im Afford niemals vorher übernommen hatte. Er unterlag mit seinen Leuten der auf der Glashütte eingeführten Fabrikordnung und benutzte zum Transport die der Firma gehörigen Karren und Körbe.

Allerdings sollte mit B. ein schriftlicher Vertrag geschlossen werden, welcher ihn ausdrücklich als Unternehmer bezeichnete, ihn zur rechtzeitigen Entladung innerhalb der gesetzlichen Röchzeit, zur Haftung für die etwa entstehenden Liegegelder verpflichtete. Allein mangels jeglichen Betriebskapitals konnte B. die in dem Vertragsentwurf vorgesehenen Kautelen nicht stellen, und aus diesem Grunde unterließ der Abschluß eines schriftlichen Vertrages. Ein wirtschaftliches Risiko, wie es für die Stellung eines Unternehmers so wesentlich ist, vermochte B. nicht zu tragen. Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit die Unterzeichnung des Vertrages die Rechtslage verändert haben würde. Das Nichtzustandekommen jenes Vertrages spricht gegen die Unternehmungstellung des B. Den von der Firma nach dem Löschens jeder Kahnladung gezahlten Affordlohn hat B. zu gleichen Teilen mit seinen Arbeitsgenossen geteilt. Der auf ihn persönlich entfallende Anteil des Entgelts bildete also keinen Unternehmergewinn, sondern eine verhältnismäßige Quote des bedungenen Affordlohnes.

Nach alledem ist das Schiedsgericht zu der Feststellung gelangt, daß die Löscharbeiten keinen selbständigen, für die Rechnung des B. gehenden Betrieb darstellen, daß vielmehr er und seine Leute lediglich als Arbeiter im Betriebe der „Stralauer Glashütte“ anzusehen waren. Die Entschädigungsansprüche der Kläger sind hierdurch berechtigt.

Nach dieser Entscheidung sind also auch die Arbeiter in der Glashütte, welche mit dem Kohlenlöschens beschäftigt werden, der Versicherungspflicht unterstellt, während die der Versicherungspflicht nicht unterliegen hätten, wenn das Kohlenlöschens als selbständiges Unternehmen erachtet worden wäre.

## Gewerkschaftliches.

### Ein Gelber.

In der Leitung der gelben Bäderorganisation spielt ein Herr Wischnöwsky eine hervorragende Rolle. Dieser Herr mußte am Montag vor Gericht zugeben, daß es ihm gar nicht darauf ankomme, offensbare Unwahrheiten zu verbreiten, wenn diese Unwahrheiten geeignet scheinen, die Leitung des freien Bäderverbandes in den Augen der Bädereigenen herabzusetzen. In einer Versammlung, die er in Frankfurt a. M. abhielt, behauptete Wischnöwsky, der Großbädermeister Goldacker in Berlin habe für den Streik der Berliner Bädereigenen 3000 M. gegeben. Nach seiner eigenen Angabe will Wischnöwsky diese Behauptung nicht positiv aufgestellt, sondern nur von einem Gerücht gesprochen haben. Darauf kommt es jedoch nicht an. In welcher Form Wischnöwsky diese unwahre Angabe von sich gegeben haben mag, ist gleichgültig. In jedem Falle hat er damit einen vergifteten Pfeil gegen den Bäderverband abgeschossen, denn in den Augen eines Arbeiters, der durch die Gewerkschaft seine Arbeiterinteressen gewahrt sehen will, kann die Leitung der Gewerkschaft nicht schwerer diskreditiert werden, als durch die Behauptung, sie lasse sich von Unternehmern mit Geldmitteln unterstützen, noch dazu in einem Streik. Hat doch die Behauptung Wischnöwskys erst dann einen Sinn, wenn man sie so auffaßt, wie er sie tatsächlich gemeint hat, nämlich, daß der Streik im Interesse einiger Großbädereien ins Werk gesetzt sei, damit diese ihre Betriebe auf Kosten der Kleinmeister vergrößern könnten. Aber noch nach einer anderen Seite wendet sich der von Wischnöwsky abgeschossene vergiftete Pfeil. Als er jene Behauptung verbreitete, war die Streikabredung des Bäderverbandes längst veröffentlicht. Da in derselben keine Geldauszahlung Goldackers oder sonst eines Meisters aufgeführt war, so konnten die Leute, welche der Angabe Wischnöwskys glauben schenken, auf den Gedanken kommen, daß sich der Verwalter der Streikkasse der Unredlichkeit schuldig gemacht habe.

Verantw. Redakt.: Georg Dawisch, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhorts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Um die Unwahrheit der von Wischnöwsky aufgestellten Behauptung einwandfrei festzustellen, ist er vor Gericht zur Verantwortung gezogen worden. Bädermeister Goldacker und der Kassierer der Berliner Mitglieder des Bäderverbandes, Max Barth, haben Wischnöwsky wegen Beleidigung verklagt. Goldacker fühlt sich beleidigt durch die Behauptung, daß er als Mitglied der Innung den gegen seine Innungscollegen gerichteten Streik mit Geld unterstützt haben solle und Barth saßt es als eine Beleidigung auf, daß in dieser Behauptung auch gegen ihn als Kassierer der Vorwurf der Unredlichkeit liege.

Als die Klage am Montag vor dem Berliner Schöffengericht verhandelt werden sollte, zog es Wischnöwsky vor, einen vollständigen Rückzug anzutreten. Er gab vor Eintritt in die Verhandlung diese Erklärung zu Protokoll:

„Ich habe mich davon überzeugt, daß das mir zugegangene und von mir in der Versammlung in Frankfurt a. M. vorgebrachte Gerücht, Herr Goldacker solle dem Bäderverband 3000 M. zum Streik gegeben haben, keine Unterlage hat. Ich kann daher jene Behauptung nicht mehr aufrechterhalten und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. — An Herrn Barth habe ich mit meiner Äußerung nicht im entferntesten gedacht.“

Da es den Klägern nicht um die Bestrafung Wischnöwskys, sondern nur um die Feststellung der Wahrheit zu tun war, so begnügten sie sich mit dem Widerruf Wischnöwskys und zogen nach Abgabe der vorstehenden Erklärung die Klage zurück.

Wischnöwsky trägt sämtliche Kosten des Verfahrens. Auch die moralischen!

### Berlin und Umgegend.

#### Der Kampf der Rohrleger.

Eine Versammlung aller im Deutschen Metallarbeiterverband, im Verband der Kupferschmiede und im Zentralverband der Schmiede organisierten Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend fand am Sonntag vormittag in Kellers „Neue Philharmonie“ statt. Die gegenwärtige Situation im Rohrlegergewerbe nach dem jüngsten Streik stand zur Beratung. Otto Handke vom Deutschen Metallarbeiterverband referierte. Er besprach die jüngsten Kämpfe der Rohrleger, die zu einer Niederlage geführt haben durch den Betrug der eigenen Arbeitsgenossen, die im Allgemeinen Verband organisiert sind. Sehr energisch wies Handke eine Reihe von Verschuldigungen und Verleumdungen zurück, die von der Leitung des Allgemeinen Verbandes wie des Gewerbevereins verbreitet wurden. Die Streikleitung hat das Interesse der streikenden Rohrleger nie aus den Augen verloren und es stets in einer würdigen Weise vertreten. Zum Beispiel ist es eine grobe Unwahrheit, wenn behauptet wird, daß die Vertreter der drei in Betracht kommenden Organisationen bei den Unternehmern um die Wiedereinstellung der streikenden Rohrleger gebeten hätten, als sie keinen Erfolg in der Streikbewegung mehr sahen. Der Kampf wurde nicht nur gegen die Arbeitgeber im Rohrlegergewerbe geführt, sondern der Verband der Kühnemannler stand dahinter. Der Jubel war groß, als der Streik abgebrochen werden mußte. Nicht nur in den bürgerlichen Zeitungen gab man seiner vollen Genugtuung über die Niederlage der Arbeiter Ausdruck, auch bei den Christlichen, im Gewerbeverein und im Allgemeinen Verband freute man sich, daß Arbeitsgenossen, die für eine Verbesserung der Verhältnisse bitter kämpften, unterlegen waren. Der Tarif, den die Unternehmer diktiert haben, ist abgeschlossen worden mit dem Allgemeinen Verband, dem Gewerbeverein und den Christlichen. Der Tarif des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist von 70 bis 80 Firmen, die zusammen etwa 400 Arbeiter beschäftigen, unterschrieben anerkannt worden. Dort hat man manche kleine Verbesserungen erhalten können. Viele Rohrleger haben selbständig Zulagen gefordert, die ihnen auch bewilligt wurden. Als die Angehörigen der anderen Verbände das gleiche verlangten, wurden sie abgewiesen mit der Begründung, daß sie unter einem Tarifverhältnis stehen und daß sie keinen Tarifbruch fordern dürften. Ein Mitglied der Arbeitsorganisation hat nach vielem Nachdenken schließlich die Geschäftskarte unter den Tarifvertrag geseht, weil er seinen Namen nicht darunter sehen dürfe.

Die Unternehmer hatten beschlossen, ihren Tarifvertrag, der von dem Allgemeinen Verband, den Kirch-Dunderschen und den Christlichen angenommen worden war, auch den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorzulegen und als „Arbeitsordnung“ unterzeichnen zu lassen. Bestundert waren sie aber doch, daß sie nirgends auf Widerstand mit dieser Zumutung stießen. Dann aber ging ihnen darüber ein Licht auf, daß die Unterschrift der einzelnen Personen nur für gegebene Fälle taugte, den Deutschen Metallarbeiter-Verband aber zu nichts verpflichtet und eine Garantie für Ruhe und Frieden im Gewerbe damit durchaus nicht geboten war. Wenn man nun bedenkt, daß von 870 Streikenden, die am 16. September, bei der Aufhebung des Streiks, gezählt wurden, heute nur noch 230 außer Arbeit sind, so erkennt man leicht, daß die Streikenden geschädigt wurden ihrer Qualität nach. Auf ihre Organisation, den Deutschen Metallarbeiterverband, besannen die Arbeitgeber sich plötzlich und versuchten, aus ihm eine bestimmte Erklärung herauszulocken. Vorher hatte man den Verband möglichst herabzusetzen versucht und seine Billigung oder Nichtbilligung des Tariffs als unwichtig bezeichnet. Jetzt braucht man eine Erklärung des Verbandes, um Garantien für den Frieden zu haben. Es scheint, als seien die Arbeitgeber von einer interessierten Seite (Huf: Wiesenthal) besonders darauf aufmerksam gemacht worden, welche Schädigungen ihnen bei neuen Konflikten erwachsen können, wenn der Deutsche Metallarbeiterverband durch die tariflose Verhältnisse freie Hand behält. Anfang der Woche sandten nun die Arbeitgeber das folgende Schreiben an den Deutschen Metallarbeiterverband:

„Da die außertarifliche Beschäftigung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes für die Dauer nicht anständig ist, so ersuchen wir um definitive Erklärung bis zum 15. d. M., ob Sie gewillt sind, sich dem am 3. September d. J. geschlossenen Lohnvertrag für das Rohrlegergewerbe anzuschließen?“ Demgegenüber könnte man die Frage aufwerfen, welche Gründe maßgebend sind, die verhindern, daß die Mitglieder des Verbandes unter einem tariflosen Verhältnis arbeiten. Es wäre interessant, die speziellen Gründe der Arbeitgeber dafür kennen zu lernen. Das tariflose Verhältnis ist dadurch nichts Außergewöhnliches, man kämpft im Gegenteil oft lange und schwer von seiten der Arbeiterschaft um das Zustandekommen eines festen Tariffs. Handke empfahl den Versammelten, zu beschließen, daß keine schriftliche Erklärung zu der Anfrage der Unternehmer abgegeben werde, daß aber eine Vertretung der Arbeiter eine mündliche Aussprache mit den Vertretern der Arbeitgeber herbeiführen solle, um weitere Aufschlüsse über das Verhalten der Arbeitgeber zu verlangen. Gerade zur gelegenen Zeit kam dem Verbande eine Enthüllung über die Absichten der Unternehmer. Das folgende Schreiben zirkulierte jüngst bei den Arbeitgebern im Rohrlegergewerbe:

„Wie bekannt, ist der Deutsche Metallarbeiterverband dem am 3. September d. J. abgeschlossenen Lohnvertrag für das Rohrlegergewerbe nicht beigetreten. Wenn der Deutsche Metallarbeiterverband auch den Streik abgebrochen und seinen Mitgliedern gestattet hat, die Arbeit anzunehmen und einzeln den Lohnvertrag durch Unterschrift anzuerkennen, so bietet dies keineswegs die genügende Gewähr für den Frieden des Arbeitgeberverbandes im Rohrlegergewerbe. Er wird sich daher als Gegenmaßregel zu der Ausschließung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes genötigt sehen. Sie wollen daher schon jetzt darauf Rücksicht nehmen und ihren Bedarf an Arbeitskräften nur von unserem Arbeitsnachweis, Dresdenener Straße 111, decken, um tariffreie Arbeiter zu erhalten. Außerdem geben wir unseren Mitgliedern anheim, sich

durch Einschickung in die Liste, welche in unserer Geschäftsstelle zur Verfügung steht, oder durch telefonische Anfrage bei derselben die Namen derjenigen Arbeitnehmer zu erfahren, die als Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf Veranlassung des Verbandes in diesem Jahre in den Ausstand getreten sind.“

Hochachtungsvoll  
(gez.) Rasse, Ludwig Grün,  
stellvertretender Vorsitzender.

Dieses Schreiben bedeutet einen Raub an den gesetzlich gewährtesten Rechten der Arbeiter. Das Streikrecht wird damit verweigert. Wird sich hier ein Staatsanwalt finden, fragte Handke, der dieses geschickliche Verhalten zum Gegenstand einer Anklage macht? Hier wird mit terroristischen Mitteln gegen die Arbeiter vorgegangen, die dagegen protestieren müssen, besonders, wenn sie bedenken, wie scharf man jede, oft nur scheinbare Übertretung des Streikrechts verfolgt.

Der Vorschlag Handkes, unterläßt von der Organisationsvertretung und von der Vertrauensmännerkonferenz, wurde nach kurzer Diskussion von der Versammlung angenommen. In der Diskussion wurde der Verdacht ausgesprochen, daß die Leitung des Allgemeinen Verbandes eine Aussperrung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes provozieren möchte, da ihr aus eigensüchtigen Gründen die Aussperrung sehr gelegen kommen würde.

#### Tarifbruch einer Groß-Firma im Buchdruckgewerbe.

Bei der Firma Buchdruckerei Rudolf Rasse sind Differenzen mit den Stereotypisten ausgebrochen, weil die Firma einem Tarifamtsentscheid, laut welchem sie sich mit dem Personal einigen sollte, nicht stattgibt. Die Firma sucht in ihren eigenen Blättern Arbeitskräfte. Zugut ist streng fernzuführen. Erkundigungen sind beim Hauptstad, Engländer 14-15, einzuziehen. — Hoffentlich überlegt die Firma sich noch, welches schlechte Beispiel sie in dieser Zeit der Krise auch im Buchdruckgewerbe sie etwaigen prinzipiellen Gegnern geordneter Verhältnisse im Gewerbe gibt. Geordnete Verhältnisse haben nie mehr als im gegenwärtigen Augenblick auch im Interesse der Buchdruckprinzipale gelegen.

#### Achtung, Steinseher und Kammer!

Wir wiederholen, daß die Firmen Spremberg u. Co., Berlin, E. Junge-Niederschönhausen und G. Puhlmann-Zehlendorf bis auf weiteres wegen Nichtanerkennung des Tariffs gesperrt sind.

Nach wiederholter Befragung vorstehender Sperren in Nr. 235 des „Vorwärts“ haben einige Kollegen der Firma Spremberg u. Co. bei der Ortsverwaltung angefragt, aus welchen Gründen die Firma gesperrt ist. In der Sitzung der paritätischen Schlichtungskommission vom Mai d. J. erklärte die Firma Spremberg u. Co., den Tarif in einzelnen Teilen nicht anzuerkennen. Daraufhin mußte die Sperre verhängt werden, und diese besteht heute noch zu Recht. Wie uns weiter gemeldet wird, soll die Firma E. Junge mit einer Kolonne von 12 Steinsehern und 10 Kammerern die Arbeit in Zehlendorf wieder aufgenommen haben.

Kollegen, wir appellieren nochmals an Euch! Tut Eure Pflicht und meldet die gesperrten Firmen. Die Ortsverwaltung.

#### Achtung, Schneider und Schneiderinnen!

Die Differenzen bei der Firma Grünbaum im Hause Gerson, Oberwallstr. 14-16, sind beigelegt. Es wird daher die Sperre hiermit aufgehoben.

Verband der Schneider und Schneiderinnen, Filiale Berlin I.  
Die Ortsverwaltung.

#### Ausland.

##### Die Situation in Neapel.

Rom, den 11. Oktober. (Fig. Ber.)

Am 7. Oktober haben die Metallarbeiter der Firma Miani und Silvestri in Neapel die Arbeit niedergelegt, um sich nicht einer neuen drückenden Arbeitsordnung zu beugen. Die Zahl der Streikenden betrug schon am ersten Streiktag gegen 12 000, da alle Metallarbeiter Neapels aus Solidarität die Arbeit niedergelegten. Am 8. und 9. schlossen sich, wie wir aus telegraphisch berichteten, neue Arbeiterkategorien den Streikenden an, so daß heute 24 000 Arbeiter aufstehen. Die Situation ist darum so ernst, weil die Tramabnehmer sich dem Ausstand nicht angeschlossen haben, was die Menge der Streikenden erhöht. Es wurden gestern gegen 50 Trams mehr oder weniger schwer beschädigt, einige von ihnen in Brand gesteckt. Der Bürgermeister von Neapel hat den Direktor der Firma Miani und Silvestri ersucht, sofort Verhandlungen einzuleiten. Der Herr Direktor hat aber geantwortet, es erachte den heutigen Konflikt als eine Privatangelegenheit, die der Stadtverwaltung nichts angehe. Und dieser „Privatangelegenheit“ zu Ehren werden mehrere Regimenter in Neapel zusammengezogen und täglich einige hundert Verhaftungen vorgenommen! Nur eine Minderheit der Streikenden ist organisiert.

## Aus der Frauenbewegung.

### Unstimmigkeiten in der bürgerlichen Frauenbewegung.

Der Bund deutscher Frauenvereine, der vom 6. bis 9. Oktober seine achte Generalversammlung in Wroslau abhielt, umfaßt bekanntlich das Gros der bürgerlichen Frauenbewegung. In ihm finden sich konfessionsreaktionäre und kirchlich-orthodoxe Frauen zusammen mit denen der liberalen und radikalen Richtung. Natürlich ist es nicht leicht, solche einander widerstrebenden Elemente dauernd unter einen Hut zu bringen, und so sieht es denn nicht an gelegentlichen Reibereien. Das ohnehin weitläufig überwiegende reaktionäre Element sollte in diesen Tagen eine erhebliche Verstärkung dadurch erfahren, daß der deutsch-evangelische Frauenbund mit 47 Ortsgruppen seinen Beitritt zum Bunde deutscher Frauenvereine angemeldet hatte. Aus diesem Anlaß kam es bei Beratung der Organisationsfragen in einer geschlossenen Sitzung zu äußerst heftigen Zusammenstößen zwischen den feindlichen Schwestern. Die unter Führung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine stehende radikale Minderheit betrat den Antrag, daß vom Oktober 1908 ab nur Verbände, keine Einzelvereine in den Bund aufgenommen werden dürfen. Da eine Klärung und Einigung nicht erzielt wurde, setzte man eine Kommission zur Erledigung dieser organisatorischen Streitfrage ein. Auf den Inhalt der Tagung kommen wir noch zurück.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Orientkonferenz?

Konstantinopel, 12. Oktober. (Reidung des Wiener T. Z. Tel.-Büro.) Nach Meldung türkischer Blätter haben England, Frankreich und Italien der beabsichtigten Abhaltung einer Orientkonferenz offiziell zugestimmt.

### Proletariatsob.

Frankfurt a. M., 12. Oktober. (B. S.) Im Güterbahnhof wurde beim Uebersteigen der Gleise der 43-jährige Kohlenarbeiter Redla von einer Rangiermaschine erfasst und sofort getötet.

St. Ingbert, 12. Oktober. (B. S.) Beim Absteigen eines Schachtes wurden durch niederschlagendes Gestein ein Arbeiter getötet und sechs schwer verletzt.

### Feuersbrunst in Bayern.

Paffau, 12. Oktober. (B. S.) Vorgestern nacht sind in Ortenburg vier große Anwesen und das Rathaus durch einen Brand eingestürzt worden.

Die Zählung der Arbeitslosen.

Bereits Anfang dieses Jahres wurde von unseren Genossen im Berliner Rathaus verlangt, die Stadt solle eine Zählung der Arbeitslosen vornehmen. Die organisierte Arbeiterschaft Berlins hatte sich Mitte Februar bereit erklärt, dem Statistischen Amt unentgeltlich Hilfe zu leisten und die für eine von Haus zu Haus vorzunehmende Zählung erforderlichen 24 000 Zähler zu stellen. Der Magistrat entschied jedoch in einer Sitzung vom 21. Februar dieses Jahres, daß er von einer solchen Zählung Abstand nehme. Er erachtete die vorgeschlagene Methode, Zählerkarten in jede Wohnung zu tragen und sie nach einigen Tagen wieder abholen zu lassen, nicht für genügend zuverlässig und eine falsche Feststellung der Zahl der Arbeitslosen könne in weiten Kreisen Verunsicherung hervorrufen.

In der Statistischen Deputation wurde darauf die Einführung einer ständigen Statistik der Arbeitslosigkeit in Beratung gezogen und der Direktor des Statistischen Amtes, Professor Silbergleit, ersucht, eine Zusammenstellung seiner Vorschläge zu machen. Dieses Gutachten des Professor Silbergleit ist jetzt unter dem Titel: „Beschäftigungsgrad und Arbeitsmarkt“ der Stadtverordnetenversammlung (als Broschüre von 32 Seiten) zugegangen, nachdem sie Ende Juni den Mitgliedern der Statistischen Deputation als Manuskript vorgelegt worden war.

Das Gutachten Silbergleits wagt in der für uns selbstverständlichen, aber vom Magistrat wie der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung bisher nicht geteilten Anschauung, daß die Gemeinde die Verpflichtung hat, sich um den Stand der Arbeitslosigkeit zu kümmern. Deshalb macht Professor Silbergleit verschiedene, zum Teil neue Vorschläge, wie Beschäftigungsgrad und Arbeitsmarkt durch die Gemeindeverwaltung kontrolliert werden können. Mit Beschäftigungsgrad wird die Gesamtheit der beschäftigten Arbeiter, mit Arbeitsmarkt die Gesamtheit der als Arbeiter Betätigung suchenden Beschäftigungslosen bezeichnet. Beide Ziffern können unabhängig von einander steigen und fallen, so daß es nicht angängig ist, die Zahl der Beschäftigungslosen durch das Steigen und Fallen der Zahl der Beschäftigten festzustellen, denn unabhängig von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage wirken in Richtung einer Bestandsverminderung: der Uebergang zur gewerblichen Selbstständigkeit oder zu nicht eigentlicher gewerblicher Tätigkeit, wie Eintritt in persönliche Dienststellungen, in Beamtenstellen usw., bei Frauen auch Verheiratung, ferner Verlust der Arbeitsfähigkeit, Invalidität und Tod. Auf Bestandsvermehrung wirken dagegen hin ein: Aufgabe bisheriger Selbstständigkeit, Uebergang von nicht eigentlicher gewerblicher Berufung her, Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit, Hineinwachsen in das Alter der Selbstständigkeit (die in gewerblichen Lohn eintretenden Schulentlassenen) usw. Die Veränderung des Beschäftigungsgrades kann also nur als allgemeiner Ausdruck gelten für die Lage des Gewerbes, für die Verhältnisse auf Seiten der Arbeitgeber. Silbergleit spricht ihm aber nicht jede Bedeutung ab und macht daher zunächst Vorschläge für die Statistik des Beschäftigungsgrades. Er empfiehlt allgemein Betriebszählungen, die alle 3 oder 5 Jahre durch die Gemeinde zu erfolgen hätten, gleich der vom Reich im vorigen Jahre nach zwölfjähriger Unterbrechung vorgenommenen.

Die Erhebungen der Gewerbeinspektionen erfolgen zwar jährlich, bieten aber nur ein Teilbild, da sie sich ja nur auf Fabriken und die diesen gleichgestellten Anlagen erstrecken.

Eine dritte Möglichkeit, Aufschluß über den Beschäftigungsgrad zu erlangen, bietet die Befragung der Arbeitgeberverbände. Die Betriebe mit eigenen Krankenkassen geben bereits monatliche Ausweise über die Zahl ihrer Versicherten, also Beschäftigten, doch ist dies weniger als ein Fünftel aller Beschäftigten Berlins. Prof.

Silbergleit hält aber diese summarische Befragung mit Recht für nicht empfehlenswert. Dagegen hält er für einen gangbaren Weg, den Vergleich des Bestandes der Krankenkassen an verpflichteten Mitgliedern. Diese Statistik bedarf aber, wie Silbergleit überzeugend darlegt, des Ausbaues sowohl bei der Erhebung wie bei der Bearbeitung. Zunächst muß sie sich nicht allein auf Berlin, sondern auch auf die Vororte, also auf Groß-Berlin erstrecken. Die auf Anregung Silbergleits die Gewerbeinspektion des Magistrats vor kurzem feststellte, sind zum Beispiel in Berliner Betriebs- und Zimmungsklassen an 40 000 Arbeiter vorortlicher Betriebe versichert. Allerdings kann aus der bloßen Zunahme der Krankenkassenmitglieder nicht auf ein Wachstum des Beschäftigungsgrades geschlossen werden, ja, es kann sich hinter dieser Zunahme eine steigende Arbeitslosigkeit verbergen, da ja durch die Bevölkerungsentwicklung eine ständige Zunahme der Erwerbstätigkeit bedingt ist. Wenn aber von den Krankenkassen dem Statistischen Amt jeden Monat mitgeteilt wird, wie viel Versicherte in den einzelnen größeren Betrieben (bis herunter zu 25 Beschäftigten) versichert und wieviel davon erkrankt waren, so würde sich, ohne daß die Mithilfe der Arbeitgeber in Anspruch genommen werden müßte, eine wertvolle Uebersicht ergeben.

Die Krankenkassenvorstände haben mit Prof. Silbergleit darüber bereits verhandelt und, wie Stadtrat Fischbed in der Stadtverordnetenversammlung vom 24. September d. J. mitteilte, haben sie in dankenswerter Weise die Zustimmung gegeben, diese Arbeit zu übernehmen; namentlich einige der Herrg., die darin besonders erfahren sind, wie Herr Cohn, haben ihre eifrige Mitwirkung in Aussicht gestellt.

Das Material wird vom Statistischen Amt der Stadt Berlin in eingehender gewerblicher Gliederung der Hauptgruppen (nicht der einzelnen Betriebe) monatlich veröffentlicht werden.

Eine solche Statistik gibt aber noch kein zuverlässiges Bild, denn, wie schon erwähnt, die Zahl der Unbeschäftigten und die der Beschäftigungsuchenden ist ja nicht dieselbe. Die Arbeitslosigkeit kann nur durch eine Statistik des Arbeitsmarktes festgestellt werden. Gelegentliche Erhebungen über Arbeitslosigkeit hat das Reich vor 12 Jahren am 14. Juni und 2. Dezember und bei der letzten Berufs- und Gewerbebefragung im Vorjahre vorgenommen. Die Fragestellung war aber dabei, wie Silbergleit nachweist, eine recht unvollkommene, vor allem war der entscheidenden Bedeutung des Arbeitsmangels nicht Rechnung getragen. Berlin könnte aber alljährlich eine Arbeitslosen-zählung mit der Personenstandsaufnahme verbinden. In Spalte 3 der Zählformulare sollen laut § 23 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes „Arbeiter, Diensthilfen und Gewerbegehilfen (Kaufmännische und gewerbliche Angestellte jeder Art) ihren Arbeitgeber und ihre Arbeitsstelle angeben.“

Prof. Silbergleit weiß zwar, daß diese Frage nur eine sehr unvollständige Beantwortung findet, aber er meint, dies geschehe „vielleicht nur aus äußeren Gründen, wie wegen ungenügender Raumbemessung, weitläufiger Fassung usw.“. In Wirklichkeit geschieht es, weil die arbeitende Bevölkerung diese Frage als eine einseitige, nur sie allein der Einkommenskontrolle unterwerfende Benachteiligung empfindet. Daß, wie Silbergleit erwähnt, die vollständige Beantwortung dieser Frage gesetzlich erzwungen werden kann, ist richtig — aber nicht durchführbar.

Bessere Resultate verbürgt Silbergleits Vorschlag, bei der zeitlichen Personenstandsaufnahme ein besonderes Zusatzformular mit Briefumschlag zu verteilen, das verschlossen abgegeben und nur vom Statistischen Amt der Stadt Berlin zur Zählung der Arbeitslosen verwendet werden darf, nicht für Steuerzwecke. Aber Silbergleit erklärt selbst, daß diese Art der Statistik wenig wertvoll ist, weil ihre Bearbeitung Monate erfordern würde und sich der Termin der Fragestellung nicht gerade für eine Untersuchung des Arbeitsmarktes eignet.

Zwei historische Nachbarn Beethovens, d. i. Mozart und Schubert, sollen den zweiten Abend füllen. Zwei über diese Vergangenheit hinausstrebende „Romantiker“, Schumann und Berlioz, kommen an dritter Stelle. Und zwei persönlich eng, sachlich nur zum Teil eng befreundete „Neudeutsche“, Liszt und Wagner, werden den Schluß machen.

In den Klärchenliedern kamen Stellen vor, deren Betonung uns nicht sinngemäß erscheinen konnte: „Ging' durch die Provinzen“ — oder: „Gedankendoll sein“. Nun merken wir auf, ob sich gleiches auch bei den folgenden findet, und wie diese überhaupt die musikalische Sprache der Wortsprache anpassen. Mozart und Schubert? Wohl ähnlich wie dort! Schumann? Uebergang vom Klavier zum Klavier — halb die musikalisch eigentümliche, halb die dichterisch funktionsfähige „Deklamation“! Liszt und Wagner? „Ganz Wort!“ Dann die Behandlung des Orchesters. Mozart einfach, zumal mit Sphären, aber wirkungsvollem Gebrauch der einzelnen Instrumente; Schumann mit mehr Interesse für anderes als für die Klangfarben des Orchesters; Berlioz mit virtuosestem Aufgebot der darin austretbaren Reichtümer. Und die Beziehung des musikalischen Gehaltes auf einen poetischen: vor Schumann mindestens nicht leicht zu präzisieren; bei ihm selbst unsicher als „romantische Stimmung“ zu erkennen; bei Liszt als mehr oder minder bestimmtes Programm vorhanden; bei Wagner — in scharfer Gegenlage zur musikalischen Art seines Freundes — lediglich durch das gesungene Wort gegeben.

Vielleicht gelingt es der „Neuen Freien“, im Sinne dieser ständigen Skizze, die hörenden Mitglieder wenigstens einigermaßen auf die jedenfalls wertvollen Genüsse, die da bevorstehen, vorzubereiten.

Humor und Satire.

Die Balkanwirren in der Satire. Unter der Epithete „Politisches Plauder“ schreibt Louis d'Hourcourt im „Gil Blas“: „Wer sprach da eigentlich von Krieg und von Händeln? Es scheint ja alles hübsch friedlich und scheidlich von hinnen gehen zu sollen, indem sich jeder nach der bewährten österreichisch-bulgarischen Methode ein hübsches Stück vom Reiche der Südländer nimmt und dann auch für die Aufteilung des schäßigen Restes sorgt. Man braucht nicht einmal mehr das berühmte europäische Konzert zu bemühen, fiktional die Stimmen der ersten Tenöre schon etwas komponiert sind. Keine Kongresse, keine Konferenzen, keine Schwabbelreden und keine Papiervergebung mehr. Alles wird sich von jetzt an „en famille“ und auf telegraphischem Wege abspielen.“

Beispiele:

„Franz Joseph von Oesterreich an den Kaiser von Rußland, den König von England und den Präsidenten der französischen Republik. — 6. Oktober, 10 Uhr vormittags.“

Liebe Weibern!

Da mir der Arzt dringend geraten hat, etwas gegen meinen Schnupfen zu nehmen, habe ich beschlossene Wodnen und die Berggawina definitiv zu verschlucken. Es geht ausgezeichnet hinunter. Wenn ich es mit einer guten Flasche Sumpadi János von

Deshalb bleibt mir übrig, besondere Arbeitslosen-erhebungen zu veranstalten, indem man sich an die Arbeitslosen selbst wendet. Silbergleit empfiehlt hierzu nicht die Anwendung von Zählern, in die die Arbeitslosen die an verschiedenen Stellen der Stadt erhältlichen Formulare in gleichfalls über die Stadt verteilten Sammelkästen (Zählurnen) werfen. In Stuttgart und in Charlottenburg wurde diese Methode wiederholt versucht — der Erfolg ist ein völlig ungenügender, die Arbeitslosen beteiligten sich an dieser Zählung nur in geringem Maße.

Besseren Erfolg verspricht sich Prof. Silbergleit von der Entgegennahme der Meldungen in besonderen Zählbureaus, in die die Arbeitslosen an einem bestimmten Tage innerhalb bestimmter in die reguläre Arbeitszeit entfallenden Stunden sich begeben sollen. „Die Gefahr von Falschmeldungen ist hierbei fast gänzlich beseitigt, während zugleich die vollständige und einseitige Ausfüllung des Formulars, ferner auch die richtige Erfassung der schwierigeren Grenzfälle der Arbeitslosigkeit bei der persönlichen Vernehmung durch die Zähler ermöglicht ist.“ Die Zählung soll in jeder der 154 Gemeindefunkeln stattfinden, als Zähler sollen Lehrer fungieren, und um der Neutralität der Zähler noch größeres Vertrauen bei den Arbeitslosen zu sichern, wäre die Zuziehung von Gewerkschafts-Mitgliedern für jedes Zählbureau in Aussicht zu nehmen. Im ganzen würden nur einige Hundert Personen zur Zählung erforderlich sein und die Arbeit brauchte nicht ohne Entschädigung geleistet zu werden.“ In den Zählbureaus würden sich die Arbeitslosen mit Legitimationspapieren, insbesondere der Invalidenversicherungskarte einzufinden und die Fragearten mündlich zu beantworten haben. Für die weiblichen Arbeitslosen sollen einige Stunden des folgenden Tages bestimmt werden. Jedes Bureau könnte das Hauptergebnis unmittelbar nach Schluß der Aufnahmezeit durch bloßes Abzählen der Formulare feststellen und dem Statistischen Amt sofort mitteilen, so daß das Ergebnis schon in den nächstfolgenden Tagen veröffentlicht werden könnte.

Die ebenfalls von Stadtrat Fischbed am 24. September d. J. mitgeteilt wurde, hat der Magistrat beschlossen, eine solche Arbeitslosenstatistik viermal im Jahre, anfangend etwa am 17. November d. J. vorzunehmen.

Die dritte Methode der Arbeitslosenzählung, welche auch von Prof. Silbergleit als die zuverlässigste und feinere Methode gegenüber den minder scharfen, vorher erwähnten bezeichnet wird, ist die der häuslichen Zählung, wo durch Zähler von Haus zu Haus, von Haushaltung zu Haushaltung die Arbeitslosen aufgeführt werden, statt daß sie, wie bei dem vorigen Verfahren, sich selbst melden sollen.

Die Befragung kann entweder in der Weise erfolgen, daß bei dem Arbeitslosen ein von diesem auszufüllendes Formular zurückgelassen und vom Zähler wieder abgeholt wird, oder vom Zähler wird auf Grund der mündlichen Angaben des Arbeitslosen das Formular ausgefüllt. Prof. Silbergleit zieht das letztere Verfahren vor, weil es — sofern ein intelligentes und gut instruiertes Zählerpersonal vorhanden ist — größere Gewähr für Ausfüllung nach einheitlicher Auffassung sowie für Vollständigkeit der Beantwortung darbietet und auch schneller durchzuführen ist, während bei dem anderen einige Tage mit Ausfragen und Abholen vergehen.“

In Magdeburg hat Prof. Silbergleit im Jahre 1902, als er dort Leiter des Statistischen Amtes war, mit Hilfe der dortigen Gewerkschaften sehr gute Erfolge erzielt. Aber er bezweifelt selbst, daß bei den für die Verhältnisse von Groß-Berlin erforderlichen vielen Tausenden von Zählern die großen Schwierigkeiten überwinden werden können. „Nur in besonders dringendem Falle würde eine solche Aufnahme gelingen, zu einer ständigen Einrichtung im Sinne regelmäßiger Wiederholung kann solche Aufnahme kaum werden.“

1806 begiehe, glaube ich der Erde sogar noch etwas herausgeben zu können; mit Eurer gütigen Erlaubnis möchte ich das Kobitzbazar nennen. Gott behüte und beschütze Euch. Franz Joseph.

Nachschrift. — Mein kleiner Freund Ferdinand bemutet die Gelegenheit, um die Krone von Bulgarien aufzuheben, die keinem Menschen mehr gehörte und seit Jahrzehnten herumlag. Macht ihm doch die Freude und nennt ihn von jetzt an Jar oder Jarchen, um Verwechslungen zu vermeiden. Ihm macht es Vergnügen und Euch kostet's nichts! —

„König Eduard von England an den Kaiser von Oesterreich. — 11 Uhr vormittags.“

Einverstanden. Herzlichste Gratulation. Habe Deine Mitteilung zur Kenntnis genommen und will Dir bei dieser Gelegenheit eine Neugierigkeit verraten, die Dir mindestens ebenso großes Vergnügen bereiten dürfte. Ich ameliere Reggippen und schenke der Erde für die Insel Cypern, die ich nie besessen habe. Gott erhalte Dich bei Gummor. — Dein alter Eduard — for ever.“

„Nikolaus II., Zar aller Rußen, der einzige, der wahre Zar (eingetragene Fabrikmarke) — 12 Uhr.“

Eine ausgezeichnete Idee, die Ihr da hattet! Ich habe inzwischen dem Schach einen schönen Streich gespielt: unter dem wichtigen Vorwande, daß die Stofalen sein Parlament bombardiert haben, habe ich heute früh vor dem Frühstück ganz Berlin amektiert. Das Gesicht des Königs der Könige hättet Ihr sehen müssen! Ihr würdet Euch vor Lachen den Bauch gehalten haben! Mit brüderlichem Händedruck Nikolaus.

Nachschrift. — Meine Gündin hat niedliche Junge gevorfen. Wenn Ihr Ferdinand früher sprechen sollet als ich, sagt ihm, daß ich ihm eins aufhebe: und was für eins! —

Notizen.

— Ein unbekannter Roman Angenrubers aus dessen Schauspielzeit mit dem Titel „Napht, der einen Dämmern sucht“, wurde als Manuskript bei einer Wiener Bucheruktion entdeckt.

— Der Anti-Quaumbund in London. Der berühmte Londoner Rebel, dessen Entstehung vorwiegend auf die Luftverqualmung durch unbedrante Kohlenpartikeln aus den Essen und Kaminen der englischen Metropole zurückzuführen ist, hat bereits vor neun Jahren zur Bildung der „Coal Smoke Abatement Society“ Veranlassung gegeben. Die „Rancei“ nach dem Jahresbericht für 1907 mitteilt, hat der Inspektor der Gesellschaft im genannten Jahre immer noch Gelegenheit gehabt, 1262 Fälle von Rauchverunreinigung zur Anzeige zu bringen. Fast in allen Fällen wurde die Abstellung der Unzulänglichkeiten erreicht. Die Gesellschaft erfährt sowohl seitens der Gewerkschaften, als der städtischen Behörden außerordentliches Entgegenkommen. Ebenso werden ihre Abordnungen zu allen öffentlichen Beratungen zugezogen.

Kleines Feuilleton.

Vom Schatz der Insel. Eine englische Gesellschaft hat mit ganz modernen Mitteln die Suche nach dem Schatz der Insel unternommen. Seitdem die ersten spanischen Eroberer unter Pizarro dem alten Atapualita, dem letzten der großen Häuptlinge Peru's, das Geheimnis zu entreißen suchten, wo der mächtigste Schatz der Insel, dessen Wert zwei Milliarden überschreiten sollte, verborgen wäre, sind diese Versuche immer wieder aufgenommen worden. Die Tradition besagt, daß der letzte Inka den Schatz in den alpinen See von Quatavita, der hoch in den Bergen liegt, geworfen habe, und so versucht die englische Gesellschaft nun, den See trocken zu legen, um dann in dem schlammigen Grunde Nachforschungen anzustellen. Trotz aller Behinderung durch schwere Regengüsse, Bergstürze und andere Naturerscheinungen ist es bereits gelungen, das Niveau des Sees von 14 auf 2 1/2 Meter zu erniedrigen; und wenn bisher auch die Entdeckung des sagenhaften Schatzes nicht gelungen ist und dieser sagenhafter erscheint als zuvor, so sind doch eine Anzahl Gegenstände aus Gold gefunden worden, die allerdings mehr durch ihren künstlerischen Wert als durch den des Materials bemerkenswert sind. Es handelt sich um Kronen, um Platten, die zum Schutze des Vorderarmes und der Beine dienen, um Kelche, die stilifizierte menschliche Gesichter darstellen, und um andere Gegenstände rein ornamentalen Charakters oder von praktischem Nutzen, die einer weit zurückliegenden Kulturperiode angehören. Dabei sind die Hoffnungen der Gesellschaft nicht nur nicht verwirrt, so sind doch bereits etwa 700 000 M. aus dem Verkauf dieser interessanten Funde erzielt worden.

Musik.

Die Neue Freie Volksbühne hat wieder eine Reihe von Vorführungen unter dem Motto „Die Kunst dem Volke“ mit Gehärd und Gluck begonnen. Am Sonnabend gab sich im Blüthner-Saal einen Beethoven-Abend. Er konnte um so leichter gelingen, als Beethoven trotz seiner hohen und vielseitigen künstlerischen Ansprüche anscheinend der populärste von unseren Klassikern ist. Alles, was vor ihm liegt, Mozart nicht ausgeschlossen, sieht auf eine — wenngleich nicht berechtigte — Abneigung modernen Gesammades; und das Weiste, das nach ihm kam, erscheint heute in ähnlicher Weise als epigonisch. Daß nun der erste Abend auch technisch gut gelang, bedarf kaum einer Betonung. Daß der Geiger Alfred Wittenberg das Violinkonzert mehr mit andächtiger objektiver Umgebung — etwas „akademisch“ — spielte, als mit dem Ehrgeiz, etwas Besonderes daraus zu machen, kommt wenig in Betracht. Eher interessiert uns schon, daß vermutlich mancher Hörer vor den so gut gelungenen Klärchenliedern aus „Egmont“ das Gefühl hatte, hier sei Beethoven nicht auf der Höhe. Noch mehr interessiert uns, daß wahrscheinlich viele Hörer sich recht freuen würden, wenn sie einige Aufstöße zum leichteren Verständnis der vorgeschlagenen Werke bekämen. Die „Freie Volksbühne“ und der „Berliner Volkshor“ haben mit solchen Gaben bereits ganz hübsches geleistet; fragt sich nur, wie weit dies Fortsetzung und Erweiterung findet. Nur dürftigen Erfolg dafür können einige Andeutungen bieten, mit denen wir hier auf die nächsten Abende hinweisen wollen.

Was aber nach unserer Ansicht nur beweist, daß das Austragen und Abholen von Formularen, welche der Arbeitslose selbst auszufüllen hat, wie es die Berliner organisierte Arbeiter Anfang dieses Jahres unterzogen, das beste durchführbare Verfahren ist. Prof. Silbergleit bescheidet sich vorläufig damit, daß das Zählurnen-Verfahren durchgeführt werden möge. Ferner macht er Vorschläge zur Vermengung von Zeitstatistiken, die bereits vorhanden, wenn auch nicht das Gesamtbild der Arbeitslosigkeit ergebend sind.

Erstens kommt hier in Betracht die Statistik der Fachverbände, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen. Von ihnen bezieht schon seit längerer Zeit das Kaiserliche Statistische Amt Auskünfte. Von unserem Deputationsmitglied wurde darauf hingewiesen, daß auch das städtische Statistische Amt diese Auskünfte einziehen könne und erhalten würde. Eine daraufhin abgehaltene Besprechung der Vertreter der größten Arbeiter-Fachverbände Berlins mit dem Direktor des Statistischen Amtes ergab die Bereitwilligkeit der Organisationen, welche nicht nur vierteljährlich, wie an das Reichsamt, sondern alle 4-6 Wochen die Formulare ausgefüllt dem städtischen Statistischen Amt überweisen wollen. Auf Vorschlag Silbergleits sollen die Nachweisungen noch erweitert werden hinsichtlich deren Dauer der Arbeitslosigkeit. Wie Prof. Silbergleit mitteilt, haben auch nach dieser Richtung Vorbesprechungen — zunächst mit dem größten Berliner Fachverbande, dem der Metallarbeiter — bereits stattgefunden. Die bei diesem bestehende, zweimäßig eingerichtete Registerführung dürfte bei Aufstellung auch dieser, die Intensivmessung nicht bloß nach der durchschnittlichen Unterstützungsdauer gestattenden Nachweise für die Zukunft ermöglichen.

Da aber nur etwas mehr als ein Drittel der Arbeiter Groß-Berlins den Verbänden der Gewerkschaften angehört, ist dieser Statistik „nur eine symptomatische Bedeutung beizulegen. Aber schon eine solche rechtfertigt die Berücksichtigung.“

Gänzlich unbrauchbar ist die Statistik der Arbeitsnachweise, weil es nicht einen Arbeitsnachweis mit Benutzungszwang gibt, sondern vielerlei: der Zentralverein für Arbeitsnachweise, als Ersatz für eine städtische Vermittlungsstelle, wie ihn Silbergleit nennt, — er hätte hinzuweisen können: ein recht unzureichender — ferner die Umkehr, die gewerbliche Stellenvermittlung und die durch Zeitungen. Die Arbeitsnachweisstatistik erfährt nach Silbergleits Berechnungen höchstens ein Sechstel der wirklich stattfindenden Vermittlung: „Diese Statistik kann also auf genügende Beweiskraft Anspruch schlechterdings nicht erheben.“

Am Tag für Tag hat man bei den Arbeitslosenbeständen des vorigen Winters dieser Arbeitsnachweisstatistik größere Bedeutung beigelegt, trotzdem dieserseits schon damals auf ihre Wertlosigkeit hingewiesen wurde.

Professor Silbergleit will die Statistik der Arbeitsnachweise dennoch nicht übergeben lassen, weil sie ungeachtet ihrer Mängel doch wiederholt ein Bild der Gesamtlage wenigstens in Umrissen dargeboten hat. Er will dazu das Material des Zentralvereins im Berliner Statistischen Amt bearbeiten. Zugleich zur Vereinfachung des Materials hat der Vorstand des Zentralvereins, Dr. Freund bereits gegeben.

Zum Schluß entwickelt Prof. Silbergleit einen weitestgehenden Plan über eine Statistik der An- und Abmeldung bei den Krankenkassen. Er versteht sich die Schwierigkeit der Durchführung nicht, ist aber mit Recht überzeugt, daß hierdurch eine ständige und zuverlässige Uebersicht sowohl über den Beschäftigungsgrad als über den Stand des Arbeitsmarktes gegeben würde. Erforderlich dazu wäre eine einheitliche Anmeldung aller Versicherungs-pflichtigen Groß-Berlins, die sehr inhaltreich gestaltet werden könnte durch Einföhrung eines Individualblattes für jedes Mitglied. Auf Anregung Silbergleits ist dies in Magdeburg schon vor Jahren geschehen; diesem Vorgange folgte die Schöneberger Allgemeine Ortskrankenkasse und die größte Berliner Ortskrankenkasse, die der Kaufleute. In seinem Gutachten gibt Silbergleit Abbildungen jener Karten.

Zur Ergänzung der Meldungen der Krankenkassen wäre aber doch erforderlich, daß das Berliner Statistische Amt auch die polizeilichen Meldungen über Ab- und Zugänge wie die standesamtlichen Meldungen der Sterbefälle erhalte.

Dann stellt er ein Material an einer Stelle zusammen, das für eine Sozialstatistik eine unerschöpfliche Fundgrube wäre. „Das Individualblatt wird zum Nachweis des Wohnungs- und des Arbeitswechsels, sowie der Bedingungen des letzteren, und einem kombinationsreichen Gemälde eröffnen sich die Ausblicke auf ein schier unerschöpfliches Gebiet höchst bedeutsamer Bevölkerungs- und sozialistischer Feststellungen, die schließlich das Material abgeben zu einer Lehre vom beruflichen Schicksal des Arbeitnehmers, zu einer Morphologie des Arbeitsverhältnisses.“

Wir fürchten, daß gerade deshalb die maßgebenden Kreise, Magistrat wie Mehrheit der Stadiverordnetenversammlung, sich für Silbergleits Plan nicht gerade begeistern werden, denn das „berufliche Schicksal des Arbeiterstandes“ würde sich als ein grauen-erregendes Menetekel des Kapitalismus erweisen.

Aber um so mehr wird die Arbeiterschaft darauf drängen, daß diese statistische Feststellung durchgeführt wird. Und zunächst muß in kürzester Frist an eine zuverlässige Zählung der Arbeitslosen gegangen werden. Sobald der Winter hereinbricht, wird sich auch die Arbeitslosigkeit und Not noch gewaltig steigern.

Da gilt es einmal ihren Umfang festzustellen und gleichzeitig für ihre Abhilfe sorgen. Die Stadt Berlin wird sich in diesem Winter ihrer Pflicht nicht entziehen können und dürfen.

## Der französische Gewerkschaftskongreß.

5. Verhandlungstag.

Marseille, 9. Oktober. (Fig. Ver.)

Die heutigen Verhandlungen stellen den Höhepunkt des Kongresses dar. Sind doch die beiden Gegenstände, die in der Woche und auf den Sachkongressen die eingehendste und leidenschaftlichste Diskussion gefunden haben, auf die Tagesordnung gestellt: die Proportionalvertretung und der Antipatriotismus. Wohl weiß ein jeder, wie die Entscheidung fallen wird, aber dennoch ist die Spannung groß. Wie wird das Kräfteverhältnis der Parteien sein? Und welches Bild geistiger Lebendigkeit wird die Debatte liefern? ... Das erhöhte Interesse findet auch einen äußeren Ausdruck. Die Delegierten sind frühzeitiger als sonst zur Stelle und harren länger aus, das Publikum ist zahlreicher als an den früheren Tagen und gibt manchmal seine Meinung lebhaft kund.

Die Verhandlung wird gleich am Morgen ziemlich stürmisch. Die Reformisten und die Guesdisten sind übereingekommen, die Frage der Proportionalvertretung nicht dem Kongreß selbst, sondern den Organisationsvorläufern vorzulegen. Sie beantragen ein Referendum. Den Syndikalisten im Komitee kommt diese

Wendung anscheinend nicht gelegen und sie fordern die Verlegung dieses Antrages bis zum nächsten Kongreß. Zur allgemeinen Ueberzeugung stimmt jedoch eine kleine Mehrheit für die sofortige Verhandlung. Es erhebt sich ein heftiger Tumult. Schließlich kann sich der erste Redner für das Referendum, der Buchdrucker Sufferand Gehör verschaffen. Er erklärt, die Frage sei gründlich diskutiert und sprudelt, aber zu entscheiden seien die organisierten Arbeiter selbst berufen. Das Referendum solle allerdings nur über das Prinzip entscheiden, nicht über die spezielle Form des Proportional-systems.

Der Bauarbeiter Victor, als erster Kontraredner, spielt gegen die Anhänger der Proportionalvertretung hauptsächlich die geltrige Rede Clemenceaus im Departement Var aus und behauptet, die Antragsteller ständen unter der Patronage Vivianis und Briands. Gegen das Referendum hat er einzuwenden, daß es die kleinen Organisationen erdrücke.

Riel spricht für das Referendum. Er selbst ist Gegner der Proportionalvertretung, die seiner Meinung nach an dem heutigen Kräfteverhältnis der Parteien in der Konföderation nichts ändern würde. Wenn man schon den Proporz wolle, solle man mit ihm auf den unteren Stufen, in den Gewerkschaften selbst, beginnen. Doch meine er, der Gedanke der Solidarität widerspreche der Majorisierung der kleinen Organisationen. Inbes sei die Abstimmung empfehlenswert. Schon um diese Frage, die sonst immer wieder auf den Kongressen auftauchen werde, zu erledigen.

Roché (gemahregelter Staatsarbeiter) erklärt: Wenn man uns Schlinglinge der Regierung nennt, könnten wir ebenso gut Sie (die Syndikalisten) die immerzu das Lob des „Gaulois“, der „Autorität“ und der „Bibere Parole“ einheimen, Schlinglinge der Reaktion nennen. (Lärm.)

Die Situation scheint den revolutionären Syndikalisten nicht erwünscht. Da der Gedanke des Referendums auf die demokratische Bestimmung der Kongressisten Eindruck zu machen droht, springt Latapie mit einem Antrag auf Aufrechterhaltung des status quo ein. Die Abstimmung wird nun so vorgenommen, daß die gegen Latapies Antrag abgegebenen Stimmen als für das Referendum abgelesen angesehen werden. So ist die ganze Bedeutung der Abstimmung verschoben und viele Anhänger des jetzigen Abstimmungs-systems gegen den Rielischen Antrag gewonnen.

Das Resultat ist: 741 Stimmen für den status quo, 883 für das Referendum, 19 Stimmenthaltungen. Auf dem Kongreß in Bourges vor 4 Jahren war das Verhältnis 822 gegen 388. Es hat sich also unbedeutend zugunsten des Proporz verschoben. Von einem Sieg dieses Prinzips ist man, wie das Ergebnis zeigt, noch weit entfernt.

### Antimilitarismus und Antipatriotismus.

Am Nachmittag beginnt die mit Spannung erwartete Diskussion über diesen sensationellen, seit Monaten von Ministern, Politikern, Zeitungs-schreibern angegriffenen Gegenstand. Man kann nicht sagen, daß sie das Niveau des Kongresses gehoben hat. Sollte sie zeigen, daß „der Syndikalismus sich selbst genüge“, so hat sie kaum etwas anderes als die Selbstgenügsamkeit der Antipatriotisten bewiesen, die die abgehandelten Sentimentalitäten deklamieren und applaudieren. Neben die vorhergehenden Debatten, namentlich die über Berufs- und Industrieverbände, einen Fortschritt in der sachlichen Behandlung der korporativen Fragen gezeigt, so tritt jetzt der fortwährende Hauptfehler der Organisation der Gewerkschaftskongresse deutlich hervor: die Vorkherrschaft, den die schwachen Organisationen vor den starken, mit der rein gewerkschaftlichen Aktion vollauf beschäftigten Verbänden haben. Der Kongreß nimmt den Charakter einer temperamentvollen Volks-versammlung an, in der die Gefühlsmomente den Sieg davontragen. Den stärksten Beifall unter den zahllosen Rednern erhält Proutchoux, der den Antipatriotismus mit der Hilfeleistung der deutschen Bergleute in Courrières und dergleichen zusammenbringt. Die Gewerkschaften dürften keine harmlosen Selbsthilfvereine sein. Man müsse Antipatriot sein, weil der Proletariat überall dieselben Feinde habe. Wer das Vaterland schätze, schätze das kapitalistische Eigentum. — Ein Delegierter von der Oligarchie meint, in seinem Departement müsse man Antipatriot sein, weil dort Italiener und Deutsche neben den Franzosen arbeiten. Ein Delegierter aus Marseille unterzieht mit Bedauerlichkeit, was man im Kriegsfall unternehmen solle: Desertion, Generalstreik oder Injurierung und empfiehlt die Injurierung. Am „wissenschaftlichsten“ behandelt noch der Anarchist Jaurion das Thema. Er polemisiert gegen die Gefühlslosigkeit der Resolution von Amiens. Da seien ihm die Guesdisten lieber, die immerhin eine Aktion, wenn auch die politische wollten. Er warnt vor dem Versinken in gewerkschaftlichen Bureaucratismus. Das Vaterland sei nichts als der ideologische Ausdruck für so und so viel Milliarden Grundeigentum und bewegliches Eigentum.

Die Hauptredner der Opposition sind Riel, Renard und Guérard. Die beiden ersten beschränken sich darauf, zu zeigen, daß der „Antipatriotismus“ eine Politik sei und darum nicht in die Gewerkschaft gehöre. Ueber den Antimilitarismus, aber die Verwendung der Armee bei Streiks herrsche Einmütigkeit. Dieser Antimilitarismus sei eine Frage von zweifellosem gewerkschaftlichem Interesse.

Das Problem des Vaterlandes, das Verhalten im Kriegs-falle usw. seien ja sicher für das Proletariat auch von Wichtigkeit, aber es gehöre ebensowenig wie das doch auch bedeutungsvolle religiöse Problem in den Aufgabenkreis der Gewerkschaften und der Konföderation, deren Aufgabe die wirtschaftliche Aktion sei. „Würden Sie“, fragt Riel, „einem Arbeiter den Eintritt in die Gewerkschaft verweigern, der den Vorbehalt macht, sein angegriffenes Vaterland verteidigen zu wollen?“ Wenn Sie sich für den Generalstreik im Kriegs-falle aussprechen, müßten Sie in Zukunft alle Ihre patriotisch fühlenden Mitglieder ausschließen, um nicht von ihnen verraten zu werden! Sie würden sich dagegen wehren, den Generalstreik zur Vertreibung des allgemeinen Wahlrechts zu beschließen. (Rufe: Das ist ja eine politische Frage!) Nun, ist der Krieg keine? Allerdings hat er wirtschaftliche Folgen, ja aber was hat denn keine wirtschaftlichen Folgen? Doch nicht die Religion, die den Geist der Entzweiung predigt? Und doch würden sie nicht den Generalstreik zu ihrer Ver-lämpfung unternehmen! Der soziale Kampf ist ein komplexes Ding. Verwirren wir nicht die Gebiete, die getrennt bleiben sollen! Beobachten wir das Gesetz der Arbeitsteilung. Organisieren wir uns als Gewerkschaftler international, knüpfen wir unsere internationalen Beziehungen fester, auf Konferenzen und Kongressen, in internationalen Verbänden! So dienen wir am besten der Gewerkschaft, dem Proletariat, wie dem Weltfrieden!

Guérard, der wegen der Formulierung seines bei den Eisenbahnern vorgenommenen Referendums angegriffen worden ist, macht über das Ergebnis der Umfrage interessante Mitteilungen. Trotz der Kürze der Zeit haben 130 Ortsgruppen geantwortet und unter denen, die nicht geantwortet haben, sind, wie zahlreiche Briefe beweisen, keineswegs die in der Mehrheit, die durch Enthaltung protestieren wollten. Im ganzen zeigt das Resultat eine einmütige Gegnerchaft gegen die Intervention der Armee bei Zuständen. Eine große Mehrheit ist auch für den internationalen Zusammenschluß, aber für den Ausschluß der Politik aus den Gewerkschaften. Gegen Jaurions Definition des Vaterlandes macht der Redner das schon von Guesde in Limoges gegen Herbo vorgebrachte Argument geltend, daß das Privateigentum von Kriegs nicht berührt werde. Nach der Amerition von Eljah und Lotkringen habe die Dis-bahn eine Ablösung erhalten. Der Beschluß von Amiens sollte uns nicht hindern, die einmal einen besseren zu fassen. Man hat dort über diese bedeutungsvolle Frage genau zwei Stunden im Tumult diskutiert. Ein einziger Redner hat gesprochen und nur über die Intervention der Armee bei Streiks. Den Antipatriotismus hat man überhaupt nicht behandelt. — Wir brauchen aber den Antipatriotismus nicht, um den Krieg zu verhindern. Der Beschluß der englischen Gewerkschaftler habe seinerzeit den Frieden zwischen Frankreich und England bewahrt.

Die Antipatrioten selbst sind über die Anwendbarkeit der ver-

schiedenen empfohlenen Mittel, wie Desertion und Injurierung, nicht einig. Und wenn man um der wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges den Antipatriotismus für ein wirtschaftliches Interesse erklärt, so verweise ich darauf, daß man ebenso den Patriotismus mit dem wirtschaftlichen Interesse der Arbeiter begründen könnte, denn die Arbeiter wären es doch, die für die Kriegsentwickelung nach einem verlorenen Kriege aufkommen müßten. Bleiben wir auf dem gewerkschaftlichen Boden, wo wir alle einig sind. Suchen wir die Massen der Arbeiter für unsere Organisationen zu gewinnen. Dann werden wir auch an den Generalstreik für unsere wirtschaftlichen Ziele denken können, an dem uns dann keine Armee hindern kann.

Sechster Verhandlungstag.

Marseille, 10. Oktober. (Fig. Ver.)

Der Kongreß soll heute schließen. Aber eine ganze Reihe von Punkten, wie der Achtstundentag, Unfallversicherung, Ausperrung, sind noch unerledigt. Und zur Diskussion über „Antimilitarismus und Haltung im Kriegsfall“ sind noch 21 Redner vorgemerkt! Der Kongreß erkennt die Unmöglichkeit, so zu einem befriedigenden Ende zu kommen. Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Es liegen zwei Resolutionen vor. Die von Renard, Clenet, Riel, Guérard u. a. unterzeichnete sagt:

Der Kongreß erklärt, daß die Frage des Patriotismus oder des Antipatriotismus einzig das Gewissen des einzelnen angeht, er ist überzeugt, daß die Vereinigung der Gewerkschaftsorganisations über die Grenzen aller Länder hinweg eine mächtige Friedensbürgschaft bedeutet.

In dieser Erwägung erklärt der Kongreß, daß der gewerkschaftliche Internationalismus ohne Unterlass entwickelt und gefördert werden muß, um beim Ausbruch einer Kriegsgefahr sofort in allen Ländern und vor allem in den interessierten eine intensive Agitation zur Verhinderung der Kriegserklärung zu organisieren.

Kann diese Kriegserklärung trotz der Bemühungen des internationalen Proletariats nicht verhindert werden, so fällt die einzunehmende Haltung nicht mehr in die Kompetenz der Gewerkschaften.

In bezug auf den Antimilitarismus betont der Kongreß von neuem die Notwendigkeit, im Lande und besonders bei der jungen Arbeiterschaft die Propaganda fortzusetzen, die das Ziel hat, die Intervention der Armee bei Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern zu bekämpfen.

Die andere Resolution, von Desplanques, Luquet und Werrheim unterzeichnet, lautet:

Der Konföderationskongreß von Marseille bestätigt und präzisiert die Entscheidung von Amiens.

In Erwägung, daß die Armee immer mehr die Tendenz hat, die streikenden Arbeiter in der Werkstatt und auf dem Acker zu ersetzen, wo sie nicht gar die Aufgabe hat, sie zu füllen, wie in Karbonne, Raon-l'Étape und Billeneuve-St. George.

In Erwägung, daß die Ausübung des Streikrechts so lange eine Däpierung bleibt, als die Soldaten bereit sind, sich an die Stelle der arbeitenden Bürger stellen zu lassen und die Arbeiter zu massakrieren:

fordert der Kongreß, durchaus auf dem Boden der wirtschaftlichen Interessen bleibend, die Auslösung der Jugend, damit sie, nachdem sie die militärische Uniform angelegt hat, das Bewußtsein bewahre, der Arbeiterklasse anzugehören, und bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit ihre Pflicht erkenne, ihre Waffen nicht gegen ihre Brüder, die Arbeiter zu richten.

In weiterer Erwägung, daß die geographischen Grenzen nach dem Gutdünken der Herrschenden geändert werden, erkennen die Arbeiter nur die wirtschaftlichen Grenzen an, die die zwei feindlichen Klassen: die Arbeiterklasse und die Kapitalisten trennen.

Der Kongreß erinnert an die Formel der Internationalen: Die Arbeiter haben kein Vaterland.

Jeder Krieg ist also ein Attentat gegen die Arbeiterklasse, ein stütiges, schreckliches Mittel, sie bei ihren Bestrebungen zu spalten.

Der Kongreß erklärt, daß auf internationalem Gebiete die Arbeiter aufgestellt werden, um im Kriegs-falle auf die Kriegserklärung mit der Erklärung des revolutionären Generalstreiks zu antworten.

Der Abstimmung gehen einige bemerkenswerte Erklärungen voraus. Werrheim verweist darauf, daß die von ihm unterbreitete Resolution nicht vom Antipatriotismus spricht. Diese Frage sei gar nicht gestellt worden, sondern nur die der Haltung im Kriegsfall. — Der Zweck dieser Erklärung ist, die Besorgnisse vor drohenden Verfolgungen zu zerstreuen.

Roché (Staatsarbeiter), ein Unterzeichner der neutralistischen Resolution fordert den Kongreß auf, sich die Abstimmung zu überlegen. Wenn man für den revolutionären Generalstreik stimme, müsse man ihn auch ausführen können. In Frankreich aber seien von 8 Millionen Arbeitern 800 000 in der Konföderation organisiert. Und die Injurierung würden keine 20 000 unternehmen. (Beifall bei der Minderheit.)

In der Abstimmung wird die Resolution Werrheim-Luquet mit 681 gegen 421 Stimmen, die auf die Minderheits-resolution entfallen, angenommen. Es gibt 43 Enthaltungen. Es sind die Bergarbeiter, die nicht gestimmt haben. Ihr Sprecher Cordier erklärt die Gründe: Er und seine Kameraden konnten nicht für die ihnen sonst sympathische Resolution Riel stimmen, weil diese nichts vom Generalstreik enthält, für den einzutreten sie das Mandat erhalten haben. Für die andere Resolution hätten sie auch nicht stimmen können, weil dort gesagt sei, daß der Arbeiter kein Vaterland habe. Besser wäre gewesen, zu sagen, daß die Arbeiter keine Grenzen kennen. Ferner hätten sie wohl das Mandat, für den Generalstreik, aber keines, für den revolutionären Generalstreik zu stimmen.

Die Verhandlung des Abstimmungsergebnisses wird mit ziemlichem Rülfe aufgenommen.

Der Kongreß setzt seine Arbeiten fort. Nach der Zuweisung der Frage des täglich erscheinenden Konföderationsorgans an das Komitee, das die Angelegenheit studieren soll, wird die Abfertigung der Arbeitszeit, mit besonderer Berücksichtigung des Bergbaues diskutiert. Der Bauarbeiterverband hat zu diesem Punkte eine Resolution eingebracht, die das Konföderations-komitee auffordert, eine Erhebung über die Arbeitszeit an den verschiedenen Orten zu organisieren und dann, unter Berücksichtigung der vorhandenen Widerstände eine Kampagne mit dem Ziel des Maximalarbeitstages von 8 Stunden zu führen. Diese Resolution wird, mit der in Amiens beschlossenen, die dasselbe Prinzip ausspricht, vereint, einstimmig angenommen.

Der Kongreß debattiert über die Unfallversicherung. Werrheim stellt das Versicherungsmonopol des Staates als gefährlich hin. Duillent stellt fest, daß bisher die Arbeiter beim Kampf um ihre Rente vom Staate nicht so überfordert worden sind, wie von den Gewerkschaften.

Für Proutchoux ist die ganze Debatte nur ein Beweis, daß die parlamentarischen Balanciers und die Gesetzesmacherei nichts wert ist. Oelsen kann nur die „direkte Aktion“, auch auf diesem Gebiet.

Duillent beantragt die Errichtung eines Auskunfts-bureaus für Unfallversicherung durch das Konföderationskomitee, zur Information der Gewerkschaftssekretäre und der Sekretäre der Arbeits-börsen. Der Antrag wird angenommen, ebenso eine Resolution für die Einziehung der Holzränder in die Unfallversicherung.

Es ist noch der Punkt „Ausperrung“ zu erledigen. Der Kongreß beschließt nach einer mit wenig Aufmerksamkeit angehörten Debatte, in der man zumeist die Schlagworte: direkte Aktion, Sabotage usw. wiederholen, aber von einem Redner auch die Notwendigkeit von Widerstandsfonds hervorheben hört, eine Resolution, die die von einem Los-out betroffenen Organisationen auffordert, Extrabeiträge zu erheben, für die Verhinderung der Ausführung der Arbeit durch die nicht Ausgesperrten zu sorgen, den Erwerb der Kinder und „kommunistische Suppen“ zu organisieren und an die nicht unmittelbar von der Ausperrung betroffenen Branchen die Aufforderung richtet, eine allgemeine Bewegung revolutionären Charakters zu propagieren.

Zum nächsten Kongreßort wird Toulouse bestimmt.

# Der Nürnberger Parteitag in den Organisationen.

Für den Regierungsbezirk Merseburg fand am Sonntag, den 11. Oktober, ein Bezirkskongress bei starker Beteiligung in Halle a. S. statt. Sämtliche zum Regierungsbezirk Merseburg gehörigen acht Wahlkreise waren durch Delegierte und Vertrauensleute vertreten. Den Parteivorstand vertrat Genosse Spannkuch. Bei dem Punkt Presse, über den Genosse Redakteur Fröhlich referierte, folgte eine sechsstündige lebhafteste Debatte ein, die zeitweise einen feindseligen Charakter annahm.

Mit dem Referenten traten Kunert, Berlin, Drescher, Halle, Konrad Müller, Schleuditz, auch Leopold Feig und andere sehr nachdrücklich gegen die Haltung des „Vollblattes“ und des Genossen Thiele, der den politischen Teil des „Vollblattes“ in der Budgetfrage ungenügend geführt hatte, in die Schranken. Die in der Redaktion ausgeprochenen Differenzen hätten dahin geführt, daß die drei Redakteure Däumig, Fröhlich und Thiele ihre Kündigung eingereicht hätten. — Genosse Redakteur Thiele verwahrte sich dagegen, unklar, aber gar zweideutige Politikal getrieben zu haben. Genosse Spannkuch vom Parteivorstand erklärte darauf unter anderem, sich zurzeit in den Halleischen Pressekreisen nicht einmengen zu wollen; er vermute aber, daß sich der Parteivorstand vielleicht später noch parteimäßig mit den kriegs Redaktionsverhältnissen werde beschäftigen müssen. Verständlich sei die Haltung des Genossen Thiele auf dem Nürnberger Parteitag sowie im „Vollblatt“ nicht gewesen. Nachdem z. B. die Resolution Frohne gefallen war, hätte er logischerweise für die Resolution des Parteivorstandes stimmen müssen. — Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde dem Genossen Thiele nahe gelegt, aus der Redaktion des „Vollblattes“ auszuscheiden. Er erklärte wiederholt, in der Frage der Budgetbewilligung weder zweideutig, noch unklar, noch diktionslos gehandelt zu haben; er werde bestimmt Ende dieses Jahres aus der Redaktion ausscheiden. — Gegen zwei Stimmen wurde schließlich — unter Ablehnung eines Thiele'schen Vorschlages — folgende Resolution Kunert-Drescher angenommen:

Die Bewilligung oder Verwerfung des Budgets muß sowohl vom prinzipiellen, wie vom taktischen als auch vom organisatorischen Standpunkt der sozialdemokratischen Partei beurteilt werden. Von diesen drei Gesichtspunkten aus ist die Budgetbewilligung entschieden zu verwerfen und der Nürnberger Beschluß gutzuheißen.

Gleichzeitig ist daher auch vom Merseburger Bezirkskongress die gleiche, unklare und diktionslose Haltung des politischen Ressorts vom Halleischen „Vollblatt“ in der Budgetfrage zu bedauern. —

Aus der Parteiversammlung zu Nürnberg, über die wir schon kurz telegraphisch berichteten, ist noch folgendes zu vermerken: Genosse Sühheim verwarf sich dagegen, daß die Budgetbewilligungsgegner in der praktischen Mitarbeit einen Parteiversatz erblickten. Auch sie hätten jederzeit praktisch mitgearbeitet. In dem Wörtchen Ja komme die praktische Arbeit nicht zum Ausdruck. Man könne praktisch mitarbeiten und trotzdem sagen: Als Sozialdemokrat bin ich verpflichtet, das Budget abzulehnen. Es sei nicht wahr, daß die Ablehnung und in der Agitation schade. Diesen Einwand weist noch das sozialdemokratische Handbuch, das vor den letzten Landtagswahlen erschienen, als unrichtig zurück. Jetzt solle das auf einmal nicht mehr richtig sein! Die Wähler hätten unbedingt vor der Abstimmung gehört werden müssen. Er bestreite auf das entschiedenste, daß in Bayern der Arbeiter ein gleichberechtigter Faktor sei, daß wir eine gerechte und vorurteilsfreie Regierung hätten. Durch die Betonung der verschiedenen Verhältnisse in Nord und Süd werde die Arbeiterschaft künstlich in einen Partikularismus hineingeführt. Er bedauere die Erklärung der 66, noch mehr aber die des bayerischen Landesvorstandes, die den Streit wieder neu angefaßt habe. Er bittet um Annahme einer Resolution, die sich mit der Erklärung der 66 nicht einverstanden erklärt.

Genosse Dr. Weill verteidigt die Erklärung der 66, die nichts weiter als eine Rechtsverwahrung sei. Es sei verfehlt, die Budgetablehnung mit dem Klassenkampfstandpunkt in Zusammenhang zu bringen, beide hätten nichts miteinander zu tun, sonst wäre die Lübecker Resolution und auch die Nürnberger ein Übel. Dann dürften überhaupt keine Ausnahmen gemacht werden und hätte man die Resolution Schöpfkin annehmen müssen, die alle Ausnahmebestimmungen ablehnen wollte. Die Landesorganisationen müßten Bewegungsfreiheit haben; die Anerkennung dieses Grundgesetzes komme schon zum Ausdruck, daß die Landesorganisationen eigene Statuten haben, daß die Landesparteitage allein den Bericht der Landtagsabgeordneten entgegennehmen und daß die Abgeordneten nur auf den Landesparteitagen Sitz und Stimme haben. Es sei eine unbestreitbare Tatsache, daß die verschiedenen Verhältnisse in den verschiedenen Landesstellen verschiedene Taktik erfordern. Deshalb weisen wir es zurück, wenn die Erwähnung von den verschiedenen Verhältnissen in Süd und Nord als Partikularismus, als gewaltsame Trennung der Arbeiterschaft erklärt wird. Nur auf der notwendigen Bewegungsfreiheit könne sich die Einheit der Partei aufbauen. Deshalb war es auch richtig, daß die Süddeutschen für die Resolution Frohne stimmten, die nicht die Autorität des Parteitag festlegen, sondern die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Landesorganisation und Parteivorstand offen lassen wollte.

Gauferretär Genosse Walter bemerkt, es liege System in den Bestrebungen, Eisner aus Nürnberg zu entfernen. Die Haltung der Tagespost, in der Streitfrage sei durchaus korrekt gewesen, nicht so die des Zentralorgans, des „Vorwärts“, der versucht habe, uns Anknüpfen zwischen die Beine zu werfen. Redner will zum Beweise dessen eine Stimme aus dem Norden anführen und verliest einen Brief aus Steinhilber, der sich auf eine dortige Parteiversammlung bezieht. Der „Vorwärts“ berichtet, die Versammlung habe sich mit der Vorstandsresolution einverstanden erklärt, in der Debatte „habe sich freilich Opposition bemerkbar gemacht“. In dem Briefe wird jedoch angeführt, daß der Delegierte die Vorstandsresolution verteidigte, die nachfolgenden fünf Redner sich jedoch auf den Standpunkt der Süddeutschen stellten und die gefällige Schreibweise des „Vollblottes“ beurteilten. Nur ein Genosse habe die Vorstandsresolution vertreten. Die Versammlung habe sich bis kurz vor 1 Uhr ausgegeben, als über die Vorstandsresolution abgestimmt wurde, hätten sich gut zwei Drittel der Versammlungsbesucher gedrückt gehabt, die Abstimmung habe 15 Stimmen für und 13 Stimmen gegen die Resolution ergeben, die Hälfte der Anwesenden habe sich der Stimme enthalten. Genosse Walter erklärt, er habe diese Auslassung nur deshalb angeführt, weil die „Leipziger Volkszeitung“ und die Jülicher Versammlung vorgehalten hat. Redner verteidigt darauf die Haltung der Süddeutschen. Mit der bedingungslosen Unterwerfung wäre eine entsprechende Arbeit unserer Genossen im Landtage unmöglich geworden. Die müssen freie Hand haben, wenn wir bei unserer Agitation Erfolge erringen wollen, und wir müssen die Versplitterung der politischen Kraft unserer Partei mit allen Mitteln verhindern.

Genosse Hermann tritt für die Resolution ein, die verlangt, daß alle Genossen sich den Parteitagbeschlüssen zu fügen haben. Er verurteilt nicht die Erklärung der 66, sondern die des Landesvorstandes. Zum Schluß verliest er einen geschriebenen Zettel, durch den bestimmte Genossen zur heutigen Versammlung eingeladen worden seien.

Genosse Zwozka bemerkt: Was sollen wir tun, wenn unsere Stimmen den Ausschlag geben, etwa anders stimmen, als wenn unsere Abstimmung auf das Resultat keinen Einfluß ausübt? Das wäre politische Unanständigkeit.

Simon polemisiert gegen Bemerkungen, die Eisner in der vorigen Versammlung gemacht hat, wie die, daß die Minister Befugnisse des Parlaments seien; die Minister seien Befugnisse des Regentes; das Parlament habe auf ihre

Bestellung gar keinen Einfluß. Wenn wir vorher im Parlament oder in der Presse die Repräsentationskosten der Minister angreifen, so können wir auch nicht zum Minister gehen. Wenn wir auch mit Parteitagbeschlüssen nicht einverstanden sind, so haben wir doch, nachdem einmal der Parteitag beschlossen, uns als Sozialdemokraten zu fügen. Wir waren bisher stolz auf die Einheit und Disziplin der deutschen Sozialdemokratie, jetzt sollen wir stolz darauf sein, daß wir nicht einsig sind. Die Erklärung der 66 konnte als Rechtsverwahrung hingenommen werden, aber nicht in dem Sinne, wie sie „Tagespost“, „Münchener Post“ und „Mannheimer Volksstimme“ interpretiert haben. Die Erklärung des Landesvorstandes habe dem Fuß den Boden ausgeschlagen. Er mahnt zuletzt, den Saal nicht zu verlassen, ohne jeden Stachel zu beseitigen, aber auch nicht ohne den Ausdruck des Willens, daß den Parteitagbeschlüssen Geltung verschafft werden muß.

Die Genossen Schmucker und Baumgärtner sprechen für die Budgetbewilligung. Genosse Segitz erinnert daran, daß die Nürnberger Genossen nach dem Verichte ihrer Abgeordneten deren Tätigkeit und auch der Budgetbewilligung zugestimmt haben. Die 66 haben mit ihrer Erklärung Verwahrung eingelegt gegen einen Parteitagbeschuß, der die Fraktionen unter allen Umständen zwingen will, gegen das Budget zu stimmen. Ein großer Teil der norddeutschen Parteigenossen sei zweifellos mit der bestimmten Absicht gekommen, die Süddeutschen zu beurteilen. Dadurch sei die Erklärung der 66 berechtigt, die noch lange nicht besagen solle, daß nun in Zukunft unter allen Umständen für das Budget gestimmt werde, man will nur die Möglichkeit haben, dies zu tun, wenn zwingende Gründe vorhanden sind. Die Budgetbewilligung habe mit dem Revisionismus gar nichts zu tun, auch sei es falsch, daß in der bayerischen Fraktion revisionistische Bestrebungen zutage traten. Genosse Reif, ein altlicher Eisenbahner, erklärt, daß die Staatsarbeiter die Budgetabstimmung begrüßen, weil dadurch die Agitation unter den Staatsarbeitern, die sich meist aus indifferenten Leuten vom Lande rekrutieren und um die sich das Zentrum und Liberale sehr bemühen, bedeutend erleichtert werde. Es gehe jetzt ein ganz anderer Zug durch die Staatsbetriebe.

Die Abstimmung haben wir in der Sonntagnummer mitgeteilt.

## Aus der Partei.

### Die Internationale in Brüssel.

Der Tagung des Internationalen Sozialistischen Bureaus, die Sonnabend und Sonntag in Brüssel stattfand, ging eine Konferenz der sozialistischen Presse voraus, auf der 12 Nationen vertreten waren. Es fand eine lange Diskussion über die Organisation der Korrespondenzen zwischen der sozialistischen Presse der verschiedenen Länder statt. Die Möglichkeit telegraphischer Berichterstattung und der Organisation eines internationalen Bureaus für telegraphische Korrespondenzen wurde erwogen. Schließlich wurde ein Vorschlag des Genossen Kollensburger angenommen, der auf die Ausdehnung der Funktionen des deutschen Pressebureaus hingielt.

Am Sonnabendabend, nach der Sitzung des Internationalen Bureaus fand eine große internationale Volksversammlung statt, die sich mit den jüngsten Vorgängen auf dem Balkan und der internationalen Lage beschäftigte. Es sprachen Tsaniffian, Konstantinopel für die türkischen Sozialisten, Abramow, Bulgarien, der erklärte, daß die Arbeiter Bulgariens an der Unabhängigkeitserklärung kein Interesse hätten, da ihre Unterdrückung dadurch nicht beseitigt werde, Vuchinger, Ungarn, der zeigte, wie die Wählerreform in Ungarn durch die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns bedroht werde, Pennerstorfer, Oesterreich und Udler, Oesterreich, der das Recht der Bulgaren auf ihre Unabhängigkeit anerkannte, dagegen die Annexion Bosniens und der Herzogewina, die ein Akt der Gegenrevolution gegen die jugtürkische Bewegung sei, aufs schärfste verurteilte. Die Sozialisten Oesterreichs würden darüber in den Delegationen und im Reichsrat von der Regierung Nachsicht fordern. Außerdem sprachen noch Granning, Schweden, Bruce Claster und Hyndman, England, Ballant, Frankreich und Kollensburger, Deutschland. Alle verkündeten den Willen des internationalen sozialistischen Proletariats, den Frieden gegen die kapitalistischen Regierungen aufrechtzuerhalten. Eine entsprechende Resolution wurde zum Schluß angenommen.

### Webel und der „Labour Leader“.

Genosse Webel schreibt uns: Auf den in der Nr. 235 des „Vorwärts“ veröffentlichten Brief des Genossen Bruce Claster habe ich folgendes zu erwidern: Es ist richtig, daß ich in meinem Briefe an den genannten Genossen nicht ausdrücklich bemerkte, daß ich die Veröffentlichung desselben nicht wünschte. Aber Ton und Inhalt meines Briefes entsprechen so wenig einem Artikel, wie ihn der Genosse Bruce Claster von mir erwartete, daß ich von der Annahme ausging, er werde selbst empfehlen, mein Brief habe keinen für die Öffentlichkeit bestimmten Inhalt.

Ich gebe aber zu, daß meine Absicht mißverstanden werden konnte und der Genosse Bruce Claster im guten Glauben handelte, als er meinen Brief veröffentlichte. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, den Vorwurf zurückzunehmen, er habe sich durch Veröffentlichung meines Briefes einer Indiskretion schuldig gemacht.

Jülich, den 9. Oktober 1908. A. Webel.

### Marx-Epigonen, zittert!

In der „Frankfurter Tagespost“ erklärt Genosse W. Laurentz, er habe in Forst nicht gesagt: „In den Kreisen, in denen ich verlehre, sind wir entschlossen, die Herrschaft der Theoretiker zu brechen.“ Vielmehr habe er dem Sinne nach gesagt: „Johrelang haben wir ruhig mitangelesen, wie die Epigonen des Marxismus den Arbeitern die Köpfe verleiern und sie durch rein dogmatisch begründete Theorien für die wirkliche Welt unfähig machen. Jetzt aber empfindet man allgemein: So geht das nicht weiter! Wir müssen in die Massen gehen und ihnen sagen, wie die Dinge liegen.“ Die Erklärung fährt dann fort: „Ich habe ausdrücklich gesagt: „Wenn ich dabei von mir rede, so ist das nicht heißen, daß irgend eine Verabredung vorliegt. Aber rein instinktiv, aus demselben Gefühl heraus sehen wir heute die verschiedensten Parteigenossen losbrechen, die bisher geschwiegen haben.“ Und allgemein ist das Gefühl, daß die theoretische Arbeit der Marx-als-Maxisten heute ein Unflut und eine Gefahr für die ganze Zukunft der Arbeiterbewegung ist.

Das ist der Standpunkt, den ich erst allgemein formuliert und dann am Beispiel der Budgetfrage näher begründet habe. Von „Kreisen, in denen ich verlehre“, habe ich überhaupt nicht geredet. Aber eine rein individuelle Streikklärung an unsere Marx-Epigonen sollte der Satz allerdings sein.“

Genosse Laurentz hat demnach in Forst lediglich im pluralis majestatis geredet. Das deutet die Bedeutung seiner Streikklärung allerdings etwas herab. Immerhin, die Marx-Epigonen mögen zittern! Denn Marx-Laurentz hat fünf Raben — so lange ist er jetzt Sozialdemokrat — erwartet und ihnen Frist gegeben, sich zu bessern. Sie aber verhorren im Wahn und also wird Marx-Laurentz die Zukunft der Arbeiterbewegung vor ihnen retten müssen. Denn fünf Jahre hat er's getragen, trägt's nicht länger mehr. ... Ernsthaft gesprochen erscheint uns das „Jahrelang“ des Genossen Marx-Laurentz etwas amüßlich. Er hat demnach ungefähr gleich vom Beginn seiner Parteizugehörigkeit an schon erkannt, daß die Marx-Epigonen den Arbeitern die Köpfe verleiern und sie für die wirkliche Welt unfähig machen. Oder hat er diese Erkenntnis

etwa schon aus dem Nationalsozialismus mit herübergebracht? Das wäre nicht unmöglich, denn Herr Naumann ist in diesem Punkte mit dem Genossen Laurentz wohl ganz einer Meinung.

## Aus Industrie und Handel.

### Ein Submissionsergebnis.

Bei den vom Magistrat in Posen ausgeschriebenen Arbeiten von 75 000 Kubikmeter Bodenerhebung und Teichausbuchtung zur Herstellung einer Parkanlage, lautete die niedrigste, von der Firma C. Helmrich-Posen abgegebene Offerte auf 36 000 M. während die höchstfordernde Firma, Frenschmidt-Posen, 120 000 M. verlangte. Die Differenz beträgt also 84 000 M. Die Höchstforderung geht über die niedrigste um 233 Proz. hinaus.

### Dividenden.

Von einer Reihe Gesellschaften geben wir nachfolgend die Dividendenerklärungen für das letzte Geschäftsjahr: Vereinigte Thüringer Metallwaren-Fabriken 10 Proz., Aktiengesellschaft für Thüringer Industrie in Striegau 9 Proz., Holzindustriewerke Rauschwitz u. Co. in Köln 11 Proz., „Carotti“ Kakaoindustrie Berlin 6 Proz., Laurahütte 10 Proz., Elektrizitätsgesellschaft Chemnitz 7 Proz., Humboldt-Mühle Berlin 10 Proz., Professionelle Bank für Deutschland 10 Proz., Berliner Jute-Spinnerei in Stralau 6 Proz., Aktiengesellschaft zur Fabrikation von Eisenbahnmateriale in Gdörfly 22 Proz., Annaburger Steinzeug-Fabrik 12 Proz., Aktiengesellschaft Lauchhammer in Riesa 10 Proz., Gröbinger Aktien-Papierfabrik in Halle-Gröbmitz 13 Proz., Mälzerei-Aktiengesellschaft vorm. Albert Weede 7 Proz., Portland-Zementfabrik „Germania“ in Lehrte 8 Proz., Düsseldorf-Eisen- und Drahtindustrie 4 Proz., Bismarckhütte 18 Proz., „Otavi“, Aminen- und Eisenbahn-Gesellschaft Berlin 6 Proz., Bogländische Maschinenfabrik 12 Proz., „Johannesmühle“ in Posen 6 Proz., Plegny-Rawitscher Eisenbahn 4 1/2 Proz., Norddeutsche Dreifachweberei in Berlin 8 Proz., Frankfurter Schuhfabrik in Frankfurt a. M. 7 Proz.

### Neugründungen.

Im Monat September war die Gründungstätigkeit sehr minimal. Nach den Zusammenstellungen des „Int. Volkswirt“ wurden neu errichtet nur 11 Aktiengesellschaften, die gar nur insgesamt ein Nominalkapital von 5 810 000 M. aufweisen, gegen 8 Neugründungen mit 5 066 Millionen Mark Nominalkapital im Vormonat und 16 Aktiengesellschaften mit 14 988 Millionen Mark im September 1907.

In den abgelaufenen drei Quartalen des laufenden Jahres stellt sich das Gesamtneugründungsergebnis auf 110 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 122 106 000 Mark gegen 166 Gesellschaften beziehungsweise 229 407 000 Mark in der gleichen Periode des Vorjahres und gegen 212, 231, 204, 125, 92, 80, 168, 216 und 894 Aktiengesellschaften mit 249,07 beziehungsweise 473, 584, 534, 329, 115, 172, 340 und 544 Millionen Mark in den vollen Jahren 1907—1899.

Die Hoheisenzeugung in den Vereinigten Staaten stellt sich für die ersten 9 Monate des laufenden Jahres auf 10 1/2 Millionen Tonnen gegen rund 20 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

## Aus der Frauenbewegung.

### An die Genossinnen Deutschlands!

Genossinnen! Der Ruf des Parteivorstandes: „An die Genossen“ ist durch die Parteipresse bereits zur allgemeinen Kenntnis gelangt. Er weist auch auf die Situation hin, welche das Reichsvereinsgesetz schafft, wonach es den Frauen aller deutscher Bundesstaaten fürderhin nicht mehr verwehrt ist, als Mitglieder in die politischen Vereine einzutreten. Daß die Genossinnen, die bisher in losen Organisationen oder in unpolitischen Bildungsvereinen zusammengekommen sind, nunmehr — soweit dies noch nicht geschehen ist — ihren Eintritt in die Parteiorganisationen vollziehen, wird sicher von allen als selbstverständliche Pflicht angesehen werden.

Doch noch andere Aufgaben nicht minder wichtiger Natur harren ihrer Erfüllung durch die gemeinsame Tätigkeit der Genossinnen. Es gilt allerorts eine intensive Agitation zu entfalten, um die breiten Schichten proletarischer Frauen für die sozialistischen Ideen zu begeistern und sie unseren Organisationen zuzuführen. Es gilt für die Genossinnen ferner, nach besten Kräften innerhalb der Organisationen bei allen vorfindenden Arbeiten mitzuwirken, ganz gleich, ob es sich um Wahl-, Verwaltungs- oder sonstige Arbeiten handelt. Bei der Neuwahl des Verwaltungsrates, der Agitationskommissionen usw. sollten deshalb die Genossinnen sich rechtzeitig mit den Genossen des Orts ins Einvernehmen setzen, damit in den Vorstand und in die Kommissionen mindestens eine Genossin gewählt wird, die in Uebereinstimmung mit den übrigen Vorstands- und Kommissionsmitgliedern in planvoller Weise die Agitation unter ihren Klassenangehörigen entfalten kann, die aber auch entsprechend den statutarischen Bestimmungen des in Nürnberg angenommenen Organisationsvorschlages die Schaffung von Einrichtungen anregt, die der theoretischen und praktischen Schulung der neu gewonnenen weiblichen Mitglieder dienen.

Im Hinblick auf die vermehrte Aufgaben der fortgesetzt erstarkenden proletarischen Frauenbewegung, die auf dem Nürnberger Parteitag und der ihm vorausgegangenem Frauenkonferenz gewürdigt worden sind, ist das Frauenbureau erweitert und damit seine Arbeitsfähigkeit gesteigert worden. Die Unterzeichnenden, die durch das Vertrauen der Genossinnen auf diesen Posten berufen wurden, werden natürlich ihre ganze Kraft einsetzen, sich dieses Vertrauens würdig zu zeigen. Ihre Tätigkeit kann jedoch nur dann zu einer für die Bewegung nutzbringenden werden, wenn sie allerorts die treue, opferwillige und begeisterte Unterstützung der Genossinnen finden. Zu dieser Unterstützung rufen wir Euch hiermit auf. Durchdringen von der Erkenntnis, daß die proletarischen Massen nur durch eigene Kraft, durch ihre wachsende Zielarbeit und Macht imstande sind, sich zu befreien aus politischer Rechtlosigkeit und ökonomischer Anrechtlosigkeit, gilt es nunmehr mit verdoppelter Energie daran zu arbeiten, alle Glieder unserer Klasse einzureihen in die Kadres unserer Organisation. Vor allem müssen wir bestrebt sein, ihnen auch die Frauen zuzuführen, die Klassenkämpferinnen und Rekruten-erzieher für den Klassenkampf gleichzeitig sein sollen.

Agitieren, organisieren, disziplinieren und theoretisch schulen: das sei deshalb auch für dieses Jahr unsere Parole. Darum Genossinnen: Vorwärts! An's Werk!

Mit Parteigrüß  
Berlin, 1. Oktober 1908. Dittlie Waader, Luise Zieg.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

### Die Frau und der Sozialismus.

Ueber dieses Thema sprach in einer öffentlichen Frauenversammlung in Friedrichsfelde die Genossin Selinger. Die Referentin entrollte in ihrem Vortrage ein treffendes Bild von der Unterdrückung und Ausbeutung der proletarischen Volksmassen, besonders der Frauen. Eine Befreiung der arbeitenden Klassen aus dem Joch der Unterdrückung sei nicht denkbar ohne die gleichzeitige Emanzipation der Frauen. Die Frau, die schon längst eine Stellung im wirtschaftlichen Leben, vor allem seit dem Emporblühen der kapitalistischen Produktion erobert habe, hätte nun auch einen dementsprechenden Einfluß auf das öffentliche und politische Leben zu beanspruchen. Da die sozialdemokratische Partei einzig und allein den Kampf gegen jede Unterdrückung ernsthaft führe, so könne kein Zweifel darüber bestehen, wo die Frau die Erfüllung ihrer Forderungen an die Gesellschaft zu erwarten habe. Der mit vielen Beispielen aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben trefflich illustrierte Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen und hatte den Erfolg, daß eine Anzahl Resolutionsentwürfe beschlossen wurden.

# Billiger Verkauf von Knaben-Kleidung

## Marineblauer Blusen-Anzug

Gute Ausführung, für das Alter von 3 Jahren. . . . . 2<sup>25</sup> M.  
Jede gröÙ. Nummer 25 Pf. mehr

## Kammgarnartiger Blusen-Anzug

blau, in sehr guter Qualität, für d. Alter von 3 Jahren . . . . . 5<sup>50</sup> M.  
Jede gröÙ. Nummer 25 Pf. mehr



## Gemusterte Blusen-Anzüge

Gezwirnt, elegante Ausstattung, für das Alter von 3 Jahren . . . . . 3<sup>25</sup> M.  
Jede gröÙere Nummer 25 Pf. mehr

## Blaue Knaben-Pyjacks

Mit sehr schönen Abzeichen, für das Alter von 3 Jahren . . . . . 4<sup>25</sup> M.  
Jede gröÙere Nummer 25 Pf. mehr

Knaben-Beinkleider für das Alter von 3-5 Jahren 90 Pf.

Einzelne farbige Blusen anfangend mit . . . . . 1<sup>50</sup> M.

Blaue Leibchenhosen, kammgarnartig, gefüttert . . . . 1<sup>70</sup> M.

# Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

ChausseestraÙe 29/30 ■ 11 BrückenstraÙe 11  
Gr. Frankfurter Str. 20

Der Haupt-Katalog No. 35 (neueste Knaben-Moden) auf Wunsch gratis und franko.

**JOSETTI JUNO**  
CIGARETTEN  
sind von anerkannter Güte und bieten trotz ihres billigen Preises volle Garantie für feinste Qualität.  
10 St. für 20 Pfg.

**Engelhardt-Malzbier** das beliebteste, überall käuflich.  
Preis 10 Pf. pro Flasche. 2400 L.  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.**  
Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Gegründet 1825



Registriertes Schutzzeichen.

# Fr. Hahn

**BERLIN C 25**  
Alexanderplatz.

## Die große Konfektionswoche

währt von Dienstag, dem 13. Oktober bis Dienstag, dem 20. Oktober.

Während dieser Zeit werden große Posten **moderne Damen-Konfektion** zu außerordentlich billigen Preisen verkauft

Ein großer Posten **Herbst- u. Winter-Flanellblusen** aus besten Stoffen  
Serie I II III IV  
Sonst bis M. 7.50, jetzt M. 1.15 1.70 2.10 2.85

Ein großer Posten **elegante Wollblusen**, beste Verarbeitung, auf Futter, darunter viele Modellblusen.  
Serie I II III IV  
Sonst bis M. 18.50, jetzt M. 3.90 5.30 6.80 7.90

Ein großer Posten **Selden-, Sammet- und Velvetblusen**, reich garnierte moderne Stoffe . . . .  
Serie I II III IV  
Sonst bis M. 35.00, jetzt 7.40 9.50 11.50 13.80

Ein großer Posten **Seldenblusen**, reich garniert, aus besten reinseidenen Stoffen, zum Teil etwas angeschmutzt.  
Serie I II III IV V  
Sonst bis M. 40.00, jetzt M. 2.90 5.80 7.80 10.80 14.50

Ein großer Posten **elegante Jacken-Kleider** aus der vorigen Saison, Seide gefüt., nur beste Verarbeitung u. Stoffe zum Teil mit schwerer  
Serie I II III IV  
Früherer Wert bis M. 90.00, jetzt M. 11.50 16.50 19.80 28.70

Ein großer Posten **Kostüm-Röcke**, darunter elegante Plissé- und Sonnenröcke, auch schwarze, reich garnierte lange Röcke sowie Ballröcke  
Serie I II III IV  
Sonst bis M. 30.00, jetzt M. 5.20 8.30 10.80 13.20

Ein großer Posten **elegante farbige Paletots, Kimonos u. Frauenmäntel**  
Nur schicke, moderne Verarbeitung, beste Stoffe  
Serie I II III IV  
Sonst bis M. 40.00, jetzt M. 7.80 10.40 13.20 19.80

Ein großer Posten **Morgenröcke** aus bestem Winter-Flanell, Eiderdaun oder reinwollenen Tuchstoffen  
Serie I II III IV  
Sonst bis M. 28.50, jetzt M. 3.40 5.90 8.50 14.80

Ein großer Posten **reich garnierte Wollkleider** aus der vorigen Saison, darunter hell- und dunkelfarbig, auch schwarz  
Serie I II III IV  
Früherer Wert bis M. 100.00, jetzt M. 7.50 12.00 20.00 29.50

Ein großer Posten **moderne lange Jackenkleider und Kostüme**, letzte Neuheiten, aus Tuch oder Diagonalstoffen  
Serie I II III  
Sonst bis M. 50.00, jetzt M. 15.70 27.80 32.90

Ein großer Posten **hochelegante, elfenbeinfarbige Spitzen-, Tüll- und Spachtelblusen** zum größten Teil auf Seide gearbeitet, darunter sehr aparte Wiener Modellblusen  
Sonst bis M. 50.00, jetzt Serie I M. 5.20 Serie II M. 8.90 Serie III M. 11.40 Serie IV M. 15.20

Der neue illustrierte Herbst- und Winterkatalog wird auf Wunsch gratis zugesandt.

# Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

## Gewerbegerichtswahlen.

Die Ergänzungswahlen zum Gewerbegericht finden für Arbeitgeber am Freitag, den 27. November, für Arbeitnehmer am Sonntag, den 29. November d. J., statt. Die diesjährigen Wahlen zum Gewerbegericht finden im Gegensatz zu dem bisherigen Wahlverfahren auf Grund des Verhältniswahlverfahrens statt. Der Gerichtsbezirk Berlin bildet einen Wahlbezirk.

Für die Arbeitgeber sind vom Magistrat Wählerlisten aufgestellt worden, die vom Dienstag, den 20. Oktober, bis einschließlich Montag, den 26. Oktober, an den Wochentagen während der Dienststunden von morgens 8 bis nachmittags 3 Uhr, am Sonntage von vormittags 10 bis nachmittags 1 Uhr im Wahlbureau Poststr. 16 II, Zimmer 57 zur Einsicht öffentlich ausliegen.

Für die Arbeiter werden Wählerlisten nicht aufgestellt. Näheres über Wahlberechtigung, Wahlbarkeit, Art der Wahl wird später Bekanntschaft vorbehalten.

## Partei-Angelegenheiten.

**Wilmersdorf.** Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und die damit verbundenen Parteiarbeiten machen das volkshafte Erscheinen der Genossen am morgigen Zahlabend zur Pflicht.

**Nieder-Schöneweide.** Der Zahlabend am Mittwoch, den 14. findet gemeinsam bei Hilscher, Berlinerstraße, Ecke Jennistraße statt. Genosse Käter wird den Bericht vom Parteitag in Nürnberg geben.

**Erfner.** Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 14. d. M., abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Degebrodt statt. Genosse Düweil erstattet Bericht vom Nürnberg Parteitag.

## Berliner Nachrichten.

Die Deputation für die städtische Kanalisation und Rieselbewirtschaftung beschloß in ihrer gestrigen Sitzung bei den städtischen Behörden zu beantragen, für die südlichen Rieselfelder einen Zentralgetreidespeicher zu erbauen. Der Hauptplatz ist in der Nähe des Bahnhof Großbeeren in Aussicht genommen. Für den Norden ist ein solcher Speicher bereits in Hohrechtsfelde im Bau. In letztgenanntem Orte soll mit Rücksicht auf die gestiegene Sintergefahr, die infolge Verwehungen der Arbeiterkräfte in nächster Zeit fünfzig betragen wird, ein Schule erbaut werden; mit der Schule ist eine Lehrerwohnung für einen verheirateten Lehrer verbunden. Für den Norden sollen für 20 000 Mark neue Feldbahnen, die sich sehr gut bewährt haben, angeschafft werden. Im Bezirk Buch-Schmelzberg sollen für Licht und Kraft 260 Kilowatt elektrische Kraft pro Tag aus der Zentrale Buch entnommen werden, wodurch eine weit rationellere Ausnutzung der Forstprodukte halten. Zur rationellen Bewirtschaftung der Forsten soll eine eigene Forstverwaltung errichtet werden, die aber dem Güterdirektor unterstellt bleibt. Zunächst soll ein Oberförster und ein Forstsekretär angestellt werden, das Forstschuppenpersonal je nach Bedürfnis. In Hohrechtsfelde soll ein Sägewerk erbaut werden, wodurch eine weit rationellere Ausnutzung der Forstprodukte ermöglicht wird. Das finanzielle Ergebnis der Rieselbewirtschaftung bewegt sich in stark aufsteigender Linie. 1906 betrug der Ueberschuß 97,842 M., 1907 277 005 M., 1908 470 438 M. Diese erhebliche Steigerung ist sicher zum Teil auf die Vollgeheubung zurückzuführen, zum anderen Teil aber auch auf die einheitliche Verwaltung, die erst durch die Schaffung der Stelle eines Güterdirektors ermöglicht wurde. Die durch die Zeitungen gegangene Notiz, wonach Rummelsburg Berlin bei der Erwerbung der Wuhlebeide zugefallen sei, entspricht nicht der Wahrheit. Rummelsburg hat allerdings ein Stück der Wuhlebeide erworben, dies stellt aber nur einen kleinen Bruchteil dar. Wegen des von Berlin zu erwerbenden Teiles sind die Verhandlungen mit dem Fiskus noch im Gange. Voraussichtlich kommen sie bald zum Abschluß.

Die Aufhebung des Rauchverbots. Das Rauchen im Speisewagen ist bekanntlich vom preussischen Eisenbahnminister vollständig verboten worden. Dem Verbot hatten sich auch Württemberg und Baden angeschlossen, während Bayern auch in dieser Beziehung sein Referatrecht gewahrt hat und das Rauchen in dem einen Teil eines geteilten Speisewagens wie früher zuläßt. Das Verbot hat jetzt eine wichtige Einschränkung erfahren, von dem die Raucher eine weitere Erfüllung ihrer Wünsche erwarten. Die Generaldirektion der Württemberg. Staatsbahnen hat das Rauchen zugelassen, soweit nicht vertragsmäßige Verpflichtungen entgegenstehen. In den Speisewagen zwischen Berlin und Stuttgart entsteht demnach wieder der merkwürdige Zustand, daß das Rauchen von Strecke zu Strecke mehrmals verboten und dann wieder zugelassen wird. Auf der preussischen Strecke von Berlin bis Müschenhausen ist es vollständig verboten. Auf der bayerischen Strecke von Müschenhausen bis Würzburg darf man wieder rauchen. Zwischen Würzburg und Osterburken führt aber wieder die Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen das Regiment, die das Rauchen verbietet. Auf dem letzten Teile der Fahrt von Osterburken bis Stuttgart endlich hat jetzt die Württembergische Staatsbahn das Rauchen wieder erlaubt.

Spät kam sie, doch sie kam, eine Postkarte nämlich, die am 14. September 1907 (nicht 1908) an einen Herrn B. abgeschickt worden war, der damals bei einer Familie in der Annenstrasse wohnte. Erst jetzt, nach mehr als Jahresfrist, ist sie zwar nicht dem Adressaten zugestellt, aber wenigstens dem Absender zurückgeliefert worden. Schon am 16. September 1907 hatte der Absender von dem Adressaten erfahren, daß diese Karte nicht in seine Hände gelangt war. Auf der Karte standen in richtiger Angabe der Namen des Adressaten, der Namen der Familie, bei der er wohnte, sowie die Wohnungsbezeichnung. Auch hatte der Absender in richtiger Angabe seinen vollen Namen unterzeichnet und seine eigene Wohnung genau mitgeteilt. Die Karte ist uns jetzt vorgelegt worden, und wir haben uns überzeugt, daß auf ihr alle Angaben hinreichend deutlich geschrieben waren. Dessen ungeachtet war die Karte nicht bestellt worden, und sie gelangte zunächst auch nicht an den Absender zurück. Sie blieb verschwendet, und Absender war Adressat gabeln sie schließlich verloren. Daß sie es nicht war, hat sich erst jetzt gezeigt, nachdem sie ganz unversehrt dem Absender wieder zugestellt worden ist. Aus den ausgedruckten Stempeln ist zu ersehen, daß sie am Abend des 14. September 1907 auf dem Postamt „Berlin O. 17“ ausgegeben worden ist und am Morgen des 15. September 1907 (nicht 1908) auf einem Postamt von Berlin S. (anscheinend Postamt 14. zu dem die Annenstrasse gehört) sich befunden hat. Der Versuch aber, sie zu bestellen, kann erst nach mehr als Jahresfrist gemacht worden sein. Auf der Karte steht nämlich der vom 28. September 1908 (nicht 1907) datierte Briefstempel,

daß der Empfänger von der benannten Familie „unbekannt verzogen“ sei. Im September 1908 wohnte Herr B. allerdings nicht mehr dort, doch im September 1907 wäre er in dieser Wohnung ohne Mühe aufzufinden gewesen. Da er im September 1908 unauffindbar war, so wurde nun die Karte in der üblichen Weise behandelt. Ohne Erfolg wurden „Nachschlagewerke eingesehen“, wie ein aufgedruckter Poststempel meldet, und auch der „Anruf“ blieb erfolglos. Schließlich wurde dann die Karte an den Absender zurückgeschickt, dessen Adresse deutlich angegeben war. Wo diese Karte das ganze Jahr hindurch gesteckt hat, ist ihm nicht gesagt worden. Vielleicht hat man auf dem Postamt gar keine Ahnung mal davon gehabt, daß sie schon ein volles Jahr ihrer Bestimmung harrete.

In den Hochbahnwagen ist gestern ein Plakat mit folgendem Wortlaut angebracht worden: Die Fahrgäste werden gebeten, jede Unterhaltung mit dem Zugbegleiter während der Fahrt zu vermeiden. Letzterer ist verpflichtet, seine Aufmerksamkeit auf den Wagenführer und die Strecke zu richten und nötigenfalls den Zug durch die neben ihm befindliche Notbremse und den Kurzschließer zum Stehen zu bringen. Bei der Fahrt über das Gleisdreieck wird bis zur Errichtung besonderer Sicherungen in langsamem Tempo gefahren und der Zugbegleiter ist angewiesen, zur Ueberwachung der Fahrt über das Gleisdreieck sich im Führerstand aufzuhalten.

### „Wenn Arbeiter Samariterdienste tun.“

Durch den „Vorwärts“ (Nr. 237) ist der Öffentlichkeit davon Kenntnis gegeben worden, daß bei dem Hochbahnunglück eine Anzahl Bauarbeiter, die auf dem benachbarten Postneubau in der Ludenwalder Straße beschäftigt waren, den Verunglückten erste Hilfe leisteten und hinterher für diesen Samariterdienst einen Abzug des Lohnes für veräumte zwei Stunden über sich ergehen lassen mußten. Der Unternehmerfirma Voswau u. Knauer, in deren Betrieb den Arbeitern aus solchem Anlaß eine Lohnkürzung auferlegt wurde, haben wir gesagt, daß das zwar, vom Standpunkt des Geschäftsmannes betrachtet, „ganz in der Ordnung“ sei, daß es aber dem, der sich auf den rein menschlichen Standpunkt stellt, als eine Schädlichkeit ohne gleichen erscheinen müsse. Daraufhin haben Voswau u. Knauer uns jetzt den folgenden Brief übersandt:

„Wir erlangten erst heute durch den Artikel im „Vorwärts“ vom 9. d. M. unter der Ueberschrift „Wenn Arbeiter Samariterdienste tun“, welcher sich mit unserer Firma beschäftigt, davon Kenntnis, daß gelegentlich des Hochbahnunglücks verschiedenen Bauarbeitern Lohnabzüge gemacht worden sind für die Zeit, während der die Arbeit ruhte, und sie den Verunglückten Hilfe leisteten. Hätten die Betreffenden unserer Geschäftsleitung statt Ihrer Zeitung Mitteilung von den Lohnabzügen gemacht, so hätten wir diese Maßregel sofort rückgängig machen können. Wir haben nunmehr veranlaßt, daß den betreffenden Arbeitern, welche den Verunglückten Hilfe geleistet haben, nicht nur der Lohnabzug nachgezahlt, sondern der doppelte Lohn für die Zeit gezahlt wird, und wollen Sie daraus ersehen, daß dieser Lohnabzug durchaus nicht im Sinne unserer Geschäftsleitung gelegen hat.“

Bei den Engeln im Himmel ist, so sieht's ja wohl irgendwo in der Bibel, mehr Freude über einen reinen Sünder, als über neunundneunzig Gerechte. Zu den Engeln rechnen wir uns zwar selber nicht, aber das soll uns nicht hindern, gleich ihnen uns über das reuige Sünderpaar Voswau u. Knauer zu freuen. Werwürdig finden wir nur das, daß in dem Betrieb dieser Firma keine höhere Stelle vor Veröffentlichung unserer Notiz von dem Lohnabzug gewußt haben sollte. Soll vielleicht jetzt der Bolker oder sonst eine untergeordnete Person als der allein Schuldige hingestellt werden? Doch sei dem, wie ihm wolle; uns erfüllt es mit Befriedigung und Genugtuung, daß unsere Notiz den Arbeitern nicht nur zu dem Lohn für die veräumten zwei Stunden, sondern sogar zu einer doppelten Bezahlung dieses Lohnes verholfen hat. Uebrigens scheint es fast, als ob die Firma Voswau u. Knauer glauben machen wolle, daß die Arbeiter dasselbe erreicht hätten, wenn sie sich nicht an die Redaktion des „Vorwärts“ erredert an die Geschäftsleitung der Firma gewandt hätten. Frauen da Voswau u. Knauer sich nicht ein bißchen zuviel zu?

### Zur Gordon-Bennett-Wettfahrt.

Bei prächtigstem Herbstwetter erreichte am Sonntag auf dem Schmargendorfer Gelände der Ballonwettkampf seinen Höhepunkt. Die um die Mittagzeit geradezu heißen Sonnenstrahlen hatten ein vielstündiges Publikum herangelockt. Die exklusiven Kreise verschwanden unter dem endlosen Strom all derer, die nach einer arbeitsreichen Woche der Werkstatt und dem Kontor entronnen waren, um den herrlichen Sonntag draußen im Freien zu genießen. Man konnte, wollte man nach dem Startplatz gelangen, unmöglich fehlgehen, brauchte man sich doch nur von der Völkerverwanderung mischieben zu lassen, die nach dem freundlichen Schmargendorf hinüberflutete.

Dazwischen schimpfende Kutscher, lutende und stinkende Automobile, Mitglieder der Sanitäts- und Rettungswachen usw. kämpften sich mühsam ihren Weg durch die Menge. Zwar versuchten die Gendarmen nach Möglichkeit die Wege freizuhalten, aber immer gelang es doch nicht.

Je näher man der Startstelle kam, um so eigenartiger belebte sich das Bild.

An den Schauplätzen saßen und standen große und kleine Menschen, drängten und schoben sich in beängstigender Hülle, tranken Bier oder Kaffee und unterhielten sich lachend und gestikulierend.

Innerhalb der Umzäunung wogten die Schaulustigen nicht minder zahlreich hin und her, nur die Tribünen waren fast gar nicht besetzt, die meisten hatten sich mit einem Zweimarkplatz begnügt, wo sie ebenso gut oder noch besser sehen und dabei sich frei und ungezwungen bewegen konnten.

Einen seltsamen Anblick boten dem Reuling die vielen Riefenbügel mit ihrer garten leichten Hülle, die sich schwanke im Winde auf und ab neigten.

Einige wurden noch gefüllt, und die Soldaten, die zu diesen Arbeiten beordert waren, hatten alle Hände voll zu tun, um den Befehlen immer rasch nachzukommen.

Kurz nach 3 Uhr entführte die leichte Brise den ersten Aerostaten, „Amerita II“, den die Soldaten erst nach einer Anhöhe getragen hatten, um die Luftfahrt im Hinblick auf die naheliegenden Gasanstaltsgebäude sicherer zu gestalten. Auch die anderen starteten von diesem Platze. Unter brausendem Jubel hob sich „Amerita II“, die Rusik spielte, aus der Gondel statterten weiße Taschentücher und bald schwebte er in südlicher Richtung von dannen, nicht aber, ohne vorher auf die dichtgepackte Menge eine Sandsturm losgelassen zu haben. Das Getöse der Damen, in der Angst um ihre Riefenhüte, wachte allerseits stürmische Heiterkeit.

vorher auf die dichtgepackte Menge eine Sandsturm losgelassen zu haben. Das Getöse der Damen, in der Angst um ihre Riefenhüte, wachte allerseits stürmische Heiterkeit.

Während des Entsetzens brachte der amerikanische Ballon „Conqueror“ über die Menge, als er, nach einem nichts weniger als glatten Aufstieg, in der Höhe von ungefähr 900 Metern, sich allmählich in der Form veränderte und weiße Bällchen ausströmte. Glaubte man zuerst es wären Sandwolken, so erkannten die mit Fernrohren bewaffneten Zuschauer sofort die große Gefahr. Ein tausendstimmiger Schreidenschrei ging durch die Menge. Das Herz schien für eine kurze Spanne Zeit zu erstarren. Frauen und Mädchen schluchzten krampfhaft in ihre Taschentücher. Der Riß in dem Ballon nahm indessen immer zu, während die Insassen ihren ganzen Ballast auswarfen, um den Sturz zu mildern. Zuletzt schwebte nur noch die obere Hälfte wie eine riesige Mühe langsam nieder, und bildete somit einen selbsttätigen Fallschirm. Doch wagte niemand, wie das Unglück verlaufen war. Später stürmte ein Leutnant vorbei, der mitteilte, daß die Insassen unverfehrt auf einem Hause in Friedenau gelandet sind. Alles atmete erleichtert auf. Die Begeisterung war aber bei den nächsten Starts merklich abgeklüht.

Zu dem Ballonunfall wird uns noch mitgeteilt: Schon beim Aufstieg des neunten Ballons, „Conqueror“ (Amerita), der mit 200 Kubikmeter Gas gefüllt war, machte sich eine gewisse, von vielen Personen beobachtete Unsicherheit bemerkbar. Bereits in geringer Höhe schwanke der Ballon hin und her. Als er die Ringbahn kreuzte, sah man wie die Hülle riß. Der Führer A. Holland Forbes war sofort Ballast aus, was aber nicht verhinderte, daß der Ballon weiter sank. Gleich darauf klappte ein großes Dreieck im Ballon und nun senkte sich der Ballon mit rasender Schnelligkeit zur Erde, schneller als der Ballast fiel. Ganz deutlich konnte man von der Ringbahn aus beobachten, wie Forbes Sandfüße leerte. Der Sand fiel aber weit langsamer als der Ballon. Zum Glück breitete sich in diesem Augenblick die Ballonhülle auseinander und wirkte nun hemmend auf den Sturz wie ein ausgebreiteter Fallschirm. Gleich darauf berührte die Gondel das Dach des Hauses Stambrennstraße 7 an der Gokkerstraße. Auf diesem, einem ziemlich flachen Dache, blieb der Ballon dann liegen. Hilfsbereite Personen waren sofort zur Stelle, auch die Wilmersdorfer Feuerwehr unter Leitung ihres Brandinspektors Damesl war schnell zur Stelle und half bei der Vergung des Ballons. Der Führer, Mr. Forbes, war mit dem Schreden davon gekommen. Nach der Ursache des Unfalls befragt, meinte er, die Ballonhülle müsse auf dem Transport oder bei der Füllung einen kleinen Riß bekommen haben, der sich dann beim Aufstieg schnell erweitert habe.

Gestern fand die Dauerfahrt statt, zu der 38 Ballons gemeldet waren. Während die Sonnabendfahrt eine Zielfahrt war und die Sonntagsfahrten als Weitzfahrten gedacht sind, ist bei der Dauerfahrt derjenige Ballon Sieger, der sich am längsten in der Luft hält, ganz gleich, wo die Landung erfolgt.

Zu der Dauerfahrt am Montag starteten die Ballons in vier Klassen, in die sie je nach ihrer Größe eingeteilt waren. (800 bis 2000 Kubikmeter Inhalt.) Es herrschte Südostwind, der sich später mehr nach Osten drehte. Von den 38 gemeldeten Ballons starteten 32; die Ballons 22, 23, 33, 51, 52 und 41 fielen aus. Die Ballons kamen glatt ab und zogen in nordwestlicher Richtung davon. Der Start erlitt dadurch Verzögerung, daß die Ballons, da die Zahl der Gasdröhen nicht ausreichte, in zwei Raten gefüllt werden mußten. Der Start dauerte von 3-3 1/2 Uhr. Vor Antritt der Fahrt wurde den Führern der Luftschiffe mitgeteilt, daß sich eine deutsche Torpedobootsflottille zur eventuellen Hilfeleistung im Kanal befindet.

Die Redaktionschefs erhielten wir noch folgende Depeschen:

Reichendorf (Provinz Sachsen), 12. Oktober. Der Ballon „Montana“ (Spanien) zerbrach heute vormittag 11 Uhr in einer Höhe von zweitausend Metern und landete bei Reichendorf. Die Insassen sind unversehrt.

Solzow (Provinz Brandenburg), 12. Oktober. Der Ballon „Vile de Bruxelles“ landete um 2 Uhr 40 Minuten infolge Beschädigung der Ventile.

Zieth (Regierungsbezirk Magdeburg). Der Ballon „Zephyr“ (England) ist heute nachmittag 1 1/2 Uhr in Schilde bei Zieth gelandet.

Magdeburg, 12. Oktober. In der Zeit von 11 bis 1 1/2 Uhr wurden in Magdeburg im ganzen sechs Ballons gefloht in langsamer Fahrt nach Westen, die jedoch infolge der heißen Sonne nicht erkannt werden konnten. Später drehte der Wind in den höheren Schichten nach Nordwesten, so daß die Ballons die Richtung nach Bremen, Hamburg eingenommen haben dürften.

Ueber die Ergebnisse der Zielfahrt am Sonnabend lagen auch gestern noch keine definitiven Resultate vor. Fest steht nur, daß folgende Ballons die ersten Preise erhalten werden:

- 1. Ballon „Eberfeld“, Führer Paul Medel, 302 Meter vom Ziel, das bekanntlich bei dem Dorfe Schmachtenhagen in der Nähe von Dransburg sich befand, gelandet. 2. Ballon „Schnecke“, Führer Assessor Weisbacher-Rüchen, Landung 304 Meter vom Ziel. 3. Der belgische Ballon „Le Drabant-Ballon“, Führer Lambion, 354 Meter vom Ziel. 4. Der Berliner Ballon „Hobewils“, geführt vom Stabsarzt Dr. Flemming, 428 Meter vom Ziel entfernt. 5. Der Berliner Ballon „Hewald“, Führer Referendar Städer, 500 Meter vom Ziel. 6. Ballon „Mhein“, Führer Hauptmann von Rappab, 608 Meter vom Ziel.

Töblicher Absturz aus dem vierten Stockwerk. Vor den Augen der Mutter ist gestern das vierjährige Söhnchen des Klempners Merle, Dörflingstraße 34, tödlich verunglückt. Während die Mutter in der Wohnstube an der Nähmaschine arbeitete, kletterte der Kleine auf das Fensterbrett, um dem Spiel der Kinder auf dem Hofe zuzusehen. Er bog sich dabei etwas zu weit vor, verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte kopfüber vor den Augen der entsetzten Mutter in den Hof hinab. Mit geschmetterten Gliedern blieb der Knabe auf dem Pflaster liegen. Sterbend wurde er nach dem städtischen Kinderkrankenhaus in der Reinickendorfer Straße gebracht.

Eine Revolvergeschichte. Bei der ein junges Mädchen schwer verletzt wurde, rief gestern nachmittag in der Uckerstraße große Aufregung hervor. In dem Restaurant von Heinrich Volbrüggen an der Ecke der Ucker- und Liniensstraße erschien zur Kaffezeit ein angekleideter Mann von mittlerer Statur und verlangte ein Glas Bier. Nachdem er etwa eine Viertelstunde im Lokal war, zog er plötzlich ohne jede Veranlassung einen Revolver aus der Tasche und richtete ihn gegen die Schwiegertochter des Wirtes, die in den Nachmittagstunden das Geschäft mit dem Dienstmädchen zusammen versteht. Der Fremde feuerte kurz hintereinander fünf Schüsse ab, einer derselben traf das Dienstmädchen Hedwig Grundmann und verletzte es schwer. Die übrigen Angeln gingen fehl und blieben in den Wänden und Wänden hängen. Auf die Hysterie stürzten von allen Seiten Strahnpantasten herbei, die nun dem Attentäter zu Leibe gingen. Mehrere Schaulustige nahmen den anscheinend irrsinnig gewordenen Mann fest

und schafften ihn nach der Reibelpolizei, während das schwerverletzte Dienstmädchen nach dem nächsten Krankenhause transportiert wurde. Die Personalien des Mannes sind noch nicht festgestellt.

In Gegenwart zahlreicher Zuschauer erschoss sich am Sonntag in Ziegel ein unbekannter Mann. Er hatte dortselbst in einem Lokal gewohnt und eine ziemlich hohe Beche gemacht und verließ dann für wenige Augenblicke den Gastraum und begab sich nach dem Garten, wo er plötzlich einen Revolver aus der Tasche hervorholte und die Waffe gegen den Kopf richtend, sich eine Kugel in die rechte Schläfe jagte. Der Tod trat augenblicklich ein. Der Verstorbene ist etwa 30 bis 35 Jahre alt, blond und war bekleidet mit einem braunen, karierten Anzug, schwarzem steifen Filzhut und schwarzen Schuhen. Bei ihm wurde ein Taschentuch gefunden, welches E. R. gezeichnet ist. Geld oder Wertgegenstände der Selbstmörder, dessen Leiche nach dem Tegeler Kirchhofe gebracht wurde, nicht.

Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte die Feuerwehr gestern früh in der Lindenstraße 38, Ecke der Dranienstraße. Bei den Abbläsungsarbeiten, die mit zwei Schlauchleitungen erfolgten, verunglückten leider zwei Personen. Die beiden Feuerwehrmänner Cronwald und Döpper wurden von Stachelfammen erfaßt und erlitten schmerzhaft Brandwunden im Gesicht und an den Händen. Cronwald mußte die Hilfe der nächsten Unfallstation in Anspruch nehmen.

Ein brennender „Kientopp“ verursachte Sonnabendmorgen in Noabit große Aufregung. Auf einem Kummelplatz in der Reußelstraße 44 fuhren zwei Personen mit einem Kinematographentheater aufgebaut, und diese Vorstellungen erfreuten sich namentlich an den Sonntagen eines lebhaften Zuspruchs der Jugend. Kurz vor Beginn der Vorstellung geriet nun die von einem Motor betriebene Orgel des „Kientopp“ in Brand. In wenigen Minuten stand der Zuschauerraum und das Feldhaus in Flammen und eine angrenzende Bude sowie das Karussell waren stark gefährdet. Als Brandmeister Hammer mit dem Löschzuge aus der Turmstraße am Brandort erschien, war von dem Theater nichts mehr zu retten. Er ließ sofort zwei Rohre in Tätigkeit treten und lokalisierte dadurch das Feuer. Von der Feuerwehr wird die Entstehung des Brandes dem Motor zugeschrieben, während der Besitzer behauptet, daß hier ein Raucher gegen ihn verübt worden sei.

Bei dem am Sonntag bei Keller, Koppenstraße, vom 4. Wahlkreis abgehaltenen Vergnügen ist ein Portemonnaie verloren gegangen. Der Finder wird um Abgabe ersucht im Bureau des Wahlvereins Stralauer Platz 1/2.

Der frühere Gemeindevorsteher von Pankow, Gottschalk, hat sich gestern auf der Senfbrüder Mühle bei Oberwalde mit einem Jagdgewehr erschossen. Gründe werden nicht mitgeteilt.

Herr Karl Wötcher protestiert in einem an und gerichteten Schreiben gegen das Urteil unseres Theaterkritikers über sein Schauspiel „Freiheit“. Er wünscht lebhaft, daß ihm der Anspruch auf den „Respekt vor seiner Überzeugung unter allen Umständen“ gewährt bleibe. An Herrn Wötchers „Überzeugung“, ganz gleich, welche er zu vertreten meint, ist in der Kritik nicht geweltet worden; ebenso wenig werden des Autors private Sympathien für die Arbeiterschaft bestritten; sie sind ja an sich achtungswert, und wenn er sie noch extra durch politische Einzugsstücke dokumentieren zu sollen glaubt, so ist dagegen nichts einzuwenden. Etwas anderes würde es sein, wollte sich ein Autor Verdienlichkeit zusprechen, nur weil er politisch „brant“. Wir vermögen weder darin, daß Herrn Wötchers Schauspiel „Ausgewiesen“ seit Jahren, wie er uns schreibt, sich „der liebevollen Verfolgung der Polizei“ erfreut, noch auch in seinem neuesten Opus ein Martyrium oder ein Verdienst um die Arbeiterschaft zu erblicken. „Ausgewiesen“ hat ebenso wenig mit dem Sozialismus zu tun wie das Schauspiel „Freiheit“. Unsere sozialdemokratische Arbeiterschaft ist über solche Kleinbürgerlichen Horizonte längst hinausgewachsen. Ihr wird mit höchsten politischen Tendenzstücken kein Gefallen getan. Insofern verkennt der Herr Autor den sozialistischen Geist unserer Arbeiterschaft. Sie ist durch Vorträge aller Art, wie auch durch wirkliche Kundgebungen, wie solche von Seiten des Vereines „Freie Volksbühne“ und durch sonstige Veranstaltungen angestrebt werden, geschult genug, um das Gute vom weniger Guten sehr wohl zu unterscheiden. Sie muß sich um Recht und Recht gegen Theaterstücke ablehnen verhalten, die im Grunde nur all zu bekannte politische Zeitvorgänge in dramatischer Form widerspiegeln. Die Kritik über das Schauspiel „Freiheit“ verliert kein abbrechendes Wort über Herrn Wötchers persönliche „Überzeugung“. Sie wendet sich nur gegen einen gewissen „Talmi-Sozialismus“ und gegen die „Talmi-Kunst“, wie solches beides in diesem Tendenzstück wieder in die Erscheinung tritt. Der Kritiker würde ebenso auch gegen das Drama eines parteigenössischen Schriftstellers Einwendungen machen, wenn darin das künstlerische Element unter der tendenziösen Maske stünde; denn auch mit der echten „Überzeugung“ allein wird noch kein einwandfreies Kunstwerk zustande gebracht!

Radrennen zu Treptow Sonntag, 11. Oktober. Die Treptower Schläfrerren verliefen in bester Weise. Der beliebte Direktor, Herr Wille, der seit einigen Wochen einer Operation wegen in ärztlicher Behandlung und tags zuvor aus der Klinik entlassen war, leitete die Rennen wieder selbst. Der Besuch war ein guter. Das 40 Kilometer-Rennen mit Motorführung (800, 200, 150, 100 M.) gewann Hugo Pryhrembel in 33 Min. 19 1/2 Sek. vor George (1565 Meter), Wolf (2520 Meter) und Schröpel (3490 Meter). Pryhrembel war von Beginn an erster, und die Reihenfolge blieb fast unverändert. Schröpel war, an dritter Stelle liegend, beim 27. Kilometer zu Fall gekommen, erlitt aber nur Hautabschürfungen und konnte das Rennen fortsetzen. — Im 20 Kilometer-Rennen mit Motorführung (100, 75, 50 M.) siegte Wolf vor Weber (1085 Meter), Schröpel (1975 Meter) und Marx (2590 Meter). Wolf führte durchweg; Schröpel und Marx waren infolge von Motordefekten zurückgeblieben. Schröpel, der sein erstes Rennen bestritt, fuhr ganz adäquat. — Zwei Pfliegerrennen verabschiedeten das Programm. Das Vorgabefahren über 1200 Meter (40, 25, 15, 10 M.) gewann Frinck (70 Meter Vorgabe) vor Rottmick (80), Wierk (80) und Nicolajski (80). — Rabe als Walmann war im Vorlauf ausgeschieden. — Das Trostfahren über 900 Meter (20, 10, 5, 5 M.) holte sich Rabe vor Sterka, Hellemann, Schmittchen und W. Treib.

Orgelkonzert. In der Marien-Kirche veranstaltet der sog. Musikdirektor Bern. Jergang am nächsten Mittwoch das nächste Orgelkonzert abends 7 1/2 Uhr unter Mitwirkung von Fräulein Alice Hauße (Sopran), Herrn Carl Macké (Bariton) und Fräulein Elisabeth Weller (Sopran). U. a. Kantate und Hüge über Bach von Fr. Liszt. Der Eintritt ist frei! Programm mit Text 10 Pfennig.

## Vorort-Nachrichten.

### Ein Erholungsheim der Ortsklassen im Westen Berlins.

Die Ortskrankenkassen der Vororte Wilmsdorf, Friedenau, Steglitz, Zehlendorf, Tempelhof, Mariendorf, Lützow, Schmarzendorf, Grunewald, Dahlem und Groß-Lichterfelde sind zurzeit mit dem Plan eines Erholungsheims für erholungsbedürftige Klassenmitglieder beschäftigt. Dem Uebelstand, daß solche Mitglieder jetzt beim Bedarf von Landaufenthalts vielfach Verwannte an kleinen Orten aufsuchen und dort unter denselben kümmerlichen Leben wie daheim, haben bekanntlich schon mehrere Ortsklassen zu begegnen gesucht. Die Vorstände der erwähnten Vorortklassen sind bei ihren Berechnungen der Dresdener Ortskrankenkasse gefolgt, die auf der Wettiner Höhe bei Köpchenbroda eine Anstalt erbaut hat, welche sich allgemeiner Anerkennung erfreut. Für die 40 000 Mitglieder, welche die Klassen der elf Vororte insgesamt zählen, würde

nach dem Vorschlag ein Heim mit 64 Betten in Betracht kommen. Die Kosten für Bau und Einrichtung des Instituts sind auf 180 000 M. berechnet worden; an Zinsen und für Unterhaltung des Erholungsheims wären 20 850 M. oder pro Pflanzling täglich 90 Pf. aufzubringen, wozu noch die Kosten für die Verpflegung kämen, die man auf 1,85 M. pro Person und Tag bemessen hat.

In einer Konferenz am 9. Oktober kamen die Vorstände der interessierten Klassen dahin überein, daß mit den Vorarbeiten für die Errichtung des Erholungsheims unverzüglich begonnen werden soll; es wurde zu diesem Zweck die Gründung einer Kommission beschlossen, in die jede Klasse zwei Delegierte, nämlich einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer zu entsenden hat.

Wemert sei noch, daß Lungentranke und sonstige Schwerverranke, die für die Heilstätten der Landesversicherungsanstalt in Betracht kommen, in das Erholungsheim nicht aufgenommen werden.

Man hofft, daß auch die Aufsichtsbehörden die Nützlichkeit des Projekts erkennen und alles tun werden, um zum Besten der Versicherten dessen Zustandekommen zu fördern.

### Charlottenburg.

„Gesunde Wohnungen für die minderbemittelten Klassen zu schaffen ist für die modernen Gemeinden eine Aufgabe von grundsätzlicher Bedeutung.“ So schrieb der Charlottenburger Oberbürgermeister in einem Artikel über das „Königsberger“, den die „Königsberger Zeitung“ in einer Feuilletonnummer zur Jahreshunderfeier der preussischen Städteordnung wiedergab. Dieses Jugenderlebnis, das uns Herr Schusselhaus in einem augenwärtigen Blatte macht, freut und ungemein. Eröffnet es doch die Aussicht, daß die auch in dieser Beziehung so oft geäußerten Wünsche und die wiederholt gestellten Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordneten doch noch einmal einen Erfolg zeitigen werden. Wie oft beantragten unserer Vertreter, die Stadt solle ein Wohnungsamt, eine Wohnungsinspektion errichten, sie solle die Baupolizei übernehmen und den Bau von kleinen Mietwohnungen selbst in die Hand nehmen. Immer wurden diese Anträge abgelehnt, in ihrer Ausführung verschleppt oder als nicht erfüllbar bezeichnet. Freilich, man hat eine Deputation zur weiteren Verfolgung dieser Fragen eingeleitet. Aber was hat diese Deputation, die seit dem Jahre 1900 besteht, getan? Sie ist einmal, vielleicht auch zweimal zusammengesessen, um — für einige private Baugesellschaften Subventionen zu bewilligen. So sah es bisher in Charlottenburg mit der Erfüllung dieser Aufgabe von grundsätzlicher Bedeutung aus. Es ist geradezu beschämend für eine Stadt wie Charlottenburg, eine solche Frage durch die Weigerung von privaten Baugesellschaften und Vereinen sich lösen zu lassen. — Aber vielleicht wird es nun anders, da der Oberbürgermeister durch seine Ausführungen in dem Königsberger Blatt die Stadt in dieser Beziehung noch eifriger verpflichtet hat. Wir sagen vielleicht. Denn ganz so glatt und schnell, wie wir es hoffen, wird es wohl auch künftig nicht gehen und es wird noch manches Elend aus den schlechten Wohnungsverhältnissen geboren werden, ehe in Charlottenburg die ersten städtischen Mietshäuser gebaut werden. Dafür werden schon die Herren Hausbesitzer in der Stadtverordnetenversammlung sorgen, die ihr Vorrecht, die Hälfte der Stadtverordnetenentscheidungen zu können, nicht ungenutzt bestehen lassen.

Um so notwendiger aber ist es, den Einfluß der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu stärken. Das mögen auch die Wähler im 5. und 8. Bezirk am Montag, den 19. Oktober, wohl bedenken.

Eine schwere Enttäuschung bedeutet die Vorlage betreffend Abänderung der Bestimmungen über die Gewährung von Ruhe-, Witwen- und Waisengeld für städtische Bedienstete ohne Beamten-eigenschaft einschließlich der Arbeiter, mit der sich die Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch beschäftigt wird. Bei der Erörterung hatte der Bürgermeister eine Reihe von Vorschlägen in Aussicht gestellt, die den städtischen Angestellten tatsächliche Vorteile gebracht hätten; so eine Herabsetzung des Ruhegeldalters von 25 auf 18 Jahre, eine Doppelberechnung der Kriegsdienstzeit, eine Herabsetzung mit erreichtem 65. Lebensjahre ohne Ersparnis des Ruhegeldes der Dienstjahrszahl, eine anderweitige Berechnung der Unterbrechungszeiten, eine Verringerung der Abrechnung der Invaliden- und Unfallrente, die Gewährung eines Gnadenquartals bei Todesfällen, die Erhöhung des Waisengeldes von 250 auf 300 Mark und schließlich die Gewährung eines Rechtsanspruchs. Von alledem empfiehlt die neue Vorlage so gut wie nichts, sie beschränkt sich, soweit städtische Arbeiter und Angestellte in Betracht kommen, darauf, die Voraussetzungen der Gewährung des Ruhegeldes an eine mindestens zehnjährige ununterbrochene Beschäftigung im städtischen Dienst nach vollendetem 17. (bisher 18.) Lebensjahre zu knüpfen, den Ruhegeld auf 2/30 statt bisher 1/30 nach vollendetem zehnten Dienstjahre zu bemessen (was in Berlin schon längst eingeführt ist), das Waisengeld von mindestens 250 auf mindestens 300 M. zu erhöhen, statt des Gnadenquartals ein Gnadenquartal einzuführen und den Änderungen rückwirkende Kraft vom 1. April 1907 ab zu geben. Die gleichen Änderungen sollen für Feuerwehrcorps und für die städtischen Schwestern getroffen werden.

Eine gründliche Reform glaubt der Magistrat mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte reichsgesetzliche Regelung der Witwen- und Waisenernährung, die reichsgesetzliche Regelung der Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für Privatangestellte und die Reform der Invalidenversicherung in Verbindung mit der Reform der Krankenversicherung nicht vornehmen zu können. Das nennt man Sozialpolitik des Charlottenburger Magistrats, der im Rufe einer sozial vorgeschrittenen Behörde steht! Wie mag es da erst in anderen Gemeinden aussehen!

### Schöneberg.

In der Generalversammlung der hiesigen Zofstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes wurde im ersten Punkt der Tagesordnung der Klassenbericht vom dritten Quartal gegeben. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse betragen 2192,74 M., die der Lokalasse 5409,17 M. Es befindet sich am Orte ein Verbestand von 4480,88 M. An Arbeitslosenunterstützung wurden durch die Hauptkasse 887,67 M., durch die Lokalasse 880,84 M. bezahlt. An Krankenunterstützung bezahlte die Hauptkasse 298,70 M., die Lokalasse 159,30 M. An Erziehungsbeiträgen gingen im Quartal 122,75 M. ein. — Hierauf hielt Genosse Müller einen Vortrag über: „Einige Kapitel aus der Entwicklungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften“. In seinem Vortrage kennzeichnet der Referent unter lebhaftem Beifall die Streikrechtlichkeit der christlichen Organisationen. Sodann gab der Vorsitzende das von der Zofstelle Berlin geplante Regulatorium bekannt. In der Debatte sprachen sich eine Reihe der Redner für den Anschluß an Berlin aus, während von anderer Seite davon abgeraten wurde.

### Lichtenberg.

Mit einigen Vorschlägen, die das Interesse weiterer Kreise der Bevölkerung betreffen, hat sich die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu beschäftigen. So steht unter anderem ein Antrag unserer Genossen auf Ausdehnung der Krankenversicherung auf die in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter auf der Tagesordnung; ferner kommt zur Verhandlung die Vorlage eines Entwurfs über die Wertzuwachssteuer. Maßnahmen gegen die herrschende Arbeitslosigkeit verlangt eine Interpellation unserer Genossen. Der kommende Winter macht mit seiner zu erwartenden erhöhten Arbeitslosigkeit eine umfassende Inangriffnahme von Notstandarbeiten erforderlich. Geplant werden die zahlreichen Arbeitslosen sein, wieviel die bürgerliche Mehrheit der Versammlung den im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu fordernden Notstandarbeiten gerecht wird.

### Steglitz.

In unserer Mitgliederversammlung am Mittwoch referierte Genosse Heinrich Schulz über den Nürnberger Parteitag. Eng an-

schließend an sein Referat in Nidort gab Redner den Bericht und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Budgetfrage. Die nachfolgende Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft. Genosse Leimbach hielt getreu seinem Standpunkt in voriger Versammlung die ganze Budgetfrage für eine taktische und für äußerst nebensächliche. Genosse Woz legte dar, wozu der Weg führe, wenn dem Versuch der 88 nicht energisch entgegengetreten werde. Die bisher vernachlässigte theoretische Aufklärung sei schuld, daß noch nicht völlige Klarheit unter allen Genossen über den prinzipiellen Klassenkampfstandpunkt herrsche. Sein Schlußsatz: „Bis hierher und nicht weiter“ fand lebhafteste Zustimmung. In der weiteren Diskussion fanden auch die Fälle Schippel und neuerdings Calwer scharfe Beurteilung.

Folgende Resolution fand gegen eine Stimme Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den in Nürnberg gefassten Beschlüssen einverstanden. Insbesondere hält sie die Budgetbewilligung für eine Frage des Prinzips und erwartet von allen Parteigenossen ohne Ausnahme, daß sie sich dem hierin gefassten Beschlüsse unterordnen. Es ist dies unbedingt notwendig, um die Partei in ihrem einheitlichen Vorgehen im Kampfe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung nicht zu lähmen. Die Versammlung erwartet aber auch, daß in Zukunft von der Parteileitung alle zu Gebote stehenden Mittel mit Energie angewendet werden, um den Parteitagbeschlüssen Geltung zu verschaffen.“

Bei der Abrechnung vom 8. Quartal wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Das Volksgeld vom 18. August hat einen Ueberschuß von 348 M. ergeben. Das Mitglied Steinick wurde einstimmig ausgeschlossen, da er bei der Landtagwahl sich der Stimme unter nichtigen Gründen enthalten hatte. Zur Verminderung der Fluktuation und zur Ermunterung bzw. Besseren Aufklärung der neuen Mitglieder wurde eine achtstellige Kommission gewählt. 60 M. wurden dann noch für die Bibliothek bewilligt.

### Wip-Dorf.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Bericht des Vorstandes vom Vierteljahr Juli bis September entgegen. Danach wurden in diesem Zeitraum 53 Mitglieder, darunter 35 Frauen aufgenommen. 30 Mitglieder kamen zur Abmeldung. Am 1. Oktober waren im Wahlverein 309 Genossen organisiert. Die Einnahme stellte sich auf 800,00 M., die Ausgabe auf 77,03 M. An die Hauptkasse wurden 200,40 M. abgeliefert. Hierauf gab Genosse Groger den Bericht vom Nürnberger Parteitag. Redner beleuchtete ausführlich die einzelnen Punkte der Tagesordnung. In der Diskussion, die sich bis 1 Uhr nachts hinzog, bedauerte Genosse Friedrich, daß in der Kaiserfrage kein definitiver Beschluß gefaßt worden ist. Er hätte gewünscht, daß alle Genossen, die den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begeben können, verpflichtet würden, die Hälfte des Arbeitsverdienstes zu opfern, um so einen Fonds zur Unterstützung der Genossen zu schaffen. Auch die Genossen Schindler und Raay bemängelten den Kaiserbeschlusse. Genosse Schindler hält die von Eisner und Mauerndreher geäußerten Auffassungen über Bildungsfragen für die richtigen. Ebenso hätte er lieber gesehen, wenn die Resolution Frohne angenommen worden wäre. Diefelbe Auffassung vertreten die Genossen Baumgarten und Raay. Genosse Ernst bedauerte den vom „Vordwärts“ angeschlagenen Ton, der den Lesern die Polemiken verleiden könnte. Eine Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärte, wurde abgelehnt.

### Friedrichshagen.

Das Gewerkschaftsforum veranstaltet am Donnerstag, den 15. d. M., in Verleses Bürgerläden einen Vortragsabend. Im Reich der schwarzen Diamanten vom Genossen Otto Roth. Der Besuch dieses hochinteressanten Vortrages, der erst kürzlich in der Arbeiter-Bildungsschule mit großem Erfolg gehalten wurde, kann den Genossen und Genossinnen nicht warm genug empfohlen werden. Wir bitten, sich baldigst mit Billetts zu versehen, da nur soviel ausgegeben werden, wie Plätze vorhanden sind. Billetts à 20 Pf. sind in den bekannten Bezirkslokals sowie bei Verleses (Mundteil) zu haben.

### Wilhelmsruh.

In einer leider nicht sehr stark besuchten Mitgliederversammlung gab Genosse Grauer-Richtenberg den Bericht vom Nürnberger Parteitag. Redner behandelte in seinem zweistündigen Vortrag ganz ausführlich die einzelnen Tagesordnungspunkte und beschäftigte sich ausführlich mit der Frage der Budgetbewilligung. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heute tagende Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Wilhelmsruh erklärt sich mit der Resolution des Parteivorstandes einverstanden und hofft, daß die süddeutschen Parteigenossen sich den Beschlüssen des Parteitages fügen werden. Die Versammlung spricht aber auch die Verwunderung aus, daß die Parteimitgliedschaft eine Proskription wie die des Genossen Calwer so ruhig entgegennimmt. Die Versammlung erwartet, daß der Genosse Calwer sich nun auch wirklich außerhalb der Partei stellen wird.

### Berlin.

Bericht vom Parteitag in Nürnberg und die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Hamburg, lautet die Tagesordnung der Versammlung, welche der Wahlverein in Verbindung mit dem Gewerkschaftsforum einberufen hat. Genosse Düwelle, welcher diesen Bericht erstattete, hob besonders hervor, auf welchem hohen Niveau sich die Debatten auf dem Parteitag bewegten. Punkt für Punkt beleuchtete der Referent die Verhandlungen. Die Versammlung behandelte durch die häufigen Zustimmungsfundebungen, daß sie durchaus mit den Ausführungen einverstanden war. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammelten erklären sich mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages vollkommen einverstanden. Sie erwarten, daß alle in Betracht kommenden Organisationen die gefassten Beschlüsse als bindend ansehen und im Sinne dieser Beschlüsse handeln.“

## Gerichts-Zeitung.

2 mal 2 gleich 5?

Während das alte preussische Vereinsgesetz auch die Teilnahme an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge für strafwürdig erachtete, bestimmt § 19 Ziffer 1 des Reichsvereinsgesetzes: „Mit Strafe bis zu 300 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft tritt, oder mit Haft wird bestraft, wer eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug ohne die vorgeschriebene Anzeige oder Genehmigung (§§ 7, 9) veranstaltet oder leitet.“ Also nur die Veranstalter und Leiter sind hiernach strafbar. Nach Meinung der Oberstaatsanwaltschaft am Kammergericht in Berlin sollen aber auch unter dem neuen Recht die Teilnehmer weiter strafbar sein, und zwar deshalb, weil alle Teilnehmer als die Veranstalter im Sinne des Reichsvereinsgesetzes anzusehen wären. Allen Ernstes wurde dieser Standpunkt, der den Grundsat 2 mal 2 gleich 5 auf das Reichsvereinsgesetz zu übertragen sucht, in einem Strafverfahren wider Zahemann, Neumann und fünf weitere Genossen vertreten. Allerdings ohne Erfolg.

Es handelte sich um einen der Prozesse aus Anlaß der großen Wahlrechtsdemonstration am 12. Januar. In Torgelow (Reg.-Bez. Stettin) fand am Sonntag, den 12. Januar, eine sozialdemokratische Wahlerversammlung statt. Um 9 Uhr kam der Referent, Stadtordnener Kunze aus Stettin, mit der Bahn in T. an, begab sich aber nicht direkt nach dem Kaufmanns Verfallungsbüro, sondern nach dem am entgegengesetzten Ende des Ortes gelegenen Lokal von Koppeln. Dort fanden sich nach und nach aus allen Ortsteilen 80 bis 100 Personen ein. Diese begaben sich dann zu zwei und drei oder drei und vier in regelmäßigen Abständen durch verschiedene Straßen nach dem Lokal von Koppeln, wo die Versammlung stattfand. Der Gemeindevorsteher ließ den Zug an sich vorbeiziehen. Er erkannte die Angeklagten unter den Teilnehmern und erstattete Anzeige. Das Landgericht Stettin verurteilte sie auf

Grund des Preussischen Vereinsgesetzes wegen Teilnahme an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge, obwohl das Reichsvereinsgesetz an dem Tage bereits in Kraft war. Ein öffentlicher Aufzug, der der Genehmigung bedürftig hätte, liegt vor. Der Zug habe sich deutlich von anderen Spaziergängergruppen abgehoben, und die Leute hätten sich in einer Weise über die Straße bewegt, die die Aufmerksamkeit des Publikums erregte und geeignet gewesen sei, die öffentliche Ordnung, insbesondere den Verkehr zu stören. Zweifellos hätte ein bestimmter Plan vorgelegen, denn selbst Teilnehmer, die nicht neben dem Versammlungsort wohnten, wären erst zu Gruppen gegangen. Zudem falle der Vorgang auf denselben Tag, wo auch in anderen Orten sozialdemokratische Umzüge zum Zweck der Demonstration stattgefunden hätten.

Die Angeklagten legten Revision ein und rügten Verletzung des Begriffs „öffentlicher Aufzug“.

Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft am Kammergericht meinte, allerdings sei das neue Reichsvereinsgesetz zu berücksichtigen, weil es schon in Kraft gewesen sei, als das Landgericht urteilte. In diesem sei als strafbar nur noch der Leiter und Veranstalter genannt. Es müsse aber angenommen werden, daß das Reichsgesetz die Teilnahme an einem Aufzuge bestrafe, wenn, so daß immer noch jeder Teilnehmer strafbar sei. Man sage doch: 50 bis 100 Personen veranstalteten heute einen Aufzug.

Der 2. Strafsenat des Kammergerichts hob am Freitag die Vorentscheidung auf und sprach die Angeklagten frei. Er führte aus: Anzuwenden sei das Reichsvereinsgesetz. Das bestrafe aber, entgegen der Ansicht der Staatsanwaltschaft, die bloße Teilnahme an solchem Aufzuge nicht mehr, sondern nur Veranstalter und Leiter. Aus den Materialien zum Gesetz sei ganz deutlich zu ersehen, daß mit Veranstalter nicht etwa die einzelnen Teilnehmer gemeint seien, sondern daß die bloße Teilnahme nicht mehr bestraft werden solle. Die Angeklagten, als bloße Teilnehmer des Aufzuges, müßten auf Grund des Reichsvereinsgesetzes freigesprochen werden.

### Jum Schöneberger Frauenmord.

Der Händler Hermann Wagner, der wie mitgeteilt, wegen Totschlags an der Prostituierten Emma Stanina von dem Schwurgericht des Landgerichts II zu 10 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, und der bis zum Schluß der Verhandlung seine Unschuld beteuerte, ließ sich gestern dem Gerichtsschreiber vorführen und erklärte, daß er die Revision zurückziehen und die Strafe anerkennen wolle. Er ist deshalb sofort nach dem Zuchthaus in der Lehrtor Straße übergeführt worden.

Durch einen tollkühnen Sprung aus dem Fenster beschaffte sich gestern ein Untersuchungsgefangener die Freiheit. Der angeklagte Anschläger Andreas Rischewsky war kürzlich von der Kriminalpolizei unter dem Verdacht festgenommen worden, an mehreren schweren Einbruchsdiebstählen beteiligt zu sein. Der Beschuldigte stellte jede Beteiligung in Abrede, obwohl seine Komplizen ihn „verpiffen“ (verraten) hatten. Gestern sollte nun vor dem Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Roth eine Gegenüberstellung des Angeklagten mit seinen Komplizen herbeigeführt werden. Rischewsky wurde zu diesem Zwecke aus dem Untersuchungsgefängnis in das Zimmer des Untersuchungsrichters geschafft. Als ihm seine Komplizen hier seine Mittäterschaft auf den Kopf zusagten, hatte der Angeklagte mit raschem Blick die Entfernung zwischen seinem Standpunkt und dem zufällig offenen Fenster gemessen. Mit einem gewaltigen Satz sprang er plötzlich auf das Fensterbrett. Ehe sich jemand von dem Schrecken erholen konnte, hatte er schon den gefährlichen Sprung in die Tiefe gewagt. Trotzdem der Hof asphaltiert ist, kam der Flüchtling un-

verletzt unten an. Bevor die Beamten alarmiert werden konnten, hatte der Flüchtling sich in aller Eile orientiert und war durch die Altkanalsgasse über einen zweiten Hof nach der Ausfahrt in der Wilhelmsdamm Straße gelangt, wo er spurlos verschwand. Da man annahm, daß der Flüchtling sich noch im Kriminalgebäude aufhalte, wurden sämtliche Ausgänge besetzt. Erst nach geraumer Zeit erkannte man, daß diese Bemühung vergeblich war, denn der Entsprungene hatte sich längst aus dem Staube gemacht.

Ein beleidigter Staatskassendirektor. Eine nette Illustration zu den in den hamburgischen Staatsbetrieben herrschenden Zuständen bietet eine Verhandlung gegen den Vorsitzenden des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes in Hamburg, Genossen Schoenberg, der sich der Verleumdung des Staatskassendirektors Winter schuldig gemacht haben soll. Zu der Verhandlung, die am Sonnabend und Montag vor der Strafkammer IV des Landgerichts Hamburg stattfand, war ein umfangreicher Zeugenapparat aufgestellt. Der Oberstaatsanwalt war in höchstehender Person zur Vertretung der Anklage erschienen, wohl der beste Beweis für deren „Schwere“.

Im vorigen Jahre wurden die drei als Lohnkommission fungierenden Staatsarbeiter entlassen, weil sie eine Eingabe wegen Lohnaufschlags eingereicht hatten, wozu sie der Kassendirektor nicht für legitimiert achtete. Diese etwas saarabisch klingende Entlassung rügte Schoenberg in einer Versammlung der Staats- und Gemeindearbeiter, deren Tagesordnung lautete: „Staatskassendirektor Winter am Pranger“. Er gebrauchte einige scharfe, das System am Staatskassendirektor bedauernden, wodurch sich der Direktor beleidigt fühlte. Die Entlassung der Lohnkommission wurde auch von sozialdemokratischer Seite in der Bürgerchaft zur Sprache gebracht, aber die vorgelegte Behörde hielt die Hand über den schneidigen Direktor. Dieser erklärte als Zeuge ganz kühl, die Unterzeichner der Eingabe seien entlassen worden, weil er der Ansicht war, daß diese nur agitatorischen Zwecken dienen sollte, und ein Vergehen gegen die Dienstordnung dürfte er nicht dulden! Er habe den Entlassenen auch gesagt, daß der Grund der Entlassung die Maßlosigkeit der Ansprüche und der agitatorische Charakter gewesen sei.

Der Antrag lautete auf — 5 (fünf!) Monate, das Urteil: eine Woche Gefängnis.

## Vermischtes.

### Die Cholera.

Die Ziffern der Choleraerkrankungen und Sterbefälle lassen andauernd ein Sinken der Seuche erkennen. Nach den vorliegenden Meldungen sind in Petersburg in den letzten 24 Stunden bis gestern mittag 65 neue Erkrankungen und 24 Todesfälle an Cholera vorgekommen. Die Zahl der Kranken beträgt 1168.

### Vom Schnellzug erschöt.

Nach einer amtlichen Meldung aus Hannover wurden gestern ein Mann und eine Frau, anscheinend dem Arbeiterstande angehörend, mit Fahrkarten III. Klasse Westermünde-Berlin versehen, von dem einlaufenden D-Zug Nr. 5 Köln-Berlin auf dem dortigen Hauptbahnhofe erschöt und sofort getötet. Der Mann ist Mitte der 40er Jahre, hat dunkelbraunes Kopfhair, ist barlos und hatte einen Fettel bei sich mit dem Vermerk „Frau Schöne-mann, Berlin N., Hufschittenstraße 26, rechts Stgl. II.“ Die Frau ist etwa 40 Jahre alt, hat dunkelbraunes, volles Kopfhair und hatte einen Fettel bei sich folgenden Inhalts: „Frau Wilhelmine Springer, Berlin, Barnimstraße 9, vorn II. Etage.“ Nach An-

gabe von Augenzeugen ist die Frau kurz vor dem Zuge auf das Gleis gefallen, der Mann sprang nach, um sie zu retten.

### Beim Wettrennen gestürzt.

Beim Rennen des Westpreussischen Reitervereins stürzte im vierten Rennen der Leutnant Klapp vom Regiment Jäger zu Pferde in Grauberg und erlitt einen schweren Schädelbruch. Er war sofort tot.

Öffentliche Engros-Schlächtergehilfen-Versammlung. Heute abend 8 Uhr im „Elysium“ (großer Saal), Landsberger Allee 40/41: 1. Wo finden die Engros-Schlächtergehilfen Hilfe zur Verbesserung ihrer Lage? Referent: Gewerkschaftssekretär H. Rohs. 2. Die Ablehnung der Forderung der „meistergetreuen“ Geheilenvereine zur Verkrüpfung der Arbeitszeit auf dem Schlachthof und ihre Unmacht als Geheilenvertreter. Referent: Kollege P. Bergmann. — Die Genossen, die mit Engros-Schlächtern zusammenkommen, werden gebeten, auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Amlicher Marktbericht der südlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft regt, Preise für Rind- und Kalbfleisch anziehend, sonst un verändert. Wild: Zufuhr gering, Geschäft regt, Preise befriedigend. Geflügel: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise un verändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, besonders in Klementen, Nekteln und Pfannern, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise kaum behauptet.

### Witterungsbericht vom 12. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. d. Luft in °C	Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. u. d. Luft in °C
Stettin	773.6	1	Rebel	10	Haparanda	753.6	2	Rebel	6		
Stettin	773.6	1	Rebel	6	Petersburg	760.6	2	Rebel	9		
Berlin	773.6	1	wolkig	9	Stettin	763.6	3	Rebel	14		
Frankfurt	770.6	2	Rebel	11	Aberdeen	760.6	3	wolkig	13		
München	770.6	3	Rebel	7	Paris	768.6	3	wolkig	7		
Wien	773.6	3	Rebel	10							

Wetterprognose für Dienstag, den 13. Oktober 1908. Zeitweilig neblig, sonst meist heiter und trocken, am Tage ziemlich warm bei mäßigen südlichen Winden.

### Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand		am 11.10.	am 10.10.	Wasserstand		am 11.10.	am 10.10.
		cm	cm			cm	cm
Demel, Mühl		140	+1	Saale, Großh.		65	-7
Wegel, Unterburg		-20	+1	Qabel, Spandau		34	-4
Wegel, Thom		78	-	Qabel, Rastenburg		22	0
Ober, Rathor		90	-2	Spree, Spremberg		70	0
Kroffen		88	-1	Seehof		64	0
Frankfurt		95	-2	Weser, Minden		-105	-4
Wartl, Schrum		28	-2	Winden		-38	0
Landsberg		18	+1	Rhein, Barmhansau		382	-1
Rege, Borsdamm		-2	0	Rein		169	-9
Elbe, Zeitmerth		-58	0	Rein		158	-8
Drosben		-174	+4	Rein, Weidbrom		27	-2
Barby		40	-2	Rhein, Weidbrom		107	0
Magdeburg		60	-11	Rein, Weidbrom		27	-2

+ bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterdegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, 12. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Königl. Opernhaus.** Der Siegende Holländer.  
**Königl. Schauspielhaus.** Die Jounalisten.  
**Deutsches Königstheater.** Kammerstücke. Frühling des Weibchen. (Anfang 8 Uhr.)  
**Neues ital. Operntheater.** Paragaphen-Schüler.  
**Neues Schauspielhaus.** Das Fräulein in Schwara.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus.** Madame Sans Gène. Lesing. Gelpert.  
**Berliner. Großl. Vorher.** Ein Gelanungsst.  
**Neues. Wahrheit.**  
**Kleines. Lady Frederick.**  
**Komische Oper. Die Land.**  
**Residenz. Das Bild der andern.**  
**Der selige Octave.**  
**Gebdel. Der Weibchen.**  
**Wesken. Ein Salztramm.**  
**Schiller O. (Wagner-Theater.)** Das Stiffungsst.  
**Schiller-Charlottenburg. Julius Gär.**  
**Thalia. Das Witternachtsmädchen.**  
**Wahlspielhaus. Die blaue Mans.**  
**Neues Operetten. Die Dollar-prinzessin.**  
**Trionon. Die Liebe wacht.**  
**Bernhard Hase. Der Paragaph.**  
**Wesken. Helga.**  
**Bürgerl. Schauspielhaus. Der grüne Zweig.**  
**Apollo. Ein Sonntagmorgen in Kurland. Vera Violetta. Spezialitäten.**  
**Metropol. Donnerwetter — tabel-las.**  
**Gebdrer Herrnsfeld. Die beiden Hinkelhänd.**  
**Vakage. Spezialitäten.**  
**Kaffee. Familie August Knoche. Spezialitäten.**  
**Guthab Wehdren. Feine Sache! Ausgezeichnet! Spezialitäten.**  
**Holles-Caprice. Die Krantichau.**  
**Die lästige Witwe.**  
**Wintergarten. Spezialitäten.**  
**Carl Haberland. Spezialitäten.**  
**Reichshallen. Stettiner Sänger.**  
**Walhalla. Spezialitäten.**  
**Urania. Landstraße 18/19.**  
**Abends 8 Uhr: Der Montblanc.**  
**Sternwarte. Invalidenstr. 67/68.**

**8 Uhr Neues Theater 8 Uhr**  
Gastspiel d. sizilianischen Tragödin  
**Mimi Aguglia.**  
Donnerstag, 15. bis Sonntag, den 18. Okt.: Milla (Die Scherke).  
Montag, 19. Oktober: Peccatrice (Die Sünderin).  
Dienstag, 20. Okt.: Cavalleria rusticana und 3. Cardamara.

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**2 mal 2 = 5.**  
Mittwoch: 2 mal 2 = 5.  
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.  
Freitag: 2 mal 2 = 5.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Dienstag, 12. Oktober, Anfang 8 Uhr:  
**Madame Sans Gène.**  
Mittwoch: Wilhelm Tell.  
Donnerstag: Wilhelm Tell.  
Freitag: Wilhelm Tell.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Grotl. Vorh.: Ein Erinnerungsfest.**  
Morgen: Mercadet.  
**Hebbel-Theater.**  
Königsgraber Str. 57/58, Anf. 8 Uhr.  
Heute: Der Liebhaber.  
Morgen zum erstenmal, Anfang 7 1/2 Uhr: Ninon de l'Enclos.

**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Abends 8 Uhr:  
**Das Glück der andern.**  
Lustspiel in drei Akten von Francis de Croisset.  
„Der selige Octave.“  
Freitag, 18. Okt.: Das Glück der andern u. Der selige Octave.  
Sonntag, 18. Okt. zum erstenmal: Kammerspiele um Kurelle.  
Sonntag 3 Uhr: Haben Sie nichts zu verkaufen?

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Mittwoch: Freiheit.  
Donnerstag: Freiheit.  
Freitag: Helga.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Abends: Freiheit.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Blachmann als Erzähler. Ab.: Freiheit.  
Montag: Freiheit.

**Casino-Theater**  
Lofflinger Str. 27. Täglich 8 Uhr.  
Abends 8 Uhr:  
12. Oktober-Programm.  
Glanzvoller Erfolg! Jubelnder Beifall!  
**Familie August Knoche.**  
August Knoche: Dir. Hans Berg.  
Sonntag 4 Uhr: Reizesgasse 24.

**Schiller-Theater.**  
O. (Wagner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Das Stiffungsst.**  
Schwan in 3 Akten von Gustav von Nolte.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Julius Caesar.**  
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Julius Caesar.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Herr Ministerialdirektor.**

**Zirkus Schumann.**  
Heute Dienstag, den 12. Oktober 1908, abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche Vorstellung. II. a.**  
**36 Sie Hassan Ben Ali Original-36**  
Marokkaner.  
9 fliegende Weisen 9 Störers-Reinold Luft-Vollgenre.  
Rowland-Truppe, 6 Personen. Fr. Dora Schumann, phänomenale Vaquettelpränge über schwere Hindernisse. Großer Vogelmast zwischen dem Känguru und Clown Armando. Dr. H. Schumann mit seinen 16 Refruten. Soldatenstücke, urwüchsige Entree der Clowns Tonioff und Seiffert und sämtliche Spezialitäten.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Herr Paragaph.**  
Schauspiel in 3 Akten v. H. Händ.  
Wochentagsrevue.  
Mittwoch: Das Köhchen von Gell-bronn.

**Metropol-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
**Donnerwetter — tabellos!**  
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

**Bürgerliches Schauspielhaus**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Im Abonnement!  
**Der grüne Zweig.**  
Schaup. in 3 Akten von Felix Philipp.  
Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch: Der Hätendelner.  
Donnerstag: Der grüne Zweig.

**Rixdorfer Theater**  
Bergstr. 147  
Mittwoch, den 14. Oktober 1908:  
Zum 2. Male:  
**Der Dieb.**  
Ein Stück in 3 Akten v. Henry Bernheim.  
Anfang 8 Uhr.

**Walhalla-Theater**  
Weinbergsweg 19/20, Rossmh. Tor.  
Abends 8 Uhr:  
Das neue gr. Oktober-Prögr.  
Im Tunnel: Regimentskapelle etc.  
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

**WINTERGARTEN**  
765  
**Neues Programm**  
**Anne Dancrey**  
Schwestern Merkel, Kontorsionist.  
Tortola Valencia, spanische Tänzerin.  
Do Ozo Brothers, Flaschenspringer.  
Die zwölf Tiller Girls, engl. Gesangs- und Tanzgruppe.  
Philliparts, Diabolospieler.  
Die drei Merrills, komische Radfahrer.  
Agust Familie, Jongloure.  
Cliffie Berzac, komischer Dressurakt.  
Emma Francis, Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araberjungen.  
Fuller's Serpentin-Tänzerin.  
Biograph.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Lene Land**  
**Paul Schneider-Duncker**  
und das großartige Oktober-Programm  
**14 neue Variété-Spezialitäten.**

**Parodie-Theater**  
Treddecker Straße 97.  
Heute:  
**Cavalleria-Rustikana** und die urwüchsige Burleske „**Berlin steht Kopf**“.  
Anfang Sonntag, 8. u. Montag, 6 1/2 Uhr.

**XIV. Saison!**  
**Zirkus Busch.**  
Dienstag, den 12. Oktober 1908, abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Vorstellung.**  
Nur noch kurze Zeit. Um 9 Uhr:  
**Mr. Houdini**  
mit seinem (gel. gesch.) Kameraden, **Gebr. Saxons.**  
Herr Karl Reinsch, Schutzeiter.  
Herr Ernst Schumanns Reudress.  
Mathilde Renz, Schutzeiterin.  
Um 9 1/2 ca.:  
**Barbarossa!!**  
Gr. Original-Ausstattungs-Pant. des Zirkus Busch in 6 Bildern.

**Neues Operetten-Theater.**  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Dollarprinzessin.**  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr: Das große Programm.  
Unter anderem:  
**Ein Sonntag-Morgen in Rußland.**  
**Russisches Ballett.**  
Solotänzer! Solotänzerinnen!  
**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Oll. Oranienstr. 16.  
**Kranke Herzen.**  
Schauspiel in 5 Akten.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Ehren- und Vergünstigten gütlich!  
Sonnabend, 17. Oktober Premiere:  
**Der verlorene Sohn.**

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2. Min. v. Hpt. Börse.  
Größtes  
Spezialitäten-Theater Berlins  
3000 Personen fassend! 3000!  
Das wunderbare  
**Oktober-Programm!**  
12 Attraktionen 12  
Unter anderem:  
**Antonie Gates.**  
Billetverkauf von 11 Uhr vorm. ab.  
Preise der Plätze 2, 1.50, 1, 75, 50 Pf.  
Vorzugsarten, halbe Preise, überall gratis zu haben.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Montblanc.**  
Hörspiel 8 Uhr: Prof. Dr. med. Th. Sommerfeld:  
**Gesundheitsgefahren.**

**Passage-Panoptikum.**  
**Letzte Tage!**  
Ohne Extra-Entree.  
**Der Riese**  
aller  
**Riesen Pisjakoff.**  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Fröhels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Dienstag, den 12. Oktober 1908:  
**Der Widerspenstigen Zähmung.**  
Lustspiel in 4 Akten nach W. Shakespeare von Johann Ludwig Deinhardstein.

**Reichshallen-Theater**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
Meyel, Britton, Soldel, Horst, Schröter, Ebersberger, Bühligan, Otto Schröder u. R. Schröder.  
Anf. wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.  
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militärkonzert.

**Gustav Behrens-Theater.**  
Goltzstr. 9.  
**Die kleinen Mädchen von Berlin.**  
Große Ausstattungsoperette.  
Ariette und Esra, die stärkste Dame und ihr Partner.  
Jean Nega, Charaktergemälde.  
Klara Wagner, Soubrette.  
Duskes Vitograph.  
10 Spezialitäten 10.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.  
**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Sobauer Ultramarstr. 1.

**Gebrüder Herrnfeld-**  
**Theater.** Vorverk. 8 Uhr. 11-2 Uhr.  
 57 Kommandantenstr. 57

**Die beiden Bindelbands!!!**  
 Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.  
 Vorher: **Künstlerteil.** u. a.:  
 Madame D'Ormay's Ballettessen-Sextett, Reisers Original-Buare-Ensemble, Saratoff, Russen-Trio, Lona Hanson, Vortrags-Meisterin.

**Königstadt-Kasino.**  
 Dolmarstr. 72.  
 Täglich: Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Um 8 Uhr: Revü: **Mausi sei es!**, Schmitz u. Otto Richter, Franz Sobanski, Cilly Illing, Nante Pohlmann, Eva Wagner, Anita und Stefan Komaromy, Opernballett, D'Aletras, Jongleur-akt. Um 10 Uhr: **Liebesleid und Freud**, Volksstück mit Gesang in 2 Akten.

**Sanssouci,** Kottbusser Straße 6.  
 Direktion Wilhelm Holmer.  
 Heute Dienstag: **Theater-Abend.**  
 Gastsp. d. Borl. Schauspiel-Ensembles.  
**Der Wüstenjäger** Jähmung.  
 Lustspiel von Shakespeare.  
 Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Nord.** Sänger- und Tanztruppen.  
 Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 H.  
 Nächsten Freitag: **Opern-Abend.**

**Leihhaus**  
 Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.  
 Seit 25 Jahren **Prinzenstr. 28**

**Brauerei-Ausstellung**  
 der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin  
 10. bis 18. Oktober  
 Institut für Gärungsgewerbe N. Secitz  
**Brauerei-Maschinen-Ausstellung**  
**Internationale Gersten- u. Hopfen-Ausstellung**  
**Wissenschaftliche Ausstellung**  
**Ausstellung und Verkauf von Arbeitspferden**  
 Vorführung der Pferde täglich 1. Uhr  
 Geöffnet 9-5 Uhr Eintritt 1 Mark  
 Strassenbahnlinien Nr. 23, 24, 25, 26, 29, 31, 39, 42, 68.

**Kochkunst-Ausstellung**  
 Neue Welt, Hasenheide 108/114.  
 Heute Dienstag:  
**Internationale Meisterkonkurrenz für Köche**  
**2000 Mark Barpreise.**  
 Täglich: **Militärkonzert.**  
 Geöffnet von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.  
 Eintrittspreis 1 Mark.

**Grand-Hotel-Festsäle**  
 Am Alexanderplatz. S. Jährlich.  
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
**Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.**  
 Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.  
 Eintritt 30 Pfennig. 2161b\*  
 Vorzugskarten haben wochentags Galtigkeit.

**H. & P. Uder, SO., Engelufer 5**  
 Tabakfabrik und Tabakgroßhandlung.  
 Anerkannt größtes Lager sämtlicher Tabakfabrikate.  
**Zigaretten**  
 in sämtlichen gangbaren Marken.  
**Höchste Rabattsätze.**  
 Verkauf nur an Wiederverkäufer.  
 Telephon Amt 4, 3014.

**Berliner Eis-Palast**  
 Rotherstraße 22/24. — Ständige Eisbahn.  
 Täglich bis 1. Mai 1909 von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich: Großes Konzert.  
 Abends 9 und 10 Uhr: Auftreten erster Kunstläufer und -läuferinnen, u. a. **Broor Meyer** und **Nadja Franck**, preisg. Reiterläufer nur noch 5. Donnerstag inf. Ein Freitag bleibt d. Eispalast weg. d. Wohltätigkeitsfestes v. 6-8 Uhr gef. **Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin.** Für den Inseratenteil verantw.: Th. Hode, Berlin. Druck u. Verlag: Comar's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Sofastoffe**  
 Ricsenauswahl aller Qualitäten.  
 Wolle-Resle! Moquetts. Satteltaschen.  
 Muster b. n. h. Angabe franko.  
 Berlin, Oranienstr. 150.  
**Emil Lefevre,**

**Möbel Schulz**  
 Reichenberger Str. 5.  
 Gediegene Arbeit.  
 Aeußerst billige Preise.  
 Ruch 45012\*  
**Ratenzahlung.**

**Beste Bettenfüllung**  
 sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt dänischen  
**Monopoldaunen**  
 (gerollt, gefüllt) Pfund BR. 2,85.  
 2-4 Pfund gewogen 1 gr. Oberbett.  
 Best. geg. Nachnahme. Verpackung frei.  
**Gustav Lustig**  
 Berlin S. 300 Prinzenstr. 48  
 Gedr. Bettfedern-Spezial-gerollt Deutschlands.

**Bruch-Pollmann**  
 empfiehlt sein Vager in Bruchbandagen, Leibbänden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.  
 Refer. f. Dr. u. Hülfs-Krankenhäusern  
 Berlin N. 21852\*  
**Jetzt Sotheringer Straße 60.**  
 Alle Bruchbänder mit elastischen Götten, angenehm u. weich am Körper.

**Dr. med. A. Kantorowitz**  
 hat seine Praxis wieder aufgenommen.  
 Neugeb. Wohnung: **Schöneberg.**  
 Hauptstr. 24, Ecke Kasernenstraße.  
 Telephon VI, 17 612. 2101b\*

**Reste**  
 Damontuche, Schwarz u. farbig, Kostüm-Stoffe, neueste Muster. Seide, Sammet, Besätze, Futterstoffe, Cheviot-Kammgarn zu Anaben-Anzügen.  
**Konfektion:**  
 Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Kostüme, Kostümröcke.  
**Stets Gelegenheitskäufe!**  
**Paul Karle,**  
 Dorschanerstr. 18. [\*

**Achtung!**  
 Allen Freunden und Gönnern die ergebenste Mitteilung, daß ich **Warschauer Straße 5** ein **Zigarengeschäft** eröffnen habe. Ich werde bestrebt sein, bei reeller Bedienung und mäßiger Preis-lage meine wertigen Stunden zufrieden zu stellen und bitte bei Bedarf um gütigen Zuspruch. 21635  
 Ergebenst **Andreas Petersen.**

**Antimilitarismus u. Hochverrat.**  
 Das Hochverratsurteil gegen Karl Liebknecht nebst einem kritischen Beitrag zur Naturgeschichte der politischen Dummheit. Preis 60 Pf.  
**Expedition des Vorwärts,**  
 Lindenstr. 69. Laden.

**14 Tage auf Probe**  
 berichte a. meine Gelährberalihin **H. Harzer** Kanarien-Vogel (sowie Vogelfutter u. Einsatz-Bauer. Verlangen Sie Preisliste kostenfrei von **L. G. Müller,** Vogelglückerei, Nordhausen 10 a. H.

Ziehung schon 20.-24. Oktober.  
**Rote + Geld-Lotterie**  
 16 870 Geldgewinne  
 Hauptgewinn Mk. **100 000**  
 Loso à M. 3,50 Porto u. Liste 30 Pf. extra.  
**Schiffbau-Geld-Lotterie**  
 Ziehung 29.-31. Oktbr.  
 10 871 Geldgewinne  
 Hauptgewinn Mk. **50 000**  
 Loso à M. 1,20 Porto u. Liste 30 Pf. extra.  
 Porto u. Liste f. beide Lott. 50 Pf.  
**Werner & Co., Berlin w. a.**  
 Friedrichstr. 198/99.

**Hygienische**  
 Bedarfsartikel. Neuest. Katalog  
 u. Empfehl. viel. Aerale u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik  
 Berlin NW. Friedrichstrasse 91/92

**Eine Mark Herren-Garderoben**  
 wöchentliche Teilzahlung keine Zinsen  
 10853  
 Erlaubt für Mann. Ausfertigung nach Maass. Tadellos Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
 Schneidermeister,  
 Gr. Frankfurterstr. 37, II  
 Eingang Grunberger Weg.

**Billig und gut**  
 kaufen Sie nur im grössten Spezial-Geschäft für moderne **Herren-Bekleidung**  
 fertig und nach Mass gegen Bar und auf Teilzahlung  
 Wochenrate von 1 Mark an.  
**J. Kurzberg**  
 Rosenthalerstr. 40 | A. d. Jannowitzbrücke |  
 direkt am Hackes. Markt | direkt am Bahnhof.

**MANOLI Cigarettes**  
 Abbas 3 Pf. Chic 4 Pf. Gibson Girl 5 Pf.

**Zum Ausschneiden**  
 Dr. Rud. Well's **Nährsalz-Banonen-Kakao**  
 ist zufolge seiner vorz. Zusammensetzung ein wahrhaft gesundes, wohlschmeckendes Kaloo-präparat, besitzt höchsten Nährwert, wirkt blutbildend und verstopft nicht.  
 Paket = 1/2 Pfd. 1 Mk.  
 Engrosmederlage, Einzelverkauf und Versand: **D. Hader, Berlin S., Pringelstr. 37.**  
 Versandfertig, gesundheitsfördernd u. Genussmittel. Preis in Berlin u. nächst. Vorort frei Haus. Nach Ausland. Probep. geg. Einsd. von 1,20 Mk. franko. Nächste Verkaufsstelle wird auf Anfrage mitgeteilt.

**Blendol**  
 mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.  
 In Glasf. zu 10 u. 25 Pf. Blechfl. z. 20, 30 u. 50 Pf. Pf. überall erh. Urban & Lemm, Charlottenburg

**Todes-Anzeige.**  
 Hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder und Onkel, der Metallbildner **Emil Grundmann** am 10. Oktober verstorben ist.  
 Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an **21858**  
 Witwe **Elise Mauer, Schwägerin.**  
**Cito Mauer, Nefte.**  
 Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 14. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes in Driß, Tempelhofer Weg, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Schwägerin **Martha Liebscher** geb. **Ruhn** 21726 am 11. Oktober verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes Bornstr. aus statt.  
 Um stille Beileid bittet **Karl Liebscher.**

Am Freitagabend 9 1/2 Uhr schloß nach langen Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß-, Urgroßmutter und Tante **Wilhelmine Eichner** geb. **Wutzler** im 75. Lebensjahre ihr arbeitsreiches Leben. 21635  
 Dies zeigen an mit der Bitte um stille Teilnahme im Namen der Hinterbliebenen **Max Vieth und Frau.**  
 Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Heilandskirchhofes in Bismarckstr. aus statt.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere herzengute Mutter, Tochter, Schwester, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante **Frau Minna Reichel** geb. **Mehrhold** am 10. d. Mts. nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
 Dies zeigt tiefbetrubt an **Oskar Reichel nebst Kindern.**  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Jakob-Kirchhofes in der Hermannstr. aus statt. 40642

**Glumen- und Krautbinderei**  
 von **Robert Meyer,**  
 an **Mariannen-Straße 2.**

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
 Pringelstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Dr. Schönemann**  
 Spezial-Arzt für 45032\*  
**Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

**Blendol**  
 mit dem Putzmännchen bestes flüssiges Metall-Putzmittel.  
 In Glasf. zu 10 u. 25 Pf. Blechfl. z. 20, 30 u. 50 Pf. Pf. überall erh. Urban & Lemm, Charlottenburg

**Robert Hecht,**  
 Berlin S., Oranienstr. 142.  
 liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.  
**Kautschuk-Typen „Perfekt“** zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 Mk. an

Unserem Freunde und Genossen, dem Bezirksführer des 614. Bezirks **Max Pohl** nebst Braut die herzlichste Gratulation zur stattgefundenen Vermählung.  
 II. Abteilung des 6. Berliner 21755 Reichstags-Bezirks.

Dem Jubelpaar **Gustav Knebel** und **Frau in Balldheim** (Seefeld) zum **Silberhochzeit** die herzlichsten Glückwünsche.  
**J. und W., Berlin.**

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
 für den **4. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
 Frankfurter Viertel. Bezirk Nr. 285.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Redakteur **August Wagner** gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihensee, Falkenberg-Str. aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Redakteur **August Wagner** am 11. Oktober verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 13. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihensee aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht **1307 Die Ortsverwaltung.**

**Männer-Gesangverein „Namenlos“ 1893.**  
 Am Sonnabend, den 10. Oktober, verschied unser langjähriges treues Mitglied **August Wagner.**  
 Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren!  
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weihensee, Falkenberg-Str. aus statt. 21866  
**Der Vorstand.**

**Stukkateure.**  
 Am 9. d. Mts. verstarb nach längerer Krankheit unser Kollege **Paul Albrecht**  
 21712  
 im 33. Lebensjahre. 173/20  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Andreas-gemeinde in Hohensteinhausen, Berlinstr. 33/34, aus statt.  
 Um zahlreiche Teilnahme ersucht **Die Ortsverwaltung d. Filiale Berlin des Zentr.-Verb. d. Stukkateure.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Ritzmacher **Gustav Leß** am 10. Oktober gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht **91/15 Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband. Nachruf.**  
 Dem Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Holzläufer **Wilhelm Schneider** am 8. d. Mts. im Alter von 47 Jahren gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung fand am Montag, den 12. d. Mts., statt. 71/12  
**Die Verwaltung II.**

Sozialistische Presse Deutschlands.

IV. Quartal 1908.

Zentral-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, SW. 68, Lindenstraße 69. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Zeitschrift.

„Die Neue Zeit“, Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie. Stuttgart, Furtachstraße 12. Redaktion: Berlin-Friedenau, Nischstr. 14.

Kommunalspolitische Zeitschrift.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalspolitik und Gemeindefortschritt. Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Redaktion: Berlin W. 10, Kaiserin-Augustastr. 58.

Täglich erscheinende Zeitungen.

- Altenburg „Altenburger Volkszeitung“ Kunststraße 12.
Angsburg „Schwedische Volkszeitung“ Maximilianstraße 31.
Bautz „Norddeutsches Volksblatt“ Peterstraße 20/22.
Bayreuth „Fränkische Volksblätter“ Richard-Wagner-Straße 23.
Bielefeld „Volksmacht“ Schulstr. 20.
Bonn „Volksblatt“ Siedeweg 1.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung“ Märkisches Volksblatt“ Kurstr. 73.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Schloßstraße 2.
Bremen „Bremer Bürgerzeitung“ Hantelstr. 21-22.
Bremerhaven „Norddeutsche Volksstimme“ Am Hafen 49.
Cassel „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ Wolfhagerstr. 7.
Chemnitz „Volksstimme“ Uferstr. 14.
Cottbus „Märkische Volksstimme“ Am Umst. 18.
Crefeld „Niederländische Volksblätter“ Breitestr. 62.
Darmstadt „Hessische Volksfreund“ Bismarckstr. 19.
Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Kalksteinstr. 107.
Dortmund „Arbeiterzeitung“ Kalkstr. 5.
Dresden „Dresdener Volkszeitung“ Zwingerstr. 21.
„Volkszeitung“ für Freiberg, Gamschen und Leberan, Zwingerstr. 22.
„Volkszeitung“ für den VIII. Reichstagswahlkreis, Zwingerstr. 22.
Düsseldorf „Volkszeitung“ Bencardstr. 4.
Duisburg „Wiederholende Arbeiterzeitung“, Friedrich-Wilhelmstr. 76.
Eberfeld-Barmen „Freie Presse“ Robertstr. 8a.
Erfurt „Tribüne“ Kleine Straße 1.
„Thüringer Kleine Straße 1.
Offen (Hufe) „Arbeiterzeitung“ Grabenstr. 57.
Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Fischgraben 17.
Fürth „Fürthener Arbeiterzeitung“ Fischenstr. 24.
Gera (Hufe) „Thüringer Tribüne“ Alie Schloßgasse 11.
Gießen „Oberhessische Volkszeitung“ Reustadt 14.
Görlitz „Görlitzer Volkszeitung“ Leichstr. 6.
Greif „Thüringer Volkszeitung“ Untere Silberstr. 2.
Gotha „Volksblatt für die Herzogtümer Coburg und Gotha“ Roggenberg 7.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Herz 42/43.
Hamburg „Hamburger Echo“, Hamburg I, Fehlandstr. 11.
Hamburg „Volksblatt“ Großer Schiffschiff 4, part.
Hannover „Volksblatt“ Münzstr. 5.
Heilbronn „Korrespondenz“, Karstr. 38 A.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Karolinenstr. 33.
Jena „Weimariische Volkszeitung“, Schloßgasse 19.
Jherlohn „Volkszeitung“, Wöhlergasse 15.
Karlsruhe „Volksfreund“ Ruffenstr. 24.
Kiel „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung“ Ursulastr. 6.
Königsberg i. Pr. „Königsberger Volkszeitung“ Vorder-Rohgärten 50.
Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Tauscherstr. 19-21.
„Volkszeitung für das Rudolstadt“ Tauscherstraße 19-21.
Lüdenscheid „Volksstimme“, Luffenstr. 19.

- Endwischhafen a. Rh. „Häufige Post“ Magstr. 65.
Lübeck „Lübecker Volksbote“ Johannisstr. 46.
Lüneburg „Lüneburger Volksblatt“ Schredenstr. 11.
Magdeburg „Volksstimme“ Große Münzstr. 3.
Mainz „Volkszeitung“ Zangasse 13.
Mannheim „Volksstimme“ R. 3, 14.
Meißen „Volkszeitung“ Poststraße.
Mühlhausen i. G. „Mühlhäuser Volkszeitung“ Dreilönigstr. 37.
Mühlhausen i. Th. „Volksblatt“ Rädenstraße 2.
München „Münchener Post“ Altheimerstr. 19.
Nordhausen „Nordhäuser Volkszeitung“ Poststr. 14.
Nürnberg „Fränkischer Tagespost“ Breilegasse 25-27.
Offenbach a. M. „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25.
Pforzheim „Pforzheimer Freie Presse“ Deutsche Karl-Friedrichstr. 37 I.
Remscheid „Remscheider Arbeiterzeitung“ Reuststraße 2.
Rostock „Medienbühne Volkszeitung“ Doberanerstr. 6.
Saalfeld a. d. Saale „Volksblatt“ Rosmarinstraße 15.
St. Johann a. d. Saar „Volksmacht“ Gerberstraße.
Zollingen „Vergliche Arbeiterstimme“ Hofgasse 7.
Zonneberg (S.-R.) „Thüringer Volksfreund“ Coburger Allee 7c.
Zettin „Volksbote“ Schillerstr. 10.
Zwickau i. G. „Freie Presse für Maß-Lothringen“ Pflanzgarten 2.
Stuttgart „Schwedische Tagespost“ Furtachstraße 12.
Wärzburg „Fränkischer Volksfreund“ Semmelstr. 41.
Wittau „Volkszeitung“ Korallenstr. 1 b.
Zwickau i. S. „Sächsisches Volksblatt“ Poststr. 16.

Wöchentlich dreimal erscheinend.

Kattowitz „Gazeta Robotnicza (Polnisch)“, Rathausstr. 12.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Langenbielau „Der Arbeiter aus dem Eulengebirge“ und „Gründer Volksstimme“, Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.
Lörrach, Baden „Arbeiterzeitung“ Rahnstraße.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Cassel „Der Wegweiser“ Hohenthorstr. 2.
Köln „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) Ursulastr. 6.
Offenburg (Baden) „Volksblatt“ Gerberstr. 3.

Alle 14 Tage erscheinend.

Stuttgart „Die Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Furtachstr. 12.

Monatlich zweimal erscheinend.

Königsberg „Der Landbote“ Vorder-Rohgärten 50.

Monatlich einmal erscheinend.

- Altona „Schleswig-Holsteinische Landpost“ Viktoriastraße 82, II.
Berlin „Die Fackel“, SO. 36 Reichensbergerstr. 128.
Breslau „Landbote für Schlesien“ Neue Gravenstr. 6.
Dessau „Volksparole für Anhalt“ Kalksteinstr. 107.
Dortmund „Die Wahrheit“ Kerkstr. 95.
Eberfeld „Das Morgenrot“ Robertstr. 8a.
Hamburg „Hamburger Landbote“ Fehlandstr. 43.
Zettin „Der Hammer“ Gutenbergstr. 11.
Wiesbaden „Wiesbadener Volksbote“ Mühlgasse 15.

Wochensblätter (Erscheinen alle 14 Tage).

München „Süddeutscher Volkskron“ Senefelderstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtachstr. 12.

Zustimmte Unterhaltungsblätter.

Berlin „In freien Stunden“ SW. 68, Lindenstr. 69. Erscheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt“ Hamburg I, Fehlandstr. 11. Erscheint wöchentlich einmal. Redaktion: Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

IV. Quartal 1908.

Zentral-Organ:

„Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

A. Presse der Zentralorganisationen:

- Abhalteure „Der Abhaltarbeiter“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 I.
Bäder und Konditoren „Deutsche Bäder- und Konditoren-Zeitung“, Hamburg I, Besenbinderhof 57/58.
Für Bäckerarbeiter Berlin „Der Bäckerei“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 14.
Barbiere und Friseur „Friseurgehilfen-Zeitung“, Berlin N. 68, Stolpischestraße 66, II. r.
Bauhilfsarbeiter „Der Bauhilfsarbeiter“, Hamburg I, Köhlerstr. 8 I.
Bergarbeiter „Bergarbeiter-Zeitung“, Bochum, Wiemelshausstr. 38/40.
Bildhauer „Bildhauer-Zeitung“, Berlin S. 53, Bergmannstr. 68.
Blumenarbeiter „Der Blumen-Arbeiter“, Nieder-Schönhausen-Berlin, Marktstr. 10.
Böttcher „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Bremen, Fahrenstr. 58/60.
Brauerarbeiter „Brauerarbeiter-Zeitung“, Hannover, Münzstr. 5.
Buchbinder „Buchbinder-Zeitung“, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.
Buchdrucker „Korrespondenz“, Leipzig, Salomonstr. 8.
Dachdecker „Dachdecker-Zeitung“, Hanau, Mühlberge 14.
Eisenbahner „Bediensteter der Eisenbahner“, Redaktion: Dresden-N., Al-Löbtau 3. Expedition: Hamburg 15, Spaldingstr. 150a.
Fabrikarbeiter „Der Proletarier“, Hannover, Münzstraße 5 III.
Fleischer „Der Fleischer“, Berlin SO. 16, Buxtehdenburgstr. 18/19, part.
Gärtner „Allgemeine deutsche Gärtner-Zeitung“, Berlin N. 37, Reherstr. 3.
Gastwirtsgehilfen „Der Gastwirtsgehilfe“, Berlin NO. 18, Ullrichstr. 21.
Gemeindearbeiter „Die Gewerkschaft“ und „Die Sanitätsdienste“, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24.
Glaserarbeiter „Der Fachgenosse“, Berlin O. 17, Gehlerstraße 29.
Glaser „Glaser-Zeitung“, Karlsruhe i. B., Bühlertstraße 47.
Hafenarbeiter „Der Hafenarbeiter“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-68.
Handlungsgehilfen „Handlungsgehilfen-Blatt“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-68.
Handschuhmacher „Der Handschuhmacher“, Berlin N. 68, Waldenstr. 24 I.
Holzarbeiter „Holzarbeiter-Zeitung“, Stuttgart, Adlerstraße 43.
Hoteldiener „Der Hoteldiener“, Berlin NW. 7, Am Seidenbamm 1a.
Hutmacher „Korrespondenz“, Altenburg, S.-M., Nordstraße 57.
Kürschner „Der Kürschner“, Hamburg 22, Döll-Ramp 39a I.
Kupfer- und Zinnarbeiter „Der Kupfer- und Zinnarbeiter“, Berlin N. 4, Gartenstr. 101, Seitenstr. I.
Lagerhalter „Monatsblätter“, Leipzig, Zeilstr. 32 II.
Lehrerarbeiter „Lehrerarbeiter-Zeitung“, Berlin SO. 16, Adalbertstr. 56 II.
Lithographen und Steinbrücker „Graphische Presse“, Redaktion: Friedrichshagen, Viktoriastr. 8.
Maler „Berliner Anzeiger“, Hamburg 22, Schmalenbenderstr. 17 I.
Maschinen- und Geizler „Deutscher Maschinen- und Geizler“, Berlin SO. 33, Wälderstr. 45.
Maurer „Der Grundstein“, Hamburg I, Besenbinderhof 56.
Metallarbeiter „Metallarbeiter-Zeitung“, Stuttgart, Rößlerstr. 16a.

Mühlenarbeiter „Mühlenarbeiter-Zeitung“, Altenburg S.-M., Joidauerstr. 12.

- Rotenbacher „Der Rotenbacher“, Leipzig, Talstr. 27 I.
Photographengehilfen „Photographischer Arbeiter“, Berlin SO. 16, Josephstr. 7 I.
Portiers „Portiers-Zeitung“ Offenbach a. M., Waldstr. 8 I.
Porzellanarbeiter „Die Ameise“, Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 56 IV.
Sattler „Sattler-Zeitung“, Berlin SO. 14, Adalbertstraße 56.
Schiffszimmerer „Der Schiffszimmerer“, Hamburg 7, Bankstr. 144.
Schirmmacher „Correspondenzblatt“, Hamburg 6, Kampstraße 6.
Schmiede „Schmiede-Zeitung“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-68.
Schneider „Nachzeitung für Schneider“, Berlin SO. 16, Spandauerstr. 128.
Schuhmacher „Schuhmacher-Zeitungsblatt“, Gotha, B. Bod. Zeelenstr. „Der Seemann“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-68.
Steinarbeiter „Der Steinarbeiter“, Leipzig, Seifenstraße 32.
Steinzeiger „Allgemeine Steinzeiger-Zeitung“, Berlin NW. 21, Bielestr. 16 I.
Stoffarbeiter „Der Stoffarbeiter“, Hamburg 22, Fehlerstraße 9 II.
Tabakarbeiter „Der Tabakarbeiter“, Leipzig, Tauscherstraße 19/21.
Tapezierer „Correspondenzblatt für Tapezierer“, Berlin SO. 16, Spandauerstr. 49, Hof I.
Textilarbeiter „Der Textilarbeiter“, Berlin O. 27, Andreastr. 61.
Töpfer „Der Töpfer“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 III.
Transportarbeiter „Der Courier“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21. „Der Straßenbahner“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Xylographen „Zeitschrift für Xylographen“, Leipzig, Kronprinzstr. 35 I.
Zigarrensortierer „Der Organist“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-68.
Zimmerer „Der Zimmerer“, Hamburg I, Besenbinderhof 57-68.
Zivilmüller „Nachzeitung für Zivilmüller“, Berlin N. 31, Stralanderstr. 38, Hof part.

B. Blätter anderer Gewerkschaften und sonstiger Organisationen.

Berlin „Der abstinente Arbeiter“, Organ des deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes, O. 17, Langestr. 11. Redaktion: NO. 55, Poststr. 13.
„Der Bühnenarbeiter“, Organ des Verbandes des technischen Bühnenpersonals, O. 34, Borschastr. 68.
„Die arbeitende Jugend“, SO. 26, Waldemarstraße 75.
„Der freie Gastwirt“, N. 58, Wälderstr. 10.
„Kürschner“, NO. 43, Wollnitzerstr. 5.
„Deutscher Kürschner“, NO. 55, Braunsbergerstr. 13 III.
„Volksmündliche Zeitschrift für praktische Arbeiterbildung“, Organ des Verbandes der Vermählungsbeamten der Krankenanstalten, Berufsvereinigungen usw., N. 58, Schönhauser Allee 27. Redaktion: Roggeburg, Wittenbergerstr. 30.
Eberfeld „Zeitschrift für Gewerkschaften der Stoffdruck-Industrie“, Neue Gertrudenstr. 20.
Mannheim „Die junge Garde“, Organ des Verbandes junger Arbeiter, Q. 5, I. Redaktion O. 2, 4.
Nürnberg „Süddeutsche Abendpost-Zeitung“, Kurstraße 3 II.
Wilmersdorf „Monatschrift des Vereins für die Interessen der Hausangestellten“, Ruffenplatz 17.
Obige Zusammenstellung veröffentlichte wir zu Beginn jedes Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Abänder- oder sonstige Veränderungen bitten wir und zur Bornierung mitteilen zu wollen.
Berlin, den 7. Oktober 1908.
Der Parteivorstand.

Vielen Kranken ein großer Segen!
F. R. not. cand. in Stuttgart schreibt: So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch. Ich bin stets müde und abgemattet gewesen, hatte, obgleich ich blutarm war, immer Nasenbluten und sah aus wie der Tod. Ich nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Lamischeder Stahlbrunnen; schon nach der 5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends um 10 Uhr zu Bett legte, war ich nicht so müde als früher, wenn ich morgens aufwachte.
Dr. D. in Klausel: Mit großer Freude teile ich Ihnen mit, daß mich Ihre Lamischeder Stahlbrunnen von meinem mich seit langen Jahren quälenden Rheumatischen befreit hat. Alles ging ohne Verschreibung; meine Gesundheit hat sich nicht nur gebessert, sondern ich bin jetzt vollständig hergestellt.
Geheimrat Prof. Dr. med. L.: Deutschland besitzt in dieser Eisenquelle einen Heilschah ersten Ranges, der es verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden.
Wann empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Rheumatischen, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überhandnehmender oder abnehmender Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. — Probalien kostenlos durch: Lamischeder Stahlbrunnen in Düsseldorf W. 164.

! ZUR AUFKLÄRUNG !
ERSTENS: Bitten wir genau auf unsere Marke PALMIN zu achten, da oft andere Fabrikate mit ähnlichen Namen unterschoben werden
ZWEITENS: darf gesetzlich nur von uns allein PALMIN hergestellt werden. Andere Fabrikate mit ähnlichen Namen sind Nachahmungen.
DRITTENS: trägt jedes Paket auf blauem Grund das Wort PALMIN und den Schriftzug D: Schlinck in roter Schrift als besondere Erkennung.
H. Schlinck & Cie Mannheim
Alleinige Produzenten von Palmin.

Schönheitsfehler
nach Faber und Schmidt zu vermeiden, ist nicht selten ein Versehen an der eigenen Hand. Man besorge bis nach dem genauen R. R. R. Nr. 13896 von R. Faber & Co., Berlin, hergestellt, wunderbar milde Ausdehnung, fast empfindlich und vollständig weicht, Preis 50 Pf. (kleine Packung) und 1.00 (große Packung) in Verbindung mit Judo 200 Creme, dem herrlichsten und unerschöpflichen Hautcreme, Preis 2.00, Preisbehalte 75 Pf.
Wunderbare Erfolge,
zumal bei gleichzeitiger Verwendung der nach dem neuesten Wert hergestellt, weicherer und im Gegensatz zu obigen äußerst kräftig wirkenden Judo 200 Creme-Weißseife, Preis 50 Pf. (kleine Packung, 150 Pf.) und 1.00 (große Packung, 35 Pf.), von starker Wirkung, werden nicht leicht übersehen. Jeder, der bisher vergeblich suchte, mache einen Versuch. Für die ganze Haut der Kinder verwendet die deutsche Mutter Wittemoore Kinder-Weißseife, Preis 50 Pf. und Wittemoore-Kinder-Creme, Preis 40 Pf. Preisbehalte 75 Pf., das Weisse, Weiche und Rühre für die feinsten Haut. Heberall zu haben. Sie nicht, bester Versand nach R. Faber & Co., Berlin, Preisbehalte 75.
In Berlin gibt bei Max Schwarzlose, Königsstr. 59 und Potsdamer Straße 7a, Franz Schwarzlose, Leipziger Straße 56, Schwarzlose, vorn. Adolph Heiser, Friedrichstraße 183, J. H. Schwarzlose, Markgrafenstr. 29, Adler-Apothek, Reinholdenstraße 1, am Wedding, Paul Kader, Turmstraße 48, Fritz Krug, Reinholdenstraße 119, Reichsbader-Apothek, Gr. Frankfurter Straße 154, Herm. Gornik, Rathenower Str. 48, Gust. Neumann Adwe., Neue Köhlerstraße 14, Otto Schulz, Chausseestraße 87, Otto Weidell, Wiesenbühlstraße 4, W. Schumann, Waisenstraße 10, Fritz Wallenbach, Ruffenplatz 6, Otto Archimand, Rosenhäger Straße 67, J. Conti, Postener Straße 12, Edward Schäfer, Bellermaunstr. 84 und Pankow, Ruffenstraße 92, Georg. V. Celsari, Schloßstr. 30, und außerdem in fast allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien der Welt.

Problem
empfehlen ihre anerkannt vorzüglichen
Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg

Nerven
Es gereicht mir zur besonderen Freude, dass von dem guten Erfolge berichten zu können, dass ich mit Ihrer Haemacollade bei mir und meinen Angehörigen hatte. Besonders ich, der ich durch meine Nerven eine höchst anspannende Beruf auf eine Kräftigung derselben und des Körpers angewiesen war, empfand die Wohltat eines aus schon seit Wochen besetzten, ausgezeichneten Getränks, wie es Ihre Haemacollade darstellt, am meisten. Haemacollade wird mein ständiges Hausgetränk bleiben.
Ich habe es an mir selbst gemerkt, dass Haemacollade Geist und Nerven stärkt und kann Ihnen für dieses Präparat nur dankbar sein.
Ich habe mich überzeugt, dass nach 10-tägigen Gebrauch von Haemacollade 1) sich der Appetit bedeutend steigerte 2) die Kräfte und des Körpergewichtes zunahm und 3) die Nerven sich auffallend besserten. Ich bin infolgedessen ein grosser Verehrer Ihres schönen Präparates.
Ich habe Haemacollade sehr lieb gewonnen, da es ein angenehmes schmeckendes und erquickendes Nerven stärkendes Präparat ist.
Ich war hochgradig nervös. Jetzt trinke ich nur Haemacollade und sie bekommt mir geradezu grossartig!
Haemacollade ist in Apotheken, Drogerien, Konfitüren-, Delikatessen-, Kolonialwaren- Geschäften etc. erhältlich.

Qualitätszigarren.
Fabrikniederlage Berlin SO., Köpnickstr. 20.
52 Verkaufsstellen in Berlin und Vororten.
Vert. Udo Stangenberg, Amt 4, Zigarotten u. Tabak-en gros. 9180.
Alle Manoli-Marken auf Lager. Gibson Girl, Dandy, Abbas etc.

